

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

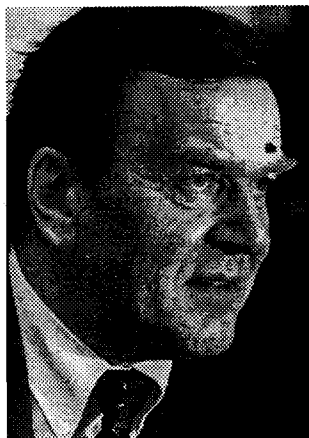


Nr. 133

HERBST 1998

DM 1,-

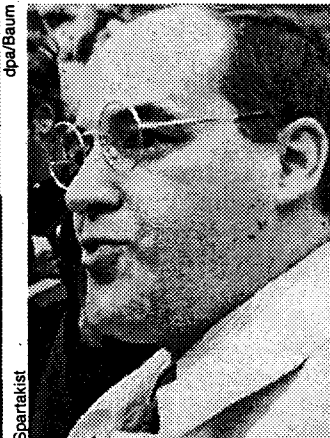
SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer!



Bonn-Sequenz



dpa/Baum



Spartakist

Keine Stimme für SPD, PDS!

Acht Jahre nach der konterrevolutionären Wiedervereinigung Deutschlands und sechs Jahre nach der Zerstörung der Sowjetunion und der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten überrollt eine weltweite Wirtschaftskrise Asien,

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

während die Aktienkurse von Wall Street bis Frankfurt wilde Ausschläge nach unten zeigen, der Rubel abstürzt und die imperialistischen Interventionen auf dem Balkan die verschärften imperialistischen Rivalitäten unterstreichen. Fast überall in Europa sind Sozialdemokraten und Volksfronten an der Regierung und verwalten das arbeiterfeindliche nationalistische Programm des kapitalistischen Kahlschlags, das vom gestärkten deutschen Imperialismus diktiert wird. Faschistische Banden, beschützt von der Poli-

zei, wachsen auf dem Nährboden der Arbeitslosigkeit und der kapitalistischen Verelendung und verbreiten ihren rassistischen und antisemitischen Terror.

In Deutschland übertrifft die Arbeitslosigkeit inzwischen die der Weimarer Republik. Dabei tauchen in den offiziellen Statistiken viele Jugendliche, Frauen, Immigranten und Minderheiten nicht einmal auf. Die Mehrheit der Bevölkerung hat die Schnauze voll, und es sieht so aus, daß die kommenden Wahlen das Ende der „Kohl-Ära“ bringen und es zu einer SPD-geführten Koalitionsregierung kommt.

Als loyaler Handlanger der Kapitalisten bietet die SPD („Wir sind bereit“) an, die geforderten „Strukturreformen“ durchzudrücken: über die Gewerkschaften herzufallen, die restlichen Sozialleistungen einzustampfen, Frauen zurück an „Heim und Herd“ zu treiben und mit chauvinistischer

Fortgesetzt auf Seite 4

Für ein rotes Rätedeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Korrespondenz

Von Ostalgie zum großdeutschen Nationalismus

Liebe Genossen!

Berlin, 18. August 1998

Wie *Spartakist* Nr. 132 (Sommer 1998) feststellt:

„Die PDS, das sozialdemokratische Überbleibsel der stalinistischen SED, die die DDR ausverkauft hat, macht sich für denselben chauvinistischen Dreck wie die SPD stark, kombiniert mit nostalgischen Appellen an den ‚Ossi-Nationalismus‘. Die Faschisten setzen solche demagogischen Appelle nicht weniger geschickt ein; über ein Fünftel der DVU-Wähler haben ihre Erststimme der PDS gegeben.“

Das spricht Bände sowohl über die PDS als auch über die Ostalgie. Die prokommunistischen Impulse, die sich hinter einer positiven Erinnerung an die guten alten DDR-Zeiten verbergen können (können!, nicht müssen), werden von der PDS in prokapitalistische Scheiße kanalisiert. Die große Überlappung von DVU- und PDS-Stimmen illustriert genau-

Wie die PDS die DDR ausverkaufte und der DVU den Weg bahnt

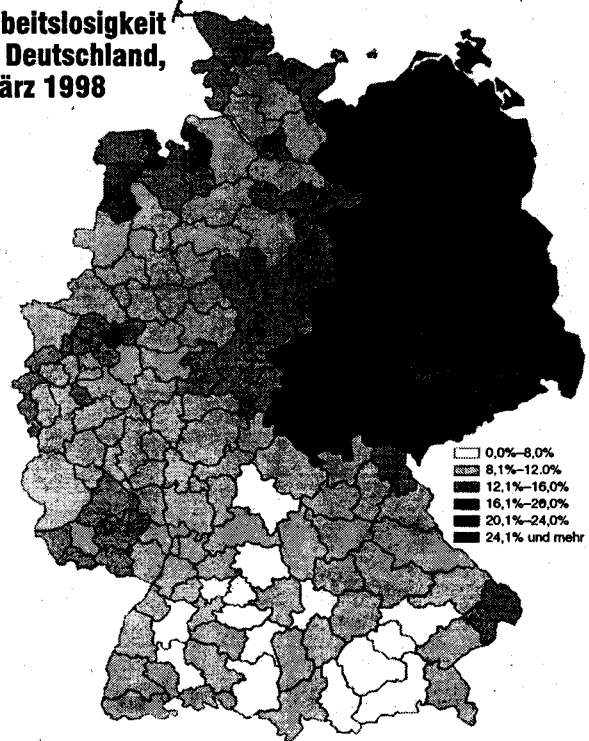
so wie der rassistische Dreck, den die PDS gegen Hütchenspieler verbreitet, daß ostdeutscher Nationalismus genauso reaktionäre Scheiße ist wie großdeutscher Nationalismus.

Ich hatte das Mißvergnügen, einige PDS-Wähler, deren Alter um die 40 liegt, kennenzulernen. Diese stammen vor allem aus der Intelligenz der DDR; die meisten haben in der Sowjetunion studiert und verfolgen genau, was dort abläuft. Viele von ihnen sind „Ossi“-Nationalisten – die „Wessis wissen alles besser“, „Wir sind beschissen worden von den Wessis“ etc. pp. Und antipolnische Chauvinisten – ein Erbe des DDR-Stalinismus – waren aus meiner Erfahrung in der DDR nicht ungewöhnlich, besonders in dieser Schicht: „Wir sind das wirtschaftlich stärkste bzw. effektivste Land im Warschauer Vertrag, die anderen können nicht richtig arbeiten“ usw. Und auch allgemein Rassisten gab es, und sie wählen die PDS als die Partei der betrogenen Ossi-Intelligenz. Viele von ihnen sind gleichzeitig Gegner der anti-kommunistischen Hexenjagd, die es *ihnen* noch schwerer macht, Jobs zu finden.

Die Erklärung dafür ist recht einfach. Die meisten dieser Typen waren Gorbatschowisten. Als Teil der Intelligenz und unteren Schicht der DDR-Bürokratie waren sie sowohl arbeiterfeindlich, d. h. die Arbeiter sind faul, verdienen zuviel usw., als auch feindlich gegenüber den Führungsspitzen, die sie für unfähig hielten. Wie Genosse Seymour nach der Konterrevolution in der UdSSR ausführte (siehe *Spartacist* deutsche Ausgabe, Nr. 16, Herbst 1994):

„Zunehmend kamen Teile der Bürokratie und der Intelligenz zur Überzeugung, daß die Arbeitsproduktivität nur durch die Peitsche der Marktkonkurrenz wiederhergestellt werden könnte (d. h. zunehmende Lohn-

Arbeitslosigkeit
in Deutschland,
März 1998



VDI Nachrichten

Anschluß führte zu Massenarbeitslosigkeit in Ex-DDR

unterschiede, Akkordlöhne, Arbeitslosigkeit und Betriebsschließungen). Die vorgebliche Sorge um die Arbeitsproduktivität war eine Form des falschen Bewußtseins, mit dem die Intelligenz ihren Appetit verschleierte (auch vor sich selbst), ihr materielles Wohlergehen auf Kosten des Proletariats zu verbessern. Unter dem relativ egalitären Breschnjew-Regime hatten die unteren Schichten der sowjetischen Intelligenz (Lehrer, Ärzte, Forschungsassistenten) oft einen niedrigeren Lebensstandard als Industriearbeiter.“

Das gilt auch für die DDR, und es gibt ein weiteres Element: Westdeutschland war vor der Tür. Ich erinnere mich genau an die Diskussionen im Freundeskreis meiner Eltern Mitte der 80er Jahre, wo sie ihre Stellung und ihren Verdienst als Ingenieure, Entwickler, Abteilungsleiter mit denen ihrer westdeutschen Kollegen verglichen und sich aufregten, daß sie weniger verdienen als Facharbeiter, und sich über Honeckers Spruch: „den Westen überholen, ohne ihn einzuholen“, lustig machten.

Die Hoffnungen eines Teils der DDR-Intelligenz, im Vierten Reich eine Stellung einzunehmen wie ihre westdeutschen Kollegen, haben sich zerschlagen. So, hier haben wir eine

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteurin: Doris Kohn
Produktionsleiter: Derek Lemur
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 44394 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 133

HERBST 1998

Schicht verzweifelter, verbitterter Kleinbürger ohne jede Aussicht auf Karriere. Dazu kommt, daß 1997 im Osten Tausende Neugründungen pleite gemacht haben. Das alles ist ein böses Potential. Wohin treibt die PDS diese Leute?

In Sachsen-Anhalt hat die PDS im Vergleich zu 1994 0,3% der Stimmen verloren, während die DVU 13% gewonnen hat! Dies ist das Ergebnis von vier Jahren Arbeit der PDS/SPD/Grünen-Landesregierung im Dienste der deutschen Bourgeoisie. Die PDS ist genauso verantwortlich für den rassistischen Staatsterror wie die SPD und die Grünen. Sachsen-Anhalt ist Nr. 2 bei Abschiebungen, nur übertroffen vom SPD-regierten Niedersachsen. Doch ich bin sicher, die PDS arbeitet daran, daß ihr Land Nr. 1 wird.

1991 initiierten wir eine Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung, um die Nazis daran zu hindern, in Halle Hitlers Reichspogromnacht zu „feiern“. Doch die DGB-Führer kriegten in der letzten Minute kalte Füße und zogen ihren eigenen Aufruf zur Mobilisierung zurück. Wir stießen auf eine Gegenmobilisierung unter der Führung einer Volksfront aus PDS, Kirchengruppen und Autonomen, die es vorzogen, mit einer „Lichterkette“ einen pazifistischen Protest zu veranstalten. Arbeiter in Wolfen und Bitterfeld waren besonders begeistert dafür, die Nazis zu stoppen. Diese Arbeiter sind seitdem auf die Straße gesetzt worden, ihre Fabriken wurden dem Erdboden gleichgemacht, und ihre Kinder wählen jetzt DVU zu einem Prozentsatz, der über dem Landesdurchschnitt liegt!

In einer Einschätzung des PB der SpAD wird die Situation nach der Sachsen-Anhalt-Wahl und vor dem 1. Mai folgendermaßen charakterisiert:

„Mit ihrer auf Jugendliche ausgerichteten ‚Wahlkampagne‘ haben die DVU-Faschisten ein Schlaglicht auf die potentiellen Kräfte der Nazis geworfen. Dies führt zu einer weiteren Polarisierung, die die Nazis ermutigen kann, aber auch die Entschlossenheit derjenigen erhöhen

14 News Deutschland Die Freitags-DEBATTE Freitag, 21.10.1998

Streitpunkt: Wie national muß die Linke sein?

Die Nation zur Sache des Volkes machen

Abzulehnen ist alles Völkische

Helmut Wöhl (41)
Dachstuhlputzer einer Berliner Dienstleistungs-Firma, Mitglied bei der Zeitschrift 'neue sache' und der Wochenzeitung 'sächsische Freiheit'. Vater von sechs Kindern.

Ellen Brumbacher (51)
Sprecherin einer PDS-Regionalgruppe in Berlin-Köpenick und der Kommunistischen Plattform.

Neues Deutschland

Am Freitag gegen die Abschiebung...
Am Freitag gegen die Abschiebung...
Am Freitag gegen die Abschiebung...

Sprecherin der Kommunistischen Plattform buhlt mit einem Nazi darum, der bessere Nationalist zu sein

kann, die die Nazis hassen. Unsere politischen Gegner werden versuchen, diese in wahlkretinistische Kampagnen ‚Kampf gegen Rechts‘/‚Wählt SPD-PDS‘ zu kanalisieren.“

Ich habe einen Beweis für die wirkliche Polarisierung unter Jugendlichen: der 1. Mai in Leipzig und wie unser Extrablatt bei denjenigen, die die Nazis stoppen wollten, aufgenommen und sofort gelesen wurde. Und ich sehe auch, was die Antwort der PDS ist: der 20. Juni in Berlin. Unter der Losung „Für eine andere Politik“ – die bedeuten wird: mehr Abschiebungen, Arbeitslosigkeit usw. und weiteres Anwachsen des Nazi-Terrors, d. h. „Sachsen-Anhalt“ bundesweit – kanalisiert sie die Kämpfe in wahlkretinistische Scheiße für die SPD.

Die rechten Politiker machten ein großes Geschrei über Fortgesetzt auf Seite 31

Spartakist-Abokampagne

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 - Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Quoten der Abokampagne 1998 12. Oktober bis 15. November

| | |
|----------------------|------------|
| Berlin | 180 |
| Hamburg | 100 |
| Auf Entfernung | 15 |
| Gesamt | 295 |

Gratis: Ein Abogeschenk eurer Wahl

- Spartakist*-Paket: Eine proletarische Strategie zum Kampf gegen den Faschismus
- Marxismus kontra Anarchismus: Von 1848 bis zur bolschewistischen Revolution (7-teilige *Spartakist*-Serie)
- Spartakist*-Paket: Türkei, Kurdistan und permanente Revolution
- Spartacist* Nr. 16 (deutsche Ausgabe), Analyse und Lehren aus dem Zusammenbruch des Stalinismus in DDR und Sowjetunion

Name _____

Adresse _____

Telefon _____



Spartakist

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 1

Hetze und Polizeirazzien die Arbeiter türkischer, kurdischer, jugoslawischer und polnischer Herkunft von ihrem Arbeitsplatz und aus Deutschland zu vertreiben.

Die Sozialleistungen, die heute unter Beschuß stehen und mit der Sozialdemokratie identifiziert werden, wurden von der Bourgeoisie zur Abwehr einer von ihr gefürchteten „kommunistischen Gefahr“ nach dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg zugelassen. Seit der Zerstörung der Sowjetunion fühlen sich die imperialistischen Bourgeoisien in Westeuropa nicht mehr politisch dazu gezwungen, eine „soziale“ Fassade aufrechtzuerhalten.

Die deutsche Bourgeoisie steht in erbitterter ökonomischer und auch militärischer Konkurrenz mit ihren Rivalen Japan und USA und baut zu diesem Zweck den imperialistischen Wirtschaftsblock der Europäischen Union aus. Die geplante Einführung des Euro kann freilich höchstens auf eine kurze, konfliktreiche Episode hinauslaufen. Die Bourgeoisien sind im nationalen Rahmen entstanden und operieren auf nationalstaatlicher Grundlage, was bereits wiederholt zu imperialistischen Kriegen um die Neuaufteilung der Welt geführt hat. Ein imperialistischer „Superstaat“ Europa kann nie durch „friedliche“ Mittel, sondern nur durch militärische Methoden erreicht werden, wie es zuletzt Adolf Hitler versuchte. *Nieder mit der EU, der rassistischen Festung Europa! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!*

Seit der Zerstörung der Sowjetunion sieht die deutsche Bourgeoisie den Weg frei, ehemals deutsche Gebiete „heim ins Reich“ zu holen. Mit der Unterstützung der SPD marschierte 1995 die deutsche imperialistische Armee wieder im ehemaligen Jugoslawien ein, wo die Nazi-Wehrmacht mehr als ein Fünftel der Bevölkerung ermordet hat. Kriegsminister Rühle fordert Militärschläge gegen Serbien, um sich den Balkan als Halbkolonie zu sichern. Wir fordern: *Bundeswehr/NATO/UNO – Raus aus dem Balkan! Keinen Mann, keinen Pfennig für die imperialistische Armee!*

Das deutsche Kapital kann sich sicher sein, daß seine SPD-Leutnants als politische Polizei in der Arbeiterbewegung agieren. Und aus gutem Grund: Die SPD dient dem deutschen Imperialismus bei seinen Kriegszügen und bei der Niederschlagung jeder Revolution – seit ihrem entscheidenden Verrat, als sie im August 1914 für die Kriegskredite stimmte und damit das Abschichten von Millionen Arbeitern in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs einleitete und nach Kriegsende die revolutionäre Erhebung der Arbeiter und Soldaten 1918/19 blutig niederschlug.

Die Sozialdemokratie im Osten, die PDS, hat einer künftigen SPD-Regierung ihre Unterstützung zugesagt. Ihr Modell ist die SPD-Landesregierung von Sachsen-Anhalt, die sich nur durch die PDS-„Tolerierung“ halten kann. Als Ergebnis der Austeritätspolitik und der berüchtigten rassistischen Abschiebungen durch die SPD/PDS/Grünen-Koalition in Sachsen-Anhalt sind die Faschisten stark gewachsen – besonders unter Jugendlichen –, was sich zum Teil in den 13 Prozent Stimmen für die faschistische DVU zeigte. Verschiedene pseudosozialistische Gruppen haben erneut der SPD die Treue geschworen, zu deren Wahl sie aufrufen oder die sie über die PDS durch die Hintertür unterstützen.

Wir Spartakisten sagen klipp und klar: Keine Stimme für die SPD! Keine Stimme für die PDS! Dies sind die Parteien der kapitalistischen Konterrevolution, des rassistischen Staats-terrors und des imperialistischen Krieges! Eine sozialdemokratische Regierung – mit oder ohne CDU oder Grüne als bürgerliche Koalitionspartner – wird genauso eine Regierung des deutschen Kapitals sein wie die Kohl-Regierung heute. Marxisten wissen, daß die Ursache aller Ausbeutung und Unterdrückung das kapitalistische System ist. Und im Unterschied zu unseren politischen Gegnern in der Linken, die Illusionen schaffen, daß dieses System mit Hilfe der Wahlurne geändert werden könne, kämpfen wir für eine proletarische Revolution, um den kapitalistischen Staat zu zerschlagen.

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL), deren deutsche Sektion die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) ist, stellt sich in erster Linie in die Tradition der Bolschewiki in Rußland: Wir kämpfen für den Sozialismus durch neue Oktoberrevolutionen weltweit. Die bolschewistische Revolution war das entscheidende Ereignis dieses Jahrhunderts: Sie zeigte, daß die Arbeiter, geführt von einer revolutionären Partei, die Macht haben, den Kapitalismus zu stürzen. Wir Trotzisten kämpfen dafür, eine solche Partei aufzubauen, die im scharfen politischen Kampf gegen die reformistischen und zentristischen Irreführer geschmiedet wird; wir wollen die fortgeschrittensten Arbeiter für die leninistische, internationalistische Partei gewinnen, gerade auch Immigranten, die ein strategisch wichtiger Bestandteil der Arbeiterklasse in Deutschland sind, sowie subjektiv revolutionäre Studenten und Jugendliche.

Sozialdemokratie: Loyale Diener der deutschen Bourgeoisie

Heute haben in fast allen Ländern Westeuropas die Kapitalisten – aus Furcht vor massenhaftem Arbeiterwiderstand – bürgerliche Arbeiterparteien an die Regierung gebracht, wie Blairs gewerkschaftsfeindliche Labour-Regierung, des-

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429
New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

NEU!

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
DM 4,- zuzüglich Porto
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 11988-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60

Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Der Kampf zur Befreiung Mumia Abu-Jamals ist international zu dem Symbol des Kampfes gegen die rassistische, kapitalistische Ungerechtigkeit geworden. Der rassistische Repressionsapparat in den Vereinigten Staaten gipfelt im „legalen Lynchmord“, der zur Institution erhobenen Barbarei der Todesstrafe, die den Impuls des kapitalistischen Staates zum Völkermord offenlegt. Mumia Abu-Jamal ist kein namenloses, gesichtsloses Opfer, sondern mit den lebendigen Kämpfen des Proletariats und der Unterdrückten auf der ganzen Welt verbunden. Dazu haben in nicht geringem Maße die Anstrengungen der IKL und des Partisan Defense Committee (PDC) beigetragen, die diese Arbeit auf den Weg brachten und unermüdlich fortsetzen.

Vor über zehn Jahren begann das PDC, Propaganda herauszugeben, Unterschriftskampagnen durchzuführen, Einheitsfrontproteste zu initiieren und Gewerkschaften, Prominente, Bürgerrechtsorganisationen und andere Linke zu motivieren, sich dem Kampf anzuschließen. Wir deckten auf, daß der Staat es auf den Tod von Mumia Abu-Jamal abgesehen hat seit der Zeit, als dieser ein junger Führer der Black Panther Party in Philadelphia war. Er wurde später ein Unterstützer der Organisation MOVE und ein preisgekrönter Journalist, bekannt als „Voice of the Voiceless“ (Stimme der Entrechteten). Unsere Proteste waren geprägt vom Verständnis, daß die soziale Macht der Arbeiterklasse jeder Herkunft und Hautfarbe für Jamals Verteidigung mobilisiert und nach dem Prinzip der nichtsektiererischen Einheitsfrontverteidigung organisiert werden muß. Es gelang uns, andere Organisationen zu bewegen, Jamals Fall aufzugreifen – Organisationen, die größer sind und über mehr Mittel verfügen als wir und die oft Ansichten haben, die unserer politischen Perspektive ziemlich feindlich gegenüberstehen.

Jetzt, in dieser Phase des Kampfes – im entscheidenden Wettlauf gegen die Uhr des Henkers und im Kampf für

Mumia Abu-Jamals Freiheit –, besteht unsere Aufgabe vor allem darin, der internationalen Arbeiterklasse das Bewußtsein zu vermitteln, daß nur der Kampf für die sozialistische Revolution mittels einer leninistischen Partei, die als *Volkstribun* kämpft, den Ausweg aus diesem ganzen System der kapitalistischen



Jennifer Beach

Ungerechtigkeit bieten kann. Das bedeutet, daß die Partei als *Volkstribun* handeln muß, der es, in Lenins Worten, „versteht, an allen diesen Erscheinungen das Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu zeigen, ... um vor aller Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um allen und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“

Beteiligt euch jetzt am Kampf! Nehmt Kontakt auf:

Komitee für soziale Verteidigung
c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50
10507 Berlin

Partisan Defense Committee
P.O. Box 99, Canal Street Station
New York, NY 10013-0099, USA

Spenden für Jamals Rechtsverteidigung:

Werner Brand, Commerzbank Berlin,
Konto 590 109 500, BLZ 100 400 00,
Stichwort „Jamal“

sen Programm von „Law and Order“, Privatisierungen, Entlassungen und Sozialkürzungen den Schröders/Lafontaines als Beispiel dient. Die französische KP und die italienische Rifondazione Comunista sind Teil einer Volksfront, also einer Koalition mit bürgerlichen Parteien. Die Teilnahme von noch so kleinen nichtproletarischen politischen Formationen (wie den Grünen) liefert die Gewähr für das bürgerliche Programm einer solchen Koalition. Von Spanien 1936 bis Chile 1973 sind hervorragende Gelegenheiten für eine proletarische Revolution durch die Volksfront zum Scheitern gebracht worden. Wie Trotzki 1936 schrieb: „Indem sie die Arbeiter und Bauern durch parlamentarische Illusionen einschläfert, ihren Kampfwillen lähmt, erzeugt die ‚Volksfront‘ die günstigsten Bedingungen für den Sieg des Faschismus.“

Unsere Genossen der Ligue trotskyste de France (LTF) waren die einzige linke Organisation, die keinerlei Unterstützung für Jospins Volksfront oder irgendeine beteiligte Partei gab. Unter der Parole „französisch sprechen“ bejubelte die deutsche Linke die Militanz der französischen Arbeiter bei der massiven Streikwelle 1995, während ihre Schwesterorganisationen in Frankreich zur Wahl der Volksfront aufriefen. Eine Beteiligung von bürgerlichen Arbeiterparteien an der Regierung ist heute das bevorzugte Werkzeug der Kapitalisten, um den rassistischen Terror zu verschärfen und die brutalen Kriterien des Maastrichter

Vertrages durchzupfeitschen zugunsten eines von der Deutschen Bank dominierten Europas. Genau wie wir gewarnt hatten, zeigte sich beim Fernfahrerstreik im letzten Jahr die Funktion der französischen KP: Ihr Transportminister ging zu den Streikenden, um sie zu beschwichtigen, während seine Regierung die Bullen gegen die Streikpostenkettens losließ. Gerade darauf setzen auch die deutschen Kapitalisten bei einer SPD-Regierung.

In Deutschland bot die SPD während des sechstägigen Bergarbeiterstreiks im März 1997 ihre gesamte Führungsriege auf, um die Arbeiter nach Hause zu schicken, die die Bannmeile in Bonn belagert hatten. Während die Arbeiter türkischer, kurdischer und deutscher Herkunft im Kampf gegen die Massenentlassungen Seite an Seite standen, spielte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rudolf Scharping die rassistische Karte: „Wollen wir, daß in den Ruhr- und in den saarländischen Revieren Kumpel mit 32 oder 35 Jahren entlassen werden müssen, ihre türkischen Kollegen in den Zechen bleiben?“ Die SPD spielt die deutschen Arbeiter gegen ihre türkischen Kollegen aus, um die arbeitenden Massen zu spalten und das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu vergiften. Damit treiben sie das Kleinbürgertum und die rückständigen Teile des Proletariats in die Arme von Nazi-Demagogen.

Die SpAD kämpft für den Aufbau einer leninistischen

Fortgesetzt auf Seite 6

Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 5

Partei, die der Volkstribun aller Unterdrückten ist – der Frauen, Immigranten, Juden, Roma, Homosexuellen –, um die Interessen der Arbeiterklasse voranzubringen und dieses rassistische kapitalistische System zu zerschlagen. Türkische, kurdische und aus Osteuropa eingewanderte Arbeiter in Deutschland werden in einer solchen Partei eine wichtige Rolle spielen: Sie sind in Schlüsselindustrien konzentriert und weniger empfänglich für den deutschen Nationalismus, wie er von der SPD verbreitet wird. Die multiethnische Arbeiterklasse Deutschlands muß gemeinsam für ihre Interessen kämpfen; oder sie wird getrennt geschlagen werden. Eine dringende Aufgabe ist die Verteidigung der Immigrantenviertel und Flüchtlingswohnheime gegen die Angriffe der Faschisten und des Staates: *Für Arbeiterverteidigungsgruppen gegen Naziterror! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben! Stoppt die Massenabschiebungen! Für das Recht auf Asyl für Flüchtlinge vor rechtem Terror!*

Die Mobilisierung der eingewanderten und deutschen Arbeiter erfordert einen scharfen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Irreführer und ihre reformistischen und zentristischen Anhängsel, um eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften zu erreichen. Notwendig ist der Kampf für eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit ohne Lohnverzicht, um die Arbeit auf alle Hände aufzuteilen und den Lebensstandard der Arbeiter zu verteidigen. Das Zwei-Klassen-Lohnssystem, das von den Bossen durchgesetzt wurde, zielt auch darauf ab, Jugendliche und Immigranten gegen die Gewerkschaften aufzuhetzen. Jetzt müssen die Gewerkschaften mehr denn je dafür kämpfen, alle nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Arbeitslosen zu organisieren. Die Arbeitslosigkeit und die Angriffe auf Sozialleistungen haben Arbeiterinnen und Immigranten am härtesten getroffen. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr. Um diese Forderungen durchzusetzen, müssen die Massen systematisch für die proletarische Revolution mobilisiert werden.

Es ist ein Mythos, der von der Pseudolinken verbreitet wird, daß SPD/PDS irgendwie durch Druck zum Kämpfen gebracht werden könnten. Die Rolle einer bürgerlichen Arbeiterpartei – die eine proletarische Basis hat, aber eine Führung mit einer durch und durch bürgerlichen Politik – besteht darin, den Kapitalismus zu verwalten und den Widerstand der Arbeiter zu brechen, wenn die Kapitalisten „Opfer“ verlangen. Wenn ihre Überzeugungskraft nicht ausreicht, greifen sie auf die bewaffnete Macht der Diktatur des Kapitals zurück, gleichzeitig bahnen sie mit ihrer Politik den Faschisten den Weg, die von den Kapitalisten in Reserve gehalten werden.

Die Pseudotrotzkisten fordern allesamt „Kohl muß weg“ und kämpfen unverhüllt für eine sozialdemokratische Regierungsübernahme. So die reformistischen Cliff-Anhänger von Linksruck: „Wir fordern darum dazu auf, Kohl und seine Bande am 27. September mit der Stimmabgabe für die SPD aus dem Amt zu katapultieren“ (*Linksruck-Flugblatt*, August 1998). Genauso fordert die andere Gruppe von Cliff-Anhängern, die Internationale Sozialistische Organisation (ISO), „das Kreuzchen links von der gegenwärtigen Regierung zu machen“ (*Linke Offensive*, Januar 1998). Und die zentristische Gruppe Arbeitermacht (GAM) ruft zur Wahl „der SPD im Westen bzw. von SPD und PDS im Osten“ auf (*Arbeitermacht*, Mai/Juni 1998).

Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB), Zögling des Zentristen Ernest Mandel, sagt: „Trotz der reformistischen Ausprägung der PDS kann linker Protest auch heute noch am ehesten in der kritischen Stimmabgabe für diese



Spartakisten protestieren 1996 gegen Brandanschlag in Lübeck, bei dem 10 Menschen starben

Partei zum Ausdruck gebracht werden.“ (*Avanti*, Juni 1998) Wie tief ihr Glaube an irgendeine progressive Rolle des Reformismus sitzt, zeigt sich am besten im Westen, wo die PDS nur aus dem RSB und ähnlichen Gruppen besteht, von denen sie überhaupt erst aufgebaut wurde. Ein Wahlauf Ruf für die PDS ist nichts weiter als eine Unterstützung für die SPD durchs Hintertürchen: Die PDS – die Partei für „Deutschland, einig Vaterland“ –, die die Konterrevolution in der DDR geführt hat, erklärt sich schon seit langem „bedingungslos“ für Kanzler Schröder. Sie finanziert Jugendzentren für Nazi-Schläger, und die Ex-Bürokratin von der Kommunistischen Plattform Ellen Brombacher buhlt im *Neuen Deutschland* (31. Juli) mit einem Nazi darum, wer der bessere Nationalist ist.

Mit ihrem Wahlauf Ruf für die SPD oder PDS kriechen alle diese Pseudotrotzkisten der Sozialdemokratie hinterher, übernehmen Verantwortung für die rassistische Politik dieser Parteien und sorgen dafür, daß die Arbeiterklasse weiterhin an den Kapitalismus gefesselt ist. Trotzki erklärte die politische Rolle der sozialdemokratischen Arbeiterleutnants des Kapitals so: „Die Politik des Exekutivkomitees der II. Internationale kann nur diejenigen verblüffen, die entgegen der Beweiskraft der Realität darauf bestehen, die Sozialdemokratie als Klassenorganisation des Proletariats zu verstehen. Alles ist sofort an seinem richtigen Platz, wenn man die Sozialdemokratie klar als eine bürgerliche Partei versteht, die die Funktion einer ‚demokratischen‘ Bremse für den Klassenkampf des Proletariats erfüllt.“ („Fort-schreitende Paralyse“, 29. Juli 1939)

SPD: Bluthunde gegen die Revolution

Die Sozialdemokratie, die im August 1914 definitiv zur kapitalistischen Ordnung übergegangen war, bestätigte ihre Loyalität zur Bourgeoisie dadurch, daß sie die Deutsche Revolution 1918/19 zerschlug. Unter den Bedingungen des allgemeinen sozialen und politischen Aufruhrs wurde die SPD gerade wegen ihrer Massenbasis im Proletariat zum Hauptbollwerk der bürgerlichen Weimarer Republik. Die SPD-Führer Noske und Scheidemann schworen, die „Bluthunde“ der Konterrevolution zu sein; erst organisierten und dann entfesselten sie die mörderischen Freikorps, um das Proletariat niederzuschlagen, die revolutionäre Führung von Liebknecht und Luxemburg zu ermorden und die Möglichkeit der Ausweitung der bolschewistischen Revolution auf Deutschland und andere Länder abzuwehren.

Lenin und Trotzki waren sich immer darüber bewußt, daß die Oktoberrevolution niemals im rückständigen Rußland alleine überleben kann. Daher kämpften sie um jeden Preis dafür, den neu gegründeten kommunistischen Parteien im Westen die Lehren des erfolgreichen Kampfes der Bolsche-

wiki um die Macht beizubringen. Von Anfang an sahen sie im mächtigen Proletariat Deutschlands die wichtigste Möglichkeit, die proletarische Herrschaft auf die entwickelten Industrieländer auszuweiten, wo der Krieg eine revolutionäre Welle, inspiriert durch die Oktoberrevolution, hervorgerufen hatte. Was aber die Bolschewiki selbst von den besten revolutionären Sozialdemokraten in Deutschland heraushob – auch von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg –, war Lenins unnachgiebiges Beharren darauf, daß man sich von den Sozialdemokraten getrennt in einer Avantgardepartei organisieren muß. Die deutschen Spartakisten haben sich erst sehr spät von den Reformisten und Zentristen der SPD abgespalten und waren dadurch in der revolutionären Situation 1918/19 sehr schwach. Wie Lenin am 13. August 1921 in seinem „Brief an die deutschen Kommunisten“ schrieb:

„Eine wirklich revolutionäre Partei hatten die deutschen Arbeiter im Augenblick der Krise nicht, infolge der zu spät vorgenommenen Spaltung, infolge der verfluchten Tradition der ‚Einheit‘ mit der korrupten (die Scheidemann, Legien, David und Co.) und charakterlosen (die Kautsky, Hilferding und Co.) Bande der Lakaien des Kapitals.“

Die Krise im imperialistischen Deutschland spitzte sich noch einmal 1923 zu, als französische Truppen das Ruhrgebiet besetzten und darauf eine galoppierende Inflation und Massenstreiks folgten. Die Polarisierung der Gesellschaft zeigte sich in dem rasanten Wachstum der KPD und auch der weitaus kleineren faschistischen Bewegung. Die Revolution stand auf der Tagesordnung. Trotzki drängte die KPD und die Kommunistische Internationale, sich auf einen Aufstand vorzubereiten. Aber Stalin predigte Passivität, und die KPD-Führung unter Brandler richtete sich nach dem linken Flügel der SPD – in Sachsen und Thüringen trat sie sogar in eine bürgerliche Regierung mit der SPD ein. So ermöglichte es die KPD-Führung, daß die Bourgeoisie im Bündnis mit der SPD die Kontrolle wiedererlangte: SPD-Führer Ebert unterschrieb den Marschbefehl für die Reichswehr, die sofort die Arbeiterklasse in Sachsen, Thüringen und Hamburg niederschlug.

Die Niederlage der deutschen Revolution 1923 besiegelte die Isolierung der jungen Sowjetrepublik. Das führte direkt zum sowjetischen Thermidor – zur Konsolidierung der politischen Macht durch eine konservative Bürokratie unter Stalin. Damit setzte auch die Umwandlung der Kommunistischen Internationale in ein Werkzeug gegen die proletarische Revolution ein. Es waren Trotzki und die Linke Opposition, die gegen die politische Konterrevolution

der Stalinisten kämpften – gegen das nationalistische Programm des „Sozialismus in einem Land“ und gegen die damit verbundene Politik der Klassenzusammenarbeit in den kapitalistischen Ländern, die von China 1927 über Spanien 1936 bis zu Indonesien 1965 blutige Niederlagen brachte. Der schlimmste Verrat der Stalinisten war die Unterminierung der Oktoberrevolution selber, die 1991/92 zur Zerstörung des degenerierten Arbeiterstaates führte.

Sozialdemokratie bereitet Nazis den Weg

Im Sommer 1992 gab die SPD ihre Zustimmung für die Vernichtung des Asylrechts, genau während des einwöchigen Nazi-Pogroms in Rostock-Lichtenhagen, wo zahlreiche Anwohner den Nazis Beifall klatschten bei deren Angriff auf Hunderte Roma und andere Flüchtlinge und wo die Nazis das benachbarte vietnamesische Wohnheim in Brand setzten. 115 vietnamesische Arbeiter, Frauen und Kinder konnten nur mit knapper Not ihr Leben retten.

Jetzt haben die NPD-Faschisten für den 19. September erneut eine tödliche Provokation vor dem gleichen Haus in Rostock angekündigt. Dieses Nazi-Mordgesindel muß gestoppt werden durch eine massenhafte Mobilisierung der Arbeiter, Immigranten, Jugendlichen und Minderheiten aus dem ganzen Land! Wie zuletzt der Aufmarsch von Tausenden NPD-Faschisten in Leipzig am 1. Mai zeigte, zielt der Nazi-Terror letztlich auf die Zerschlagung der ganzen Arbeiterbewegung ab. Die Gewerkschaften haben die soziale Macht, die Faschisten zu zerschlagen. Aber die sozialdemokratische Führung der DGB-Jugend demobilisiert kriminellerweise jeden Impuls, die Nazis zu stoppen, und ruft für genau diesen 19. September in Frankfurt/Main zu einer Wahlkundgebung auf. Linksruck, der linke Flügel der Sozialdemokratie, verkauft Fahrkarten mit der Behauptung, daß Frankfurt wichtiger sei als Rostock. Zwar behaupten sie, „keine Illusionen“ in Schröder zu haben, aber Taten sprechen lauter als Worte.

Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) hat für den 19. September in Rostock den Aufruf „Nazi-Aufmarsch stoppen!“ herausgegeben mit links klingenden Forderungen nach einem „effektiven Selbstschutz durch Gewerkschaften, antifaschistische Bewegung, ImmigrantInnenorganisationen und linke Parteien“ usw. Doch in Wirklichkeit mobilisieren sie für eine Volksfront-Demo von SPD, PDS und DKP, die ein „Bündnis gegen Rechts“ organisieren, um die Nazis an der Wahlurne zu „stoppen“. Die DKP-Zeitung *Unsere Zeit*

Fortgesetzt auf Seite 8

Spartakist-Veranstaltungen

Für ein Arbeitereuropa! Für sozialistische Revolution!

Keine Stimme für SPD/PDS!



BERLIN
Donnerstag
24. September
18.30 Uhr

Café Campus
 Technische Universität
 U-Bahn
 Ernst-Reuter-Platz

HAMBURG
Dienstag
22. September
18.30 Uhr

Haus für Alle
 Amandastraße 58
 U/S-Bahn
 Sternschanze

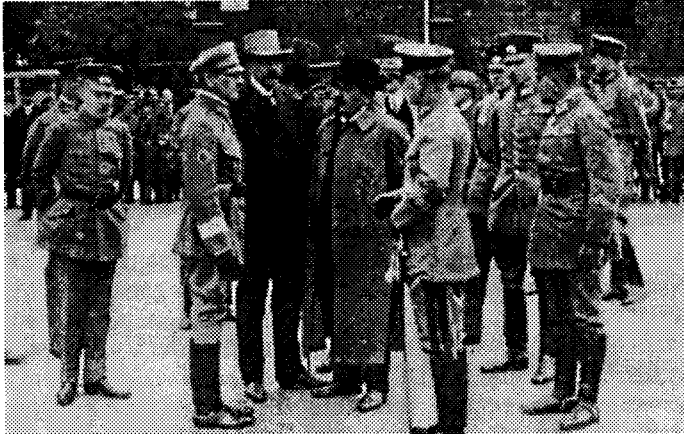


Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 7

(4. September) zitiert das „Bündnis“: „Ein Wiedererstarken der Nazis und ein Einzug in die Parlamente können verhindert werden.“ Das ist Wahlkretinismus der plumpesten Sorte. Die Nazi-Bedrohung kommt nicht aus den Parlamenten, sondern die Nazis sind paramilitärische Aktionstrupps, deren Zweck rassistischer Mord und Völkermord ist.

Ähnlich ruft die reformistische SAV zur Wahl der PDS auf (neben ein paar eigenen Kandidaten) mit der Behauptung, „ein Wiedereinzug der PDS in den Bundestag [würde] deutlich machen, daß linke Ideen Unterstützung finden und wäre ein Schlag gegen die Hetzpropaganda der Herrschenden“ (Vorau, Juni/Juli 1998). Ihre Losungen gegen Nazis dienen



Süddeutscher Verlag

Ebert/Noske besiegeln Zerschlagung der „Bayrischen Räterepublik“ 1919 durch Reichswehr und Freikorps

nur dazu, das Image der SPD/PDS aufzupolieren, um Anti-Nazi-Jugendliche an eine rassistische Schröder-Regierung auszuliefern. Die SAV sagt: „Beim Kampf gegen die Nazis können wir uns nicht auf den Staat verlassen“, aber gleichzeitig ist ihre Forderung „Keine Vermietung öffentlicher Räume an faschistische Organisationen“ ein offener Appell an den bürgerlichen Staat, er solle als Schiedsrichter darüber entscheiden, wer Versammlungen abhalten darf. Die britische Mutterorganisation der SAV, die Socialist Party (früher Militant) ist berüchtigt für ihre chauvinistische Weigerung, den Abzug der britischen Truppen aus Nordirland zu fordern, und für ihre Veranstaltungsreihen mit loyalistischen Faschisten wie Billy Hutchinson als Sprecher, der katholische Iren ermordet hat.

Verbotsappelle an den kapitalistischen Staat werden immer gegen Arbeiter, Linke und Immigranten eingesetzt, wie im Herbst 1993, als die faschistische FAP verboten und zeitgleich die Jagd auf die PKK und 35 kurdische Vereine, die bis heute verboten sind, eröffnet wurde. Verbotsforderungen schüren nur Illusionen in den bürgerlichen Staat – der aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ besteht, die das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln verteidigen – und demobilisieren das Proletariat.

So marschierten am 20. Juni unter Polizeischutz Hunderte Nazis durch den PDS-regierten Ostberliner Stadtteil Hohenschönhausen, während zur gleichen Zeit die PDS/SPD-geführte Volksfront „Erfurter Erklärung“ am Alexanderplatz eine Demonstration mit 80 000 Teilnehmern veranstaltete, darunter Gewerkschaftskontingente aus allen Teilen Deutschlands. Diese Kontingente hätten die Nazis stoppen können. Statt dessen wurden sie dafür mobilisiert, Schröder zu wählen. Genau dieses Volksfront-Ablenkungsmanöver feiert der RSB mit der Überschrift „20. Juni: Erfolgreiche Demo in Berlin“, Linksruck sagt: „Für die gesamte bundesweite linke Opposition war diese Demo ein großer Schritt

nach vorne“ usw. usf. Nur wir Trotzisten sagten die Wahrheit über den 20. Juni in Berlin. „Die Nazis konnten sich versammeln, der Tag ist eine Niederlage!“, zitiert die *Süddeutsche Zeitung* vom 23. Juni eine Genossin der SpAD.

Seit April haben wir Tausende Exemplare unseres *Spartakist*-Extrablatts vom 27. April verkauft, das dazu aufruft: „Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!“ Wir zeigten auf, daß die Verantwortung für die tödliche Bedrohung durch diese Nazi-Aufmärsche ganz und gar bei den Arbeitverrättern liegt, die an der Spitze der Arbeiterbewegung stehen: der SPD, der sozialdemokratischen DGB-Bürokratie und der exstalinistischen PDS. Für uns Trotzisten ist der Kampf gegen den Faschismus nicht zu trennen vom Kampf für die proletarische Revolution. Jede andere Perspektive reduziert sich auf den Versuch, die „demokratische“ Bourgeoisie unter Druck zu setzen – sei es durch offenen Wahlauf Ruf für die Volksfront oder den Versuch, die rassistischen SPD/PDS-Leutnants des deutschen Imperialismus nach links zu drücken.

Was die pseudolinken Gruppen im Umfeld von SPD/PDS allesamt ablehnen, ist die Notwendigkeit einer Arbeiterrevolution. Ihre Auffassung besteht in einer rein parlamentarischen, reformistischen Perspektive, wonach das kapitalistische System der brutalen Ausbeutung, des Rassismus und imperialistischen Kriegen dazu gebracht werden kann, den Interessen der Arbeiterklasse und Unterdrückten zu dienen. Wir Marxisten wissen, daß das kapitalistische System ein Hindernis für die Entwicklung der produktiven Fähigkeiten der Menschheit ist. Nachdem die Bourgeoisie die Menschheit in zwei Weltkriegen gestürzt hat, bedroht sie sie heute mit Auslöschung durch einen Atomkrieg. Nur mit einer revolutionären Perspektive kann die Arbeiterklasse sich und die übrige Menschheit von der Geißel der Lohnsklaverei, des Rassismus und des Krieges befreien. Der Kapitalismus kann nicht reformiert werden, er muß zerschlagen werden.

Verrat von SPD/KPD führte zur kampflösen Niederlage

Die Faschisten sind die Kettenhunde der Bourgeoisie, die losgelassen werden, wenn es darum geht, durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung die kapitalistische Herrschaft zu retten. In der Zeit, bevor die Bourgeoisie an Hitler die Macht aushändigte, war die Gesellschaft zwischen den beiden Klassenlagern aufs schärfste polarisiert: Auf der einen Seite stand die militante Arbeitermassenbewegung, auf der anderen Seite die überwiegende Mehrheit des Kleinbürgertums sowie die Bourgeoisie, die ihre Weimarer Republik fallenließ und schließlich vollständig auf Hitlers braune Horden setzte, in denen sie die einzige Rettung vor der drohenden proletarischen Revolution sah. Daß die Krupps, Thyssens und anderen Kapitalisten die Nazi-Banden finanzierten, ist ein schlagender Beweis dafür, daß es einen „antifaschistischen“ Flügel der Bourgeoisie nicht gibt. Die Nazi-Pest kann nur durch die proletarische Revolution ein für allemal beseitigt werden.

Trotzki und die Linke Opposition kämpften für die Ausweitung der Errungenschaften des Oktober durch eine sozialistische Revolution in Deutschland. Das war Teil ihres Kampfes, das nationalistische Regime Stalins im bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat zu stürzen und die Sowjetunion und die Kommunistische Internationale auf den Weg des bolschewistischen Internationalismus zurückzuführen. Statt die Arbeiter von der SPD loszureißen – unter der Losung „getrennt marschieren, vereint schlagen!“ –, um den Aufstieg der Nazis zurückzuschlagen –, trieb Stalins/Thälmanns KPD-Führung nicht zuletzt mit der ultralinken Rhetorik vom „Sozialfaschismus“ die sozialdemokratischen Arbeiter in die Arme der SPD-Führung zurück und ließ damit diese bluttriefenden Arbeitverräter davonkommen.

Die Einheitsfront ist eine Taktik der Kommunisten, um das Proletariat in der Aktion gegen seinen Klassenfeind zu vereinen und es gleichzeitig den Kommunisten zu ermöglichen, die Überlegenheit unseres Programms gegenüber den Programmen der Reformisten und Zentristen zu beweisen. Trotzki bekämpfte scharf die Vorstellung einer „strategischen Einheitsfront“, wie sie von der zentristischen SAP vertreten wurde, die KPD und SPD aufforderte, gemeinsame Kandidaten aufzustellen. Er bestand darauf: „Jedenfalls kann die Einheitsfrontpolitik nicht einer revolutionären Partei als Programm dienen.“ Dagegen bedeutete die Politik der SAP-Zentristen, sich der verräterischen Sozialdemokratie politisch unterzuordnen.

Die SPD stellte beim Blutmai 1929 den preußischen Innenminister, der bei einer Berliner Maidemonstration ein Massaker an kommunistischen Arbeitern anordnete. Die SPD-Führung versuchte, jede Mobilisierung der Arbeiter gegen die Nazis zu ersticken, indem sie mit der Forderung „Staat, greif ein“ tödliches Vertrauen in die preußische Polizei predigte und den reaktionären Reichspräsidenten Hindenburg unterstützte, der später Hitler zum Kanzler ernannte. Wie Trotzki sagt, „tritt der Faschismus als notwendige Ergänzung der Sozialdemokratie auf, lebt von ihr und kommt mit ihrer Hilfe zur Macht“ („Die österreichische Krise, die Sozialdemokratie und der Kommunismus“, 1929).

Sogar als Hitler an der Macht war und viele KPD-Mitglieder bereits in Nazi-Kellern gefangen waren, versuchte die SPD immer noch, die bürgerliche Ordnung zu stützen: Sie stimmte für Hitlers Außenpolitik und mobilisierte die Gewerkschaften für Hitlers Maifeier. Erst als die Hitler-Faschisten eindeutig klarmachten, daß es für die SPD keine Verwendung gab, setzten sie ihre Hoffnungen auf die alliierten Imperialisten – die darauf warteten, daß Hitler die Sowjetunion (zusammen mit fast dem ganzen übrigen Europa) zerstören würde. Die SPD-Führer hofften, daß ein alliierter Sieg über die Nazi-Diktatur ihnen einen demokratischen Kapitalismus und damit die Wiederbeschaffung „eines gutgefüllten Troges“ bringen würde, „in den die konservative Arbeiterbürokratie ihre Schnauzen grub“ („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution“, 1940). Trotz des Verrats von Stalin war es die Rote Armee, die Hitlers Wehrmacht zerschlug, die letzten überlebenden europäischen Juden rettete und die Massen vom faschistischen Gefängnis befreite.

Die USA griffen erst ein, um die Rote Armee an der Elbe zu stoppen und in Westeuropa die kapitalistische Herrschaft wieder zu stabilisieren. Nach dem Krieg pumpte die CIA Millionen Dollar in die SPD, die sie als kapitalistische Agentur in der Arbeiterbewegung wieder aufbaute. Die SPD sorgte dann dafür, daß spontane Arbeiterstreiks und Betriebsbesetzungen nicht so weit gingen, die Frage der Klassenherrschaft der Arbeiter in Deutschland zu stellen. In anderen westeuropäischen Ländern (besonders in Griechenland, Italien und Frankreich) wurden bewaffnete Arbeiteraufstände von der stalinistischen Partei des jeweiligen Landes, oft gemeinsam mit den Alliierten, niedergeschlagen, und zwar im Namen der „friedlichen Koexistenz“, wie sie 1943 bis 1945 in Teheran, Jalta und Potsdam festgeschrieben worden war.

Wir kämpften gegen die kapitalistische Konterrevolution!

1989 gingen die ostdeutschen Arbeitermassen auf die Straße, um die stalinistischen Bürokraten rauszuschmeißen, unter Bannern wie „Für kommunistische Ideale – Keine

Privilegien!“ und „Für eine neue kommunistische Partei!“ In dieser sich entfaltenden politischen Revolution erhoben wir von der Internationalen Kommunistischen Liga die Losungen „Für eine leninistisch-egalitäre Partei!“, „Für den Kommunismus Lenins und Trotzki!“; unser Aufruf zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wurde in verschied-



Spartakist

Kundgebung in Berlin-Treptow 1990: Spartakisten brandmarkten SPD als Vorkämpfer der Konterrevolution und riefen auf für „eine neue Arbeiterpartei im Geiste von Lenin“, für die politische Revolution zum Sturz der Stalinisten, für Arbeiter- und Soldatenräte

denen NVA-Einheiten aufgegriffen. Wir kämpften für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands mit der Losung „Für ein rotes Rätendeutschland in einem sozialistischen Europa!“ und mobilisierten alle unsere Kräfte, um für eine proletarische politische Revolution die Führung zu stellen – für den Sturz der stalinistischen Bürokratie und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter, um die vergesellschafteten Eigentumsformen zu verteidigen und auszuweiten.

Im Januar 1990 initiierten wir eine Massenmobilisierung unter dem Aufruf „Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion!“, nachdem Faschisten das Treptower Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten, die im Kampf zur Zerschlagung des Nazi-Regimes gefallen waren, beschmiert hatten. Wir gingen zu den Fabriken, und die Arbeiter nahmen stapelweise unsere Flugblätter. Die herrschende stalinistische Partei, die eifrig dabei war, die Betriebskampfgruppen aufzulösen und die Arbeiter mit irrwitzigen Parolen wie „Konföderation BRD/DDR“ einzulullen, war mit unserem wachsenden Einfluß in der ostdeutschen Arbeiterklasse konfrontiert und sah sich dazu gezwungen, unseren Einheitsfrontaufruf aufzugreifen. 250 000 Arbeiter und Soldaten kamen am 3. Januar nach Treptow, um ihre Solidarität mit der Roten Armee gegen den Faschismus zu zeigen, und richteten sich damit direkt gegen den sozialdemokratischen (und nationalistischen/faschistischen) Kreuzzug „Besatzer raus“.

In Treptow hörten die Arbeiter und Soldaten die IKL kontra Gysis SED-PDS. Obwohl geprägt durch das Mißverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution. Die Bourgeoisie und ihr Handlanger SPD sahen „rot“ über diese prosowjetische Demonstration, wo wir Trotzkiisten die Wahrheit über die SPD als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution“ gesagt hatten, und genauso erschrecken die Stalinisten über das Gespenst der proletarisch-politischen Revolution, die ihren Sturz bedeutet hätte. Kurz darauf distanzierte sich Gysi von der Demo, die SED/

Fortgesetzt auf Seite 10

Keine Stimme für SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 9

PDS setzte sich – mit grünem Licht von Gorbatschow – an die Spitze der Konterrevolution mit den Parolen „Deutschland, einig Vaterland“ und „Wir sind ein Volk! 1:1!“.

In unserem Demo-Aufruf hatten wir gewarnt, der wiederaufsteigende Faschismus „würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen“. Dagegen bezogen die vorgeblich trotzkistischen Organisationen einhellig die Seite der Konterrevolution. Ganz offen waren die reformistischen Cliff-Anhänger und die Voran-Gruppe für die kapitalistische Wiedervereinigung; die deutschen Anhänger des zentristischen Vereinigten Sekretariats, zu dem der RSB gehört, priesen die konterrevolutionäre polnische Solidarność als Vorbild und forderten den Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR. In der Hetzkampagne gegen die Treptower Demonstration stellten sich alle diese linken Gruppen hinter die SPD.

Die Gruppe Spartakus (GS), eine Ansammlung von verbitterten Ex-Mitgliedern aus unserer Organisation, die vor dem antisowjetischen Kalten Krieg in die Knie gegangen waren, lamentierte, wir hätten unseren Aufruf zu Treptow „auch an die Sozialdemokratie“ (ihre Hervorhebung) richten sollen. Auch heute ruft die GS zu einem Propagandablock mit SPD/PDS auf: „Die Aufgabe von RevolutionärInnen ist es, im antifaschistischen Kampf auch die Einheitsfront mit den reformistischen Führungen von Gewerkschaften, SPD und PDS zu suchen, um sie in der Aktion mit ‚ihrer‘ Basis zu testen.“ (*Bolschewik*, April 1998) Es gibt hier nichts zu „testen“: Die SPD hat eine durchweg konterrevolutionäre Rolle gespielt. Und sie tischt eine Menge an „Aktion“ auf: Sie dirigiert rassistischen Staatsterror, schützt die Faschisten durch ihre Bullen und knüpelt Anti-Nazi-Demonstranten nieder wie in Hamburg, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen.

Trotzkis Forderung an die KPD, zu einer Einheitsfront mit der SPD aufzurufen, beruht nicht auf der Erwartung, daß die SPD-Führung das Proletariat mobilisieren wollte, um die Nazis zu zerschlagen. Sondern er ging von dem stark verbreiteten Bedürfnis der Arbeiter aus, sich gegen die unmittelbare Gefahr zu verteidigen, die ihnen und ihren Organisationen durch die Nazis drohte. Im Gegensatz zur GS, die an irgendeinen „antifaschistischen“ Charakter der Sozialdemokratie glaubt, schrieb Trotzki über die sozialdemokratischen Führer: „Die Tausende von Noskes, Wels und Hilferdings ziehen letzten Endes den Faschismus dem Kommunismus vor.“ („Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?“, Dezember 1931)

Die Sozialdemokratie war jahrzehntelang das Hauptinstrument der deutschen Bourgeoisie, um den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat zu unterminieren, angefangen mit der Geheimdienst-Operation „Ostbüro“ bis zur imperialistischen „Entspannung“politik von Willy Brandt; im Winter 1989/90 demonstrierte sie gemeinsam mit Nazis unter der Losung „Wir sind ein Volk“ in den Straßen von Leipzig. Genauso hatte die SPD 1975 entscheidenden Anteil an der Niederschlagung der aufständischen Arbeiter in Portugal: Sie gründete und finanzierte die Kräfte der portugiesischen SP, die dann in der vorrevolutionären Situation 1975 die KP-Büros stürmten und niederbrannten. Wie Trotzki schrieb, ist die SPD die „linke Flanke des demokratischen Imperialismus“.

Keine Stimme für SAV, MLPD und PSG!

Wir sagen auch klar: Keine Stimme für die Sozialistische Alternative Voran! Die SAV stellt in mehreren Städten Direktkandidaten auf, wo diese der PDS nicht weh tun, und ruft ansonsten zur Wahl der PDS auf. Sie ist damit Teil der

syphilitischen Kette, die zu einer Schröder-Koalitionsregierung führt – genauso wie die maostalinistische Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD), die Kandidaten aufstellt mit der Aufforderung, mit der Erststimme MLPD zu wählen, d. h. die entscheidende Zweitstimme geht an SPD/PDS. Die SAV greift, ähnlich wie die PDS, unter der Überschrift „Wir brauchen Arbeitsplätze – Keine Nazis!“ (*Voran*, Juni/Juli 1998) die „antikapitalistische Rhetorik“ der faschistischen Mörderbanden auf, über die sie sagt: „Heiße Luft und nichts dahinter“. Als ob nicht klar wäre, was die Nazis bedeuten: Völkermord, Holocaust, imperialistischen Krieg, Zerschlagung der Arbeiterbewegung!

Wir sagen auch kategorisch: Keine Stimme für die „Partei für Soziale Gleichheit“ (PSG), die formal eigenständig kandidiert. Solange die Sowjetunion existiert hat, hetzte diese sehr dubiose Organisation im Chor mit ihrer eigenen Bourgeoisie gegen den degenerierten Arbeiterstaat; sie unterstützte jede antisowjetische Bewegung, von den Mudschaheddin in Afghanistan bis zur klerikal-antisemitischen Solidarność in Polen.

Inzwischen, wo die Sowjetunion nicht mehr existiert, hat sich die PSG im Gleichschritt mit der Bourgeoisie ein neues Opfer ausgesucht und führt eine reaktionäre Kampagne gegen die Gewerkschaften. Sie behauptet, „daß die Verwandelung der Gewerkschaften von einer Interessensvertretung der Arbeiter in ein Werkzeug der Unternehmer und Vollzugsorgan der Regierung längst stattgefunden hat und nicht rückgängig gemacht werden kann“ (*Neue Arbeiterpresse*, 25. April 1996). Die PSG, die offen und wiederholt Streikbruch gerechtfertigt hat (z. B. haben ihre britischen Gesinnungsgenossen gegen Solidaritätsstreiks für den viele Monate dauernden Streik der Liverpools Hafearbeiter gehetzt: „Hafearbeiter müssen Pseudo-Internationalismus ablehnen“ – *International Worker*, 2. Dezember 1995), versucht bei diesen Wahlen, mit einem antirassistischen Gesicht aufzutreten. Aber sie will genau die Kraft zerstört sehen, die unter einer klassenkämpferischen Führung den Naziterror stoppen kann: die Massenorganisationen der Arbeiterklasse, die Gewerkschaften.

Die Russische Revolution 1917 hat in der Realität gezeigt, daß die Arbeiter die Macht haben, den Kapitalismus zu stürzen, wenn sie von einer revolutionären Partei geführt werden. Mit der Konterrevolution in der Sowjetunion ist in einer ganzen Reihe von Ländern dem Proletariat die Lüge vom „Scheitern des Sozialismus“ verkauft worden, nicht zuletzt von den Stalinisten, die an der Spitze dieser deformierten Arbeiterstaaten gestanden und deren Zerstörung geleitet haben. Wie wir in der „Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms“ der IKL (veröffentlicht in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) betonen:

„Trotzkis Feststellung im Übergangsprogramm von 1938: ‚Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet‘, wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewußtsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Trotzki's Beobachtung eine neue Dimension hinzu. Nur auf eine einzige Art und Weise kann dieser Rückschritt überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse für sich werden, das heißt für die sozialistische Revolution kämpfen: Eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei muß wiedergeschmiedet werden als Führung der Arbeiterklasse. Der Marxismus muß erneut die Loyalität des Proletariats gewinnen.“

Den Aufbau dieser Partei, die der Arbeiterklasse eine revolutionäre Führung geben wird, um sie an die Macht zu bringen, hat sich die SpAD zum Ziel gesetzt. Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale! Für neue Oktoberrevolutionen, weltweit! ■

Gruppe Arbeitermacht wieder im „Dritten Lager“

Zentristen der Marke „Tod des Kommunismus“



Der Spiegel

In den 80ern riefen GAM/WP zur „Solidarität“ mit der von CIA/Vatikan/Deutscher Bank inspirierten antikommunistischen Solidarność auf, heute übernehmen sie die imperialistische Lüge vom „Tod des Kommunismus“



Workers Hammer

Nach der Intervention der Roten Armee in Afghanistan im Dezember 1979 feuerten die Imperialisten die Eröffnungssalven ihres Zweiten Kalten Kriegs ab, dessen Ziel die Zerstörung der Sowjetunion war. Die meisten linken Gruppen marschierten beim antisowjetischen Kriegszug im Gleichschritt mit und beschleunigten ihre stürmische Bewe-

die von der CIA unterstützten islamischen Fundamentalisten in Afghanistan, behaupteten aber gleichzeitig, es sei „taktisch falsch ... den sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen zu fordern“ (*Workers Power*, Februar 1980). Und als Ende 1981 die polnische Solidarność nach der Macht griff, gab WP zwar zu, daß dies eine offen konterrevolutionäre Bewegung war, unterstützt von Papst, CIA und westlichen Bankiers, aber sie *unterstützten sie trotzdem*.

WORKERS HAMMER

gung nach rechts. Im Gegensatz hierzu gab die Organisation Workers Power (WP), in Deutschland Gruppe Arbeitermacht (GAM), bei dieser Gelegenheit ihre Zurückweisung der antisowjetischen Position des „Dritten Lagers“ bekannt, die ein Erbe von Tony Cliffs Organisation war, von der sich WP fünf Jahre zuvor abgespalten hatte. Sie wandten sich gegen Cliffs ignorante „Theorie“ – deren Ursprung darin lag, der „demokratischen“ Glaubwürdigkeit des britischen Imperialismus auf den Leim zu gehen –, daß die Sowjetunion „totalitär“ und „staatskapitalistisch“ sei, und WP erklärte, sie hätten jetzt Trotzki's Auffassung übernommen, daß die Sowjetunion unter dem Stalinismus ein degenerierter Arbeiterstaat sei.

In der Praxis zogen WP/GAM aber nie die programmatischen Schlußfolgerungen aus Trotzki's Analyse: bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und der anderen deformierten Arbeiterstaaten gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution. WP schloß sich den Imperialisten und ihren Labour-Leutnants an und stellte sich *gegen* die sowjetische Militärintervention gegen

Die WP-Broschüre *The Degenerated Revolution* [Die degenerierte Revolution] von 1982, die ihre Linien „änderung“ festschrieb, ist ein chemisch reiner Ausdruck von Trotzki's Beschreibung des Zentrismus als „kristallisierte Konfusion“. Workers Power erkannte zwar an, daß der Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern unter der sowjetischen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg gestürzt worden war, aber sie nannten dies einen „konterrevolutionären sozialen Umsturz“. Als der Wind des Zweiten Kalten Kriegs zunehmend heftiger blies, ging WP weiter nach rechts. 1990 forderte Workers Power von der antikommunistischen Tory-Premierministerin Margaret Thatcher, die von Faschisten durchgesetzte litauische Sajudis mit Waffen zu versorgen. Im gleichen Jahr spielten sie eine aktive Rolle dabei, die von der Geheimpolizei MI5 inszenierte antikommunistische Hexenjagd gegen Arthur Scargill, den Führer der National Union of Mineworkers [die nationale Bergarbeitergewerkschaft] voranzutreiben. Die britische Bourgeoisie haßte Scargill nicht nur, weil er den heroischen Bergarbeiterstreik 1984/85 geführt hatte, sondern auch, weil er den antisowjetischen Kriegszug verurteilt hatte und korrekterweise Solidarność

Fortgesetzt auf Seite 12



P. Maitre/COSMOS/Agentur Focus



Trotzkisten begrüßten Intervention der Sowjetunion 1979 gegen imperialistisch unterstützte islamische Reaktion und warnten vor dem Rückzug des Kreml 1989

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 11

„antisozialistisch“ genannt hatte (siehe „Workers Power Caught with Russian Fascists, Thatcher's Scabs“ [Workers Power mit russischen Faschisten und Thatchers Streikbrechern erwischt], *Workers Hammer* Nr. 116, September 1990). Im August 1991 standen Unterstützer von WP buchstäblich auf den Barrikaden der Konterrevolution in Moskau, Seite an Seite mit Jelzins vom Imperialismus unterstützten Kräften.

Nachdem sie gemeinsam mit Jelzin auf dem Grab der großen Oktoberrevolution von 1917 getanzt hatten, haben Workers Power und ihre Internationale, die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI), inzwischen ihre „Theorie“ in Einklang mit ihrer Praxis gebracht. In einem ebenso pompösen wie ignoranten Artikel von Mark Abrams und Helen Watson, der in *Revolutionärer Maximus* (Frühjahr 1998) mit dem Titel „Stalinismus und marxistische Staatstheorie“ auf deutsch veröffentlicht wurde, behaupten WP/GAM, in der Sowjetunion sei 1927 ein bürgerlicher Staat wiederhergestellt worden. Über die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa sagen sie, diese seien geschaffen worden, „ohne den bürgerlichen Staatsapparat zu zerschlagen“. Trotzki wird vorgeworfen, daß er nicht die Zerschlagung des Sowjetstaates unter Stalin gefordert hat, und Trotzki's gesamte Analyse des Klassencharakters der Sowjetunion wird offen zurückgewiesen.

Die antikommunistische Schlußfolgerung von der GAM kommt deutlich zum Ausdruck:

„In der Sowjetunion war die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine seit der konterrevolutionären politischen Enteignung der Arbeiterklasse durch die stalinistische Kaste eine programmatische Notwendigkeit. In Osteuropa wurde eine solche Aufgabe ab dem Moment der Erschaffung von Arbeiterstaaten erforderlich.“

Dies ist ein bequemes Alibi für die Tatsache, daß die LRKI sich den Kräften der Konterrevolution anschloß, die tatsächlich den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat und die bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas zerschlagen haben. Aber darüber hinaus drückt es aus, wie sehr sich GAM/WP den „Tod des Kommunismus“ von der imperialistischen Bourgeoisie reinziehen.

Sie wollen das Erbe der Russischen Revolution begraben

Die „russische Frage“ ist die bestimmende politische Frage des 20. Jahrhunderts und der Prüfstein für Revolutionäre. Wir Trotzkiisten standen auf unserem Posten und kämpften für die Bewahrung und Ausweitung der revolu-

tionären Errungenschaften der Arbeiterklasse, die in den proletarischen Eigentumsformen der ehemaligen Arbeiterstaaten verkörpert waren. Wir verstanden, daß der Kampf dafür, daß die Arbeiter der antirevolutionären stalinistischen Bürokratie die politische Macht entreißen – als ein Teil des Kampfes für die sozialistische Weltrevolution –, die einzige wirkliche Verteidigung dieser Errungenschaften war.

Praktisch jede andere Tendenz der Linken versteckte sich hinter dem Rücken ihrer „eigenen“ imperialistischen Herrscher und heulte mit den Wölfen gegen die Sowjetunion. Tony Cliffs Socialist Workers Party (SWP) bejubelte Jelzins Machtantritt und erklärte: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen“ (*Socialist Worker*, 31. August 1991). Der Vierte Kongreß der LRKI produzierte ein Manifest mit dem Titel „A New Dawn for Humanity“ [Eine neue Morgendämmerung für die Menschheit] (*Workers Power*, Oktober 1997), das ebenso den Sieg der Kräfte der Konterrevolution feierte: „Diese Bewegungen machten Jahrzehnten stalinistischer Diktatur ein Ende. Alle wirklichen Revolutionäre jubelten über den Sturz dieser bürokratischen, totalitären Monstrositäten.“

Mit ihrer „neuen“ Theorie über den Klassencharakter des sowjetischen Staates gehört die Gruppe Arbeitermacht zu der Horde von Pseudotrotzkisten, die sich in panischer Massenflucht dem Versuch der Imperialisten angeschlossen haben, das Erbe der Russischen Revolution zu beerdigen und damit auch das „Gespenst“ der Diktatur des Proletariats. Al Richardson, Herausgeber der britischen Zeitschrift *Revolutionary History* [Revolutionäre Geschichte], legt uns heute nahe, daß die Russische Revolution „voreilig“ gewesen sei oder ein „Fehlstart“. Richardson drückt seine eigene zynische Haltung zur revolutionären Geschichte aus, wenn er höhnt: „Die augenblickliche Debatte zwischen Unterstützern der Theorie des Arbeiterstaates und den Verfechtern des Staatskapitalismus [ist ein] ... infantiles Sandkastenspiel, unwürdig der Beachtung durch ernsthafte Marxisten und zudem eine Verschwendung von Zeit und Mühen“ („In Defence of the Russian Revolution: A Selection of Bolshevik Writings 1917-1923“ [Zur Verteidigung der Russischen Revolution: eine Auswahl bolschewistischer Schriften 1917-1923], 1995).

Das Vereinigte Sekretariat (VS), das viele Jahre lang fälschlicherweise behauptete, die Kontinuität von Trotzki's Vierter Internationale darzustellen, will inzwischen davon überhaupt nichts mehr wissen. So fragte ein führender Unterstützer des VS in Italien: „Macht es für Aktivisten noch Sinn, von der Geschichte mal abgesehen, den Schriften des russischen Revolutionärs Referenz zu erweisen? ... Ich glaube nicht, daß man sich ein sozialistisches Projekt für das 21. Jahrhundert vorstellen kann, das von den Paradigmen

des Leninismus und Trotzismus ausgeht.“

Die neue „Theorie“ der LRKI ist die entsprechende Kodifizierung ihrer Zurückweisung des Kampfes für die proletarische Revolution. In schrillen Ton fordern sie: „die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine“, während sie im eigenen Land als die kriecherischsten, servilsten Apologeten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft in deren sozialdemokratischer Variante auftreten. In „Stalinismus und marxistische Staatstheorie“ tut Workers Power kund, in der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas die Existenz von: „bürgerlicher Form der Staatsmaschine und dem proletarischen Inhalt der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, die durch diese Maschinerie verteidigt wurden“, erkannt zu haben. Dieses ignorante Kauderwelsch macht die elementarsten Grundsätze des Marxismus zum Gespött, damit sich Gruppe Arbeitermacht/Workers Power besser bei der Labour-Sozialdemokratie anbieten können. Ihre Vorstellung einer „Morgendämmerung“ für die Arbeiterklasse in Britannien war die Wahl von Tony Blairs rabiat arbeitfeindlicher Labour-Regierung.

Wie wir in unserem Artikel „Workers Power's ‚United Front‘ with Counterrevolution“ [‚Einheitsfront‘ von Workers Power mit der Konterrevolution] (WH Nr. 160, Januar/Februar 1998) schrieben:

„Besonders gegen den deutschen Sozialdemokraten Kautsky gerichtet, der sich gegen die proletarische Revolution stellte, sagte Lenin, daß ‚das Proletariat nicht einfach die Staatsmacht erobern kann in dem Sinne, daß der alte Staatsapparat in neue Hände übergeht, sondern daß es diesen Apparat zerschlagen, zerbrechen, ihn durch einen neuen ersetzen muß‘ (*Staat und Revolution*). Mit ihrer Behauptung, daß Arbeiterstaaten entstehen könnten, ohne die ‚bürgerliche Form der Staatsmaschine‘ zu zerschlagen, enthüllen die heutigen Kautskyaner von Workers Power ihr wahres Programm: Druck auf sozialdemokratische Parteien wie die australische Labor Party oder die britische Labour Party auszuüben, damit diese den Kapitalismus abschaffen.“

Die Degeneration der Russischen Revolution

Die Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa bedeutete eine noch nie dagewesene Niederlage für die arbeitenden Massen in diesen Ländern und in der ganzen Welt. Sie führte zu einer Eskalation der Unterdrückung der halbkolonialen Völker, zu brudermörderischen nationalistischen Kriegen in den jetzt kapitalistischen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und der UdSSR und zu einem dramatischen Anstieg des rassistischen Terrors in ganz Europa. Sie verschärfte die Rivalität zwischen den konkurrierenden imperialistischen Mächten und treibt die Welt damit näher auf einen imperialistischen Krieg zu. Und sie hat zu einer dramatischen Zurückentwicklung im politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse und der linken Jugendlichen geführt, die mit bürgerlicher Ideologie bombardiert werden: „Sozialismus ist unmöglich“ und „Der Kommunismus ist tot“.

Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, die Aufgabe zu Ende zu führen, die Lenins und Trotzki bolschewistische Partei anging, als sie die Arbeiterklasse 1917 in Rußland zum Sieg führte: den Klassenkampf zu seinem siegreichen Abschluß zu bringen, was bedeutet, daß die Staatsmacht in der ganzen Welt durch Arbeiterräte verkörpert wird. In dieser Periode, die bedingt ist durch eine solche ungeheure Niederlage für das internationale Proletariat wie die kapitalistische Konterrevolution im Heimatland der Oktoberrevolution, besteht ein großes Mißverhältnis zwischen unserem Ziel und dem gegenwärtigen politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse, der Jugendlichen und der Linken international. Im Unterschied zu jenen

selbsternannten Linken, die den Leninismus und die Lehren der Russischen Revolution herabwürdigen, halten wir an den teuer erkauften Lehren der Vergangenheit fest als Teil unseres Kampfes, die revolutionäre Führung zu sein, die im Kampf für neue Oktoberrevolutionen das Proletariat mit dem Bewußtsein seiner historischen Interessen wiederbewaffnen kann.

Zum ersten und bisher einzigen Mal in der Geschichte der Menschheit holte die Russische Revolution das marxistische Programm der proletarischen Revolution aus dem Reich der Theorie heraus und erweckte es zum Leben durch die Schaffung einer Gesellschaft, in der das Proletariat durch seine eigene Klassendiktatur herrschte. Die bolschewistische Revolution war ein Leuchtfeuer für die Arbeiter der ganzen Welt. Die Bolschewiki verstanden, daß für das Überleben der proletarischen Diktatur in Rußland die sozialistische Revolution in den imperialistischen Ländern von zentraler Bedeutung war. Sie sahen die Russische Revolution als den Startschuß für den Sturz des Kapitalismus international und erwarteten, daß schnell auch in anderen Ländern Arbeiterrevolutionen folgen würden.

Die Niederlage besonders der Revolution in Deutschland 1918/19 und die imperialistische Feindschaft gegen die gerade erst entstandene Sowjetrepublik, in die 14 kapitalistische Armeen einmarschierten, führten zu einer sich lange hinziehenden Isolation des Arbeiterstaates in einem sehr rückständigen Land. Im Jahre 1921 stellte Lenin fest: „Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. In Wirklichkeit haben wir nämlich einen Arbeiterstaat, erstens mit der Besonderheit, daß im Lande nicht die Arbeiter-, sondern die Bauernbevölkerung überwiegt; und zweitens haben wir einen Arbeiterstaat ‚mit bürokratischen Auswüchsen‘“ (zitiert in Trotzki: „Von einer Schramme – zur Gefahr der Knochenfäule“, 1940). 1922 drängte Lenin Trotzki dazu, den Kampf gegen die zunehmende Bürokratisierung der bolschewistischen Partei aufzunehmen. Besonders nach dem Scheitern einer zweiten revolutionären Gelegenheit in Deutschland im Oktober 1923 und der darauf folgenden Demoralisierung des sowjetischen Proletariats schlug Quantität in Qualität um, und die bürokratische Schicht, an deren Spitze Stalin stand, entriß dem Proletariat die Macht durch eine *politische Konterrevolution*.

In seiner rückblickenden Analyse des Triumphs der stalinistischen Bürokratie über die trotzkistische Linke Opposition schrieb Trotzki:

„Das Proletariat ist sozial homogener als die Bourgeoisie, enthält aber doch eine ganze Reihe von Schichten, die sich besonders nach der Machtergreifung deutlich voneinander abheben, wenn sich die Bürokratie und eine mit ihr verbundene Arbeiteraristokratie herausbilden. Die Zerschlagung der Linken Opposition war unmittelbar gleichbedeutend mit dem Übergang der Macht aus den Händen der revolutionären Avantgarde in die der konservativeren Elemente der Bürokratie und der Oberschicht der Arbeiterklasse. Das Jahr 1924 war der Beginn des sowjetischen Thermidors.“ („Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus“, 1935)

1924 sagten sich die Stalinisten vom internationalistischen Programm von Lenins Bolschewiki los und nahmen das nationalistische Dogma des „Sozialismus in einem Land“ an, was die GAM kaum erwähnt. Statt dessen beten sie Tony Cliffs Position nach und behaupten, die qualitative Degeneration der Russischen Revolution habe 1927 stattgefunden. Wie Cliff erklärt die GAM, dies signalisiere die Wiederherstellung eines kapitalistischen Staates in der Sowjetunion. Die GAM fragt in unaufrichtiger Weise: „Warum hat Trotzki nie vertreten, daß die stalinistische Staatsmaschine im Laufe der politischen Revolution ‚zerschlagen‘“

Fortgesetzt auf Seite 14

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 13

werden muß?"

Die Antwort ist ganz einfach. Im Unterschied zu Cliff und GAM verstand Trotzki, daß die Degeneration der Russischen Revolution *politisch* war und keine soziale Konterrevolution bedeutete. Daß die stalinistische Bürokratie durch massive Unterdrückung und Terror herrschte, war nicht Ausdruck irgendeines Wechsels im Klassencharakter der Sowjetunion, sondern Ausdruck der Tatsache, daß die Bürokratie auf einem enormen Widerspruch basierte. Trotzki beschrieb die sowjetische Bürokratie als fragile, privilegierte und parasitäre *Kaste*: „Sie rekrutiert, ergänzt, erneuert sich kraft einer administrativen Hierarchie.“ Trotzki betonte: „die Bürokratie verdankt ihre Privilegien nicht irgendwelchen Eigentumsverhältnissen, die für sie als ‚Klasse‘ spezifisch sind, sondern jenen Eigentumsverhältnissen, die von der Oktoberrevolution geschaffen wurden und ihrem Wesen nach der Diktatur des Proletariats angemessen sind“ („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“, 1933).

Das trotzkistische Programm war sehr klar: bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistische Angriffe und innere Konterrevolution sowie proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie. „*Bedingungslose* Verteidigung“ bedeutete explizit, daß diese Verteidigung nicht vom vorherigen Sturz der stalinistischen Bürokratie abhing. Trotzki benutzte den Begriff der proletarisch-politischen Revolution, um klarzumachen, daß keine neue Form von Klassenherrschaft notwendig war, sondern ein Wechsel im politischen Charakter des Regimes, das die Diktatur des Proletariats ausübte. Die bürokratische Kaste mußte gestürzt und wirkliche Arbeiterdemokratie – durch die Herrschaft von Sowjets – wiederhergestellt werden.

Trotzki unterschied sorgfältig eine solche politische Revolution von einer sozialen Revolution zum Sturz des Kapitalismus, bei der es notwendig ist, den existierenden Staatsapparat zu zerschlagen. Bei einer politischen Revolution der Arbeiter, sagte Trotzki, geht es „nicht um einen Aufstand gegen die Diktatur des Proletariats, sondern um deren Befreiung von einer bösartigen Geschwulst“.

Trotzki versus Vorfahren der Gruppe Arbeitermacht

Trotzki führte einen unermüdlichen politischen Kampf gegen diejenigen, die behaupteten, daß der Kapitalismus in

der Sowjetunion wiederhergestellt worden sei oder daß eine neue Ausbeuterklasse ihre Macht konsolidiert hätte. Laut GAM war „die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine seit der konterrevolutionären politischen Enteignung der Arbeiterklasse durch die stalinistische Kaste eine programmatische Notwendigkeit.“ Trotzki machte sich über frühere antimarxistische Renegaten lustig, die die billige Rhetorik der „Demokratie“ benutzten und behaupteten, Stalin habe die Diktatur des Proletariats durch die „Diktatur über das Proletariat“ ersetzt:

„Das meistverbreitete, populärste und auf den ersten Blick unwiderlegbarste Argument für den nichtproletarischen Charakter des gegenwärtigen Sowjetstaats beginnt mit dem Hinweis auf die Erstickung der Freiheit der proletarischen Organisation und auf die Allmacht der Bürokratie...“

Dies verführerische Argument beruht nicht auf einer materialistischen Analyse des realen Prozesses, sondern auf rein idealistischen Schemata, kantianischen Normen. Einige wohlmeinende ‚Freunde‘ der Revolution machen sich ein äußerst strahlendes Bild von der Diktatur des Proletariats. Sie sind vollkommen niedergeschmettert, wenn sie die reale Diktatur sehen, die – mit ihrem Erbe der Klassenbarbarei, ihren inneren Widersprüchen und den Fehlern und Verbrechen der Führung – ganz und gar nicht dem geleckten Bild gleicht, das sie sich geschaffen hatten. In ihren edelsten Gefühlen enttäuscht, kehren sie der Sowjetunion den Rücken.“ („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“)

Die Position der GAM, daß 1927 in der Sowjetunion ein kapitalistischer Staat wiederhergestellt worden sei, ist einfach ein Neuaufguß der gleichen sozialdemokratischen Methodologie, die Trotzki schon vor 60 Jahren widerlegt hat. In der Tat gibt es bei ihrer „neuen Theorie“ einige Ähnlichkeiten mit dem bürokratischen Kollektivismus von James Burnham, der 1939/40 zusammen mit Max Shachtman eine kleinbürgerliche Opposition innerhalb der damals trotzkistischen amerikanischen Socialist Workers Party gegen das Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion führte.

Burnham erklärte, die Sowjetunion habe eine nichtkapitalistische Wirtschaft, und behauptete gleichzeitig, eine neue „bürokratisch-kollektivistische“ Ausbeuterklasse habe die Macht in der Sowjetunion erobert. Diese „Theorie“ wurde später von den Anhängern Shachtmans aufgegriffen und im nachhinein als Begründung dafür benutzt, daß sie zum Zeitpunkt des Hitler-Stalin-Paktes 1939 die Verteidigung der

Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands
Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Marx Internationalisten)
Organ der Internationalen Liga Sozialisten und Kommunisten (I.L.S.K.)

Diskussionsbulletin

Die nachsowjetische Periode und
zerstrende Einflüsse auf die revolutionäre Avantgarde

**Nordens „Gruppe“:
Verschämter Abschied
vom Trotzismus**

Übersetzung des *International Bulletin* Nr. 38,
herausgegeben vom Internationalen Sekretariat der I.K.L.

SpAD
Postfach 4 55
10127 Berlin

September 1988
8. Auflage
DM 10,-

SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25
Übersetzung des *International Bulletin*
Nr. 38 (in englischer Sprache, eben-
falls erhältlich)

DM 10,- (164 Seiten)

„Hate Trotskyism, Hate the Spartacists“
(Nr. 1 der Dublin Spartacist Group):
enthält Polemiken von Workers Power
gegen die I.K.L. zur russischen Frage
(in englischer Sprache)

DM 6,- (42 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Post-
fach 5 55, 10127 Berlin, Postgiro Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60, Konto 119 88-601

**Hate Trotskyism,
Hate the Spartacists**

— a bulletin series of opponent material

NUMBER 1

**Workers Power and the
Irish Workers Group**

- *Socialism and Stalinophilia: The Politics of the Spartacists*
No 1 pamphlet (January 1988)
- *The Spartacists: A Poisoned Well*
No 2 pamphlet (1 October 1988)
- Tony Cliff's resignation
- *Workers Power: the baggage of State Capitalism*
Workers Number no 108 (September 1988)
- *Socialist republics in East Germany*
Workers Number no 112 (March/April 1989)
- *The British left: anti-Socialism comes home to roost*
- *Workers Power caught with Russian fascists, Thatcher's scab*
Workers Number no 116 (September 1988)
- *The Workers Power school of "Socialism"*
Workers Number no 117 (October 1988)

Spartacist Publications
PO Box 1847
London NW5 3SU

Dublin Spartacist Youth Group
PO Box 1848
Dublin 1

November 1988
bullet no 1
£2.00



Skurihinaya/Prawda

Protest von Workers Power 1990 in London zur Unterstützung von mit Faschisten durchgesetzten baltischen Konterrevolutionären



Workers Hammer

Sowjetunion fallengelassen hatten – eine Kapitulation vor der liberalen kleinbürgerlichen „öffentlichen Meinung“.

In ähnlicher Weise ist die verspätete „Entdeckung“ von der GAM, daß die Sowjetunion im Jahre 1927 ein „bürgerlicher“ Staat geworden sei, eine bequeme theoretische Begründung für ihre Unterstützung der Kräfte der Konterrevolution während des Zweiten Kalten Kriegs. Sie dient auch dazu, zu suggerieren, daß nichts Entscheidendes passiert sei, als 1991/92 tatsächlich ein kapitalistischer Staat restauriert würde, ein Ergebnis von Jelzins durch die Imperialisten unterstützter Konterrevolution. Die GAM prahlte damit, daß sie auf Jelzins Barrikaden standen, inmitten des Mobs von „zweilichtigen Typen und Gaunern“, in einer „Einheitsfront“ für „Demokratie“.

Gruppe Arbeitermacht versus Diktatur des Proletariats

Schon im Jahre 1918 prangerte Lenin in *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* den deutschen Sozialdemokraten Karl Kautsky dafür an, daß dieser die kapitalistische „Demokratie“ gegen die Diktatur des Proletariats unterstützte: „Es ist nur natürlich, wenn ein Liberaler von ‚Demokratie‘ schlechthin spricht. Ein Marxist wird nie vergessen zu fragen: ‚Für welche Klasse?‘“ Die „neue“ Analyse der LRKI revidiert die marxistische Definition des Staates, indem sie den Staat von den Eigentumsformen trennt, die er verteidigt. Für Marx, Engels, Lenin und Trotzki war der Staat ein Organ der Klassenherrschaft. Der bürgerliche Staat besteht aus „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ – eingeschworen auf die Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums! Durch die sozialistische Revolution muß die Arbeiterklasse ihre eigene Klassenherrschaft errichten – die Diktatur des Proletariats –, indem sie den existierenden kapitalistischen Staatsapparat zerschlägt.

Lenin schrieb in *Staat und Revolution*, daß der Staat vom ersten Tag der proletarischen Diktatur an „abzusterben“ beginnt. Die GAM verweist auf das Programm der Kommunistischen Partei Rußlands von 1919, in dem erwartet wurde, daß schon bald das stehende Heer durch die Volksbewaffnung ersetzt werden würde. Unter Hinweis darauf, daß diese Normen in der Sowjetunion nicht realisiert wurden und daß die Staatsmaschinerie unter Stalin zu monströsen Proportionen heranwuchs, schlußfolgern WP/GAM, daß ein kapitalistischer Staat wiederentstanden sei, und beschreiben dies in einer Sprache, die direkt von antikommunistischen Ideologen des „demokratischen“ Imperialismus stammt: „Die Sowjetmacht war umfassend zerschlagen oder ‚gesprengt‘ worden und durch die absolutistische Herrschaft einer totalitären bürgerlichen bürokratisch-militärischen Staatsmaschine ersetzt worden, die jedoch ihre Macht und ihre materiellen Privilegien aus verstaatlichtem Eigentum

und einer Planwirtschaft bezog“ (zitiert nach dem englischen Original in *Trotskyist International*, Januar–Juni 1998). Trotzki beantwortete solche Argumente mit beißender Schärfe:

„Für diese Herren ist die Diktatur des Proletariats einfach ein unwägbarer Begriff, eine ideale Norm, die sich auf unserer sündigen Erde nicht verwirklichen läßt. Kein Wunder also, wenn ‚Theoretiker‘ dieses Typs versuchen, den unversöhnlichen Widerspruch zwischen der Diktatur des Proletariats und der bürgerlichen Demokratie zu verwischen – sofern sie nicht den Diktatur-Begriff überhaupt ablehnen.“ („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“)

Trotzki bestand darauf, daß das Wachstum und die Konsolidierung des stalinistischen bürokratischen Apparates nicht bewies, daß sich ein kapitalistischer Staat konsolidiert habe, sondern daß der Aufbau des „Sozialismus in einem einzigen Land“ – dazu noch in einem rückständigen und isolierten Land – eine stalinistische Lüge war. Die materielle Basis für den Sozialismus ist die Abschaffung des *Mangels*, wozu es erforderlich ist, über das höchste durch die kapitalistische Gesellschaft erreichte Entwicklungsniveau noch hinauszugehen. Aus diesem Grund kann der Sozialismus nur auf einer *internationalen Basis* erreicht werden.

Die notwendige Vorbedingung für das „Absterben“ des Staates ist die Abschaffung der Klassengesellschaft, was nur erreicht werden kann durch proletarische Revolutionen in zumindest einigen fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten. Wie Trotzki in „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?“ (November 1937) schrieb:

„Die UdSSR als Arbeiterstaat entspricht nicht der ‚traditionellen‘ Norm. Das heißt nicht, daß sie kein Arbeiterstaat ist. Ebenso wenig heißt das, daß sich die Norm als falsch erwiesen hat. Die ‚Norm‘ ist auf den vollständigen Sieg der proletarischen Weltrevolution ausgelegt. Die UdSSR ist nur der teilweise und entstellte Ausdruck eines zurückgebliebenen und isolierten Arbeiterstaates.“

Manchmal behauptet die GAM, der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat sei gleichzeitig die Diktatur des Proletariats *und* die Diktatur der Bourgeoisie gewesen: „Die Diktatur des Proletariats nahm die paradoxe Form einer politischen Diktatur ‚eines bürgerlichen Staates ohne Bourgeoisie‘ über das Proletariat an.“ Sie benutzen Trotzki's Formulierung „‚bürgerlicher‘ Staat ohne Bourgeoisie“ aus seiner grundlegenden Analyse der Degeneration der Russischen Revolution, *Verratene Revolution* (1936) – unter bewußter Auslassung der Anführungsstriche, die Trotzki bei der Erläuterung dieses Begriffs um „‚bürgerlich“ gesetzt hat. Trotzki benutzte diesen Ausdruck in der gleichen Art und Weise, wie er von Marx und Lenin benutzt worden war: um die allgemeine Notwendigkeit zu erklären, unter der Diktatur des Proletariats eine öffentliche Gewalt aufrechtzuerhalten, die die

Fortgesetzt auf Seite 26

Imperialistische Rivalitäten verschärfen sich



Reuters

Für neue Oktoberrevolutionen, weltweit!

Obwohl Washington den Deal widerwillig akzeptiert hat, den der Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan Ende Februar mit dem Irak in der Frage der „Waffeninspektionen“ vereinbart hatte, zieht der US-Imperialismus die riesige Vernichtungs-Armada, die er im Persischen Golf zusammengezogen hat, vorerst nicht ab. Die andauernden Drohungen des Präsidenten der Demokraten Clinton, Militärschläge gegen das irakische Volk zu führen – noch verschärft durch die Forderungen der Führer der Republikaner im Kongreß, daß das UN-Abkommen in keiner

ren an getan haben, erklären wir auch jetzt: Nieder mit der imperialistischen Hungerblockade gegen den Irak!

Die aufeinander stoßenden Appetite der verschiedenen imperialistischen Mächte – wobei Britannien voll und ganz hinter den USA steht, Frankreich dagegen sich neben anderen offen gegen Militäraktionen ausgesprochen hat – traten auch wieder zutage bei der Debatte im UN-Sicherheitsrat, bei der über das Annan-Abkommen diskutiert wurde und über die Drohungen zukünftiger Raketenanschläge gegen den Irak. Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion hat die interimperialistischen Rivalitäten verschärft: Handelskrieg zwischen den USA und Japan, das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus in Osteuropa, die Zuspitzung der Konflikte über die Kontrolle der Öl- und Gasvorkommen und der Pipeline-Routen um den Persischen Golf und das Schwarze Meer herum. Angesichts der erneut aufgeflamten Machtkämpfe unter den drei Hauptmächten – den USA, Japan und Deutschland – um die Neuaufteilung der Märkte und Ausbeutungszonen ähnelt die allgemeine Weltsituation zunehmend der vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg von 1914–18.

Die Oktoberrevolution von 1917, geführt von Lenins und Trotzki's bolschewistischer Partei, wies den Ausweg aus imperialistischem Abschachten und kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Heute kämpft die IKL für den Aufbau revolutionärer Arbeiterparteien als Teil einer wiedergeschmiedeten trotzkistischen Vierten Internationale, um international neue Oktoberrevolutionen anzuführen. Parallel zum augenblicklichen Militäraufmarsch im Golf setzen die USA den von ihnen dominierten Internationalen Währungsfonds ein, um den Arbeitern in Südostasien und Lateinamerika eine Austeritätspolitik, die sie in den Hunger treibt, aufzuzwingen – und außerdem werden in den USA Löhne und Sozialausgaben massiv gekürzt. Der Imperialismus ist, wie Lenin betonte, „das höchste Stadium des Kapitalismus“. Wir drucken im folgenden die überarbeitete Rede des Genossen Joseph Seymour ab, die er auf der jüngst

Spartakist-Jugend

Weise akzeptiert werden könne –, strafen die Behauptungen der Herrscher der USA Lügen, daß die angedrohten Bombardierungen den Zweck hätten sicherzustellen, den UN-„Inspektoren“ Zugang zu vermuteten Arsenalen des Iraks an chemischen und biologischen Waffen zu verschaffen.

Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 685 in einer Erklärung festgestellt haben: „Hinter den Kriegsvorbereitungen im Golf steht der Anspruch des US-Imperialismus, sein ‚Recht‘ durchzusetzen, nach Belieben mit den kolonialen und semi-kolonialen Völkern der Welt umzuspringen, und die Absicht, seinen imperialistischen Rivalen zu demonstrieren, daß die USA durch ihr riesiges Vernichtungsarsenal auch weiterhin die Nummer eins sind.“ Während Liberale und Reformisten Petitionen an die raubgierige amerikanische herrschende Klasse richteten, sie möge sich eine „friedlichere“ Politik zu eigen machen und „die Iraker leben lassen“, forderte die Internationale Kommunistische Liga (IKL) gerade heraus, den Irak im Falle eines US-imperialistischen Angriffs militärisch zu verteidigen, und trat für die Perspektive der proletarischen Revolution ein als dem einzigen Weg, um die Gefahr eines imperialistischen Krieges aus der Welt zu schaffen. So wie wir es von Beginn der Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch die UN vor beinahe 8 Jah-

durchgeführten Dritten Internationalen Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga gehalten hat. In ihr geht es um die Ursprünge und die Entwicklung des imperialistischen Systems.

Im Jahre 1909 verhandelten mehrere New Yorker und Londoner Banken über eine Anleihe an die Dominikanische Republik. Die Sicherheiten für die Anleihe sollten die Zolleinnahmen der dominikanischen Regierung sein. Jacob Schiff, der wichtigste Wall-Street-Bankier, der an diesem Deal beteiligt war, fragte seinen britischen Kollegen Sir Ernest Cassel: „Wenn sie nicht zahlen, wer wird dann diese Zolleinnahmen eintreiben?“ Cassel antwortete: „Eure Marinetruppen und unsere.“

Dieser Wortwechsel beleuchtet ein Grundprinzip des Kapitalismus und auch jeder anderen Gesellschaftsordnung, die auf der Ausbeutung der Arbeit durch eine bestimmte Klasse von Eigentümern beruht. Sogenannte Eigentumsrechte – ob in der Form von Anleihen, direkten Investitionen oder Handelsabkommen – sind nur ein Fetzen Papier, wenn sie nicht durch militärische Macht abgesichert werden. Und dies ist nicht irgendein abstruses marxistisches Prinzip. Jeder Kredithai von der Mafia versteht, daß die Rückzahlungen viel geringer ausfallen werden, wenn er nicht jemanden zur Verfügung hat, der Leuten, die ihm Geld schulden, die Kniescheiben zerschlagen kann.

Im allgemeinen gilt, daß Eigentumsrechte außerhalb des eigenen Landes zu wahren wesentlich mehr militärische Stärke erfordert als innerhalb. Historisch gesehen ist es normal, daß die imperialistische Bourgeoisie nicht unmittelbar oder kurzfristig eine proletarische Revolution in ihrem eigenen Nationalstaat zu erwarten hat. Aber Investitionen in anderen Ländern, besonders in Ländern, die man heute zur sogenannten Dritten Welt zählt, sind viel anfälliger gegenüber Unruhen in der Bevölkerung, manchmal auch gegenüber bürgerlich-nationalistischen Kräften vor Ort und nicht zuletzt gegenüber rivalisierenden imperialistischen Staaten. Die Männer, denen General Motors gehört und die dort das Sagen haben, glauben im Augenblick nicht, daß sie eine starke amerikanische Streitmacht brauchen, um ihre Autofabriken im Mittleren Westen der USA zu beschützen. Aber sie glauben tatsächlich, daß sie starke amerikanische Streitkräfte brauchen, um ihre Autofabriken in Mexiko zu schützen. Und die Top-Manager von Exxon wissen nur allzu gut, daß sie ihre Ölfelder im Persischen Golf ohne die Ar-

mee, Marine und Luftwaffe der USA nicht sehr lange behalten würden.

Die kapitalistische Weltwirtschaft basierte schon seit den ersten Anfängen im 16. Jahrhundert auf starken Nationalstaaten und war geprägt durch Konflikte zwischen ihnen. Wie Lenin betonte, ging die Entwicklung des modernen Imperialismus, die Ende des 19. Jahrhunderts begann, Hand in Hand mit dem enormen Anstieg des Militarismus sowohl auf materieller als auch auf ideologischer Ebene. Dies war nicht eine einzigartige tieferschürfende Einsicht seitens Lenins. Die Imperialisten selber sagten laut und deutlich das Gleiche. Leo Amery, ein rechter britischer Politiker, erklärte 1905:

„Jedes Jahr wird das Wettstreiten um die Macht unter den großen Staaten der Welt schärfer, und wenn wir es nicht schaffen, weiterhin unsere Position zu halten, wenn wir es nicht schaffen, daß unsere Marine unbesiegbar bleibt, und wenn wir es nicht schaffen, das Empire an all seinen Grenzen zu verteidigen, dann werden uns unser Empire und unsere Märkte von anderen weggenommen.“ (zitiert in Paul M. Kennedy, „The Rise of Anglo-German Antagonism, 1860–1914“ [Das Anwachsen des anglo-deutschen Antagonismus, 1860–1914], 1987)

Ebenso erklärte und rechtfertigte Admiral Alfred von Tirpitz, der Architekt der modernen deutschen Marine, den Ersten Weltkrieg in seinen Erinnerungen folgendermaßen: „Wir hatten Welthandel, der uns zur Weltmacht zwang.“ Imperialistische Politiker und Militärs in der Zeit vor 1914 waren viel ehrlicher und weniger scheinheilig als ihre heutigen Pendants.

Die zweite Generation imperialistischer Mächte

Am besten versteht man die fälschlicherweise als „Globalisierung“ bezeichneten Veränderungen in der Weltwirtschaft der letzten paar Jahrzehnte, wenn man sich einen breiten historischen Überblick über den Weltkapitalismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart verschafft und sich dabei auf die Wechselwirkung zwischen den internationalen wirtschaftlichen Entwicklungen und den wichtigsten imperialistischen Staaten konzentriert. Die industrielle Revolution begann in England und Schottland zu Beginn des 19. Jahrhunderts und breitete sich dann auf Frankreich und die Niederlande (Belgien und Holland) aus. Ende des 19. Jahrhunderts entstanden drei neue kapitalistische

Fortgesetzt auf Seite 18



Reuters



AP

Die in Ostasien durch den Internationalen Währungsfonds durchgedrückte Raubpolitik, die zu Hungersnöten führt, entfachte Arbeiterproteste von Südkorea (links) bis Indonesien

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 17

Industriemächte: die Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan. Die *Art und Weise* jedoch, in der sich der Industriekapitalismus in diesen drei Ländern entwickelte, war sehr unterschiedlich: Unterschiede, deren Auswirkungen bis heute existieren.

Der spätere amerikanische bürgerliche Staat entstand in der Ära des Handelskapitalismus als eine Siedlerkolonie von Britannien, das damals das gesellschaftlich und wirtschaftlich fortgeschrittenste Land der Welt war. Infolgedessen war die amerikanische Landwirtschaft nicht mit dem Erbe des Feudalismus belastet, im Unterschied zu den rückständigen Bauerndörfern Frankreichs und Deutschlands im 19. Jahrhundert, ganz zu schweigen von Japan. Die Landwirtschaft im nördlichen Teil der USA basierte auf relativ großen Familienfarmen, die hochgradig marktorientiert und technologisch dynamisch waren. Dies wiederum schuf einen weitreichenden und wachsenden inneren Markt für Industriegüter, von der Bekleidung bis zu landwirtschaftlichen Maschinen.

Zur gleichen Zeit profitierte der amerikanische Kapitalismus des 19. Jahrhunderts von umfangreichen Auslandsinvestitionen aus Britannien sowie von der Einwanderung wohlhabender Engländer und Schotten. 1914 waren die britischen Investitionen in den Vereinigten Staaten größer als in Indien und Südafrika zusammengenommen. Die finanzielle Integration der britischen und amerikanischen Kapitalistenklassen wurde auf einer noch grundlegenden Ebene verstärkt, denn die Töchter des Yankee-Geldadels heirateten in die englischen herrschenden Kreise ein. Zwei von J. P. Morgans Nichten zum Beispiel heirateten englische Adlige, und die Mutter von Winston Churchill – der Personifikation des britischen Imperialismus im 20. Jahrhundert – war die Tochter eines New Yorker Finanziers.

Diese günstigen inneren und äußeren Bedingungen schufen in den USA eine große Kapitalistenklasse mit breiter Basis, die mit einer relativ schwachen Zentralregierung operierte. So hatten die USA bis 1913 noch nicht einmal eine Zentralbank. Bis dahin agierte de facto das Haus Morgan als Zentralbank. In den USA entwickelte sich (wie in Britannien) der Monopolkapitalismus schrittweise und organisch aus dem Wettbewerb einer Vielzahl von eigenständig auftretenden Unternehmern. Viele große amerikanische Firmen – Landmaschinenkonzerne wie International Harvester und John Deere, Standard Oil (dessen wichtigster Nachfolger Exxon ist), Ford – waren jahrzehntelang vollständig das Eigentum des Gründungsunternehmers und dessen Erben. Sie wuchsen durch die Reinvestition der Gewinne und waren schon recht groß, als sie, um weiter zu expandieren, Kapital von außen in Form von Aktien und Anleihen aufnehmen mußten.

In Deutschland hingegen, und noch mehr in Japan, war der Industriekapitalismus von Anfang an hochgradig konzentriert und zentralisiert, unter der Schirmherrschaft eines starken und interventionistischen Staates. Die einzelnen deutschen Unternehmer hatten einfach nicht genügend Kapital, um Produktionsbetriebe in ausreichender Größe und mit moderner Technologie aufzubauen, die mit schon etablierten britischen Firmen hätten konkurrieren können. Deshalb ermutigte die preußisch-deutsche Regierung die Mobilisierung von Kapital durch das Bankwesen. Das kaiserliche Deutschland unter Bismarck war bahnbrechend bei den Investmentbanken – die nicht nur den größten Teil des Kapitals für Industrieunternehmen zur Verfügung stellten, sondern auch Fusionen und Aufkäufe arrangierten und zu-

meist die Richtschnur für die jeweilige Firmenpolitik vorgeben. Dies gilt auch heute noch. Deutsche Aktionäre bei Siemens und Volkswagen geben ihre Stimmvollmachten nicht dem Management dieser Firmen, sondern meist ihrer Hausbank, die als der beste Garant für ihre Interessen angesehen wird.

Japan, das in der Mitte des 19. Jahrhunderts wirtschaftlich noch viel rückständiger war als Deutschland, brauchte infolgedessen einen noch höheren Grad von Monopolisierung und Staatsinterventionen, um zu einer imperialistischen Macht zu werden. Im Verlauf der Meiji-Reformen ab 1867 gestaltete die neue herrschende Gruppe in Japan dessen politische Strukturen und Wirtschaftspolitik in hohem Maße nach dem Vorbild des kaiserlichen Deutschlands. Bismarck selber gab einem japanischen Botschafter den Rat, direkte Eigentumsrechte für ausländisches Kapital zu beschränken, um die nationale Unabhängigkeit seines Landes zu erhalten. Der Kern von Japans Schwerindustrie wurde direkt durch den Meiji-Staat aufgebaut und dann gegen Ende des 19. Jahrhunderts an politisch bevorzugte kapitalistische Gruppen verkauft, deren Basis bestimmte Familien waren. Das war der Ursprung der Zaibatsu – riesige integrierte Komplexe von Industrie-, Finanz- und Handelskapital, die eng mit dem Staat verbunden sind – wie Mitsui, Mitsubishi und Sumitomo. Das gleiche System gibt es auch heute noch unter dem Namen Keiritsu.

Vorbereitung auf den Ersten Weltkrieg

Das Entstehen dieser drei neuen kapitalistischen Industriemächte Ende des 19. Jahrhunderts war die eigentliche Ursache für die beiden großen interimperialistischen Kriege des 20. Jahrhunderts. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 markierte einen grundlegenden Wendepunkt in der modernen imperialistischen Geschichte. Was man heute die Globalisierung des Kapitalismus nennt, ist eine *teilweise* Rückkehr zu den Normen der imperialistischen Ära vor 1914. Seit Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 waren die *politischen* Bedingungen für internationale Kapitalbewegungen bei weitem ungünstiger als in der Ära vor 1914.

Das kann man aus einigen wenigen grundlegenden Statistiken ablesen. 1914 betrug der Wert des gesamten Produktivvermögens, das britische Kapitalisten außerhalb Britanniens besaßen, mehr als ein Viertel des Kapitals in Britannien selber! Im Fall von Frankreich, dem zweitgrößten Kapitalexporteur, betrug der Gesamtwert aller langfristigen Auslandsinvestitionen rund 15 Prozent des inländischen Produktivvermögens. Im Vergleich dazu beträgt der Marktwert des Produktivvermögens, das amerikanische Kapitalisten außerhalb der Vereinigten Staaten besitzen, rund 9 Prozent des Gesamtkapitals in den USA. Die Vergleichszahlen liegen bei Japan etwas und bei Deutschland erheblich niedriger.

Die zwei Hauptfaktoren für die außergewöhnliche Globalisierung des Kapitalismus in der imperialistischen Ära vor 1914 waren der Kolonialismus und der Goldstandard. Besonders Britannien und Frankreich, aber auch andere westeuropäische Länder sowie die USA und Japan übten direkte Staatsmacht über Millionen von Werktätigen in der ganzen Welt aus. Britische Plantagenbesitzer in Indien machten sich keine Sorgen darüber, daß die indische Regierung Gesetze verabschieden könnte, die für sie ungünstig wären, denn die indische Regierung war *ihre* Regierung.

Es war auch allgemeine Praxis der imperialistischen Staaten, daß sie zugunsten ihres Finanzkapitals ihre militärische Macht gegen rückständige Länder einsetzten, die nominell unabhängig waren. Als zum Beispiel die Regierung von



Museum of the American China Trade



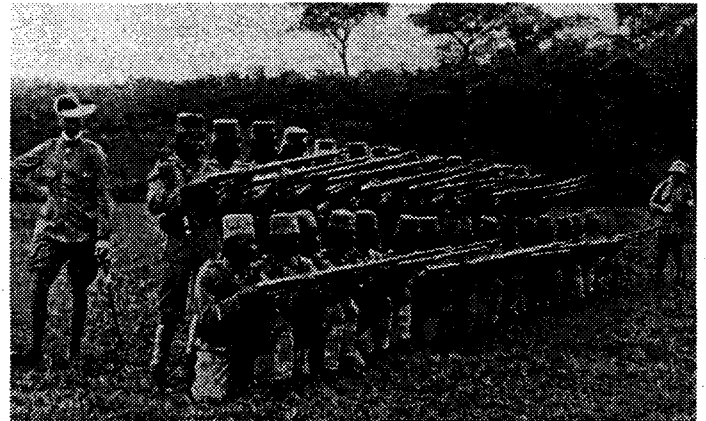
Burton Holmes

Die Jahrhundertwende zeigte den Aufstieg der zweiten Generation imperialistischer Mächte. Von links: US-Einmarsch während des Boxeraufstandes 1900, Japans Sieg über Rußland in Port Arthur 1905, deutsche Offiziere drillen 1915 Kolonialtruppen in Ostafrika

Venezuela 1902 sagte, daß sie ihre Auslandsanleihen – meist von britischen Banken und auch von ein paar deutschen Banken – nicht wie geplant zurückzahlen könnte, überwinden Britannien und Deutschland für einen Augenblick ihre eigenen Rivalitäten und schickten ihre Kriegsmarine zur gemeinsamen Blockade von Venezuela, dabei forderten sie das Caracas-Regime auf, seine Rückstände zu bezahlen, sonst würden sie das Land aushungern, bis es sich unterwirft. Britannien und Deutschland bliesen ihre Pläne erst ab, als die USA auf ihrem Monopol für Kanonenbootpolitik in dieser Region bestanden und ihnen erklärten, sie sollten nicht in ihrem Revier wildern.

Während Kolonialismus und Kanonenbootdiplomatie die politischen Voraussetzungen für die großen Kapitalbewegungen von den imperialistischen in die rückständigen Länder waren, so war der Goldstandard eine Voraussetzung für die großen Kapitalbewegungen zwischen den imperialistischen Staaten. Der Goldstandard stellte sicher, daß die Wechselkurse stabil blieben, daß es wenige oder gar keine Einschränkungen für internationale Kapitalbewegungen gab und daß die realen Zinssätze in den wichtigsten Finanzzentren – London, Paris, New York – stabil und eng miteinander verbunden waren. Britische Inhaber von amerikanischen Eisenbahnanleihen mußten sich keine Sorgen darüber machen, daß ihr Vermögen durch eine Hyperinflation oder die Abwertung des Dollars gegenüber dem Pfund entwertet werden könnte. Und wenn sie diese Anleihen verkaufen, ihre Dollar-Erträge in Pfund umtauschen und ihr Geld in Britannien reinvestieren wollten, dann brauchten sie sich keine Gedanken darüber zu machen, daß die US-Regierung solche Transaktionen beeinträchtigen würde.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich ein starkes und anwachsendes Ungleichgewicht entwickelt zwischen dem riesigen Kolonialreich und finanziellen Reichtum von Britannien und Frankreich einerseits und andererseits ihrer industriellen Kapazität, die letztendlich die Basis militärischer Stärke ist. Als 1871 unter Bismarck ein einheitlicher deutscher Staat geschaffen wurde, verfügte Britannien über ein Drittel der Produktionskapazitäten auf der ganzen Welt und Deutschland nur über 13 Prozent. Britannien produzierte 7 Millionen Tonnen Eisen und Stahl, Deutschland nur 1,5 Millionen. Zwei Generationen später war Britanniens Anteil an der weltweiten Industriekapazität auf 15 Prozent



Der Spiegel

zurückgegangen, etwas *weniger* als der Anteil Deutschlands. Im Jahr 1914 produzierte Deutschland beinahe doppelt so viel Eisen und Stahl wie Britannien. Deutschlands herrschende Kreise verlangten deshalb eine Neuaufteilung der Weltmärkte und Ausbeutungsgebiete entsprechend ihrer größeren und wachsenden industriellen Stärke. In den Worten des deutschen Kanzlers Bernhard von Bülow: „Wir können es nicht zulassen, daß irgendeine ausländische Macht, irgendein ausländischer Jupiter, uns sagt: ‚Was kann man machen? Die Welt ist bereits aufgeteilt.‘“

Es gibt heute eine starke Tendenz, sich den Imperialismus aus der Sicht der „Dritten Welt“ als die Vorherrschaft über und die Ausbeutung von Asien, Afrika und Lateinamerika durch die Vereinigten Staaten, Westeuropa und Japan vorzustellen. Diese Konzeption ist jedoch zu eingeschränkt und allzu simpel. Die Hauptziele der Expansion des deutschen Kaiserreichs, die zum Ersten Weltkrieg führten, lagen innerhalb Europas, nicht außerhalb. Deutschlands Hauptkriegsziele 1914 waren die Annektion der wirtschaftlich wertvollen Regionen in Nordfrankreich, die Reduzierung von Belgien und Holland zu direkt abhängigen Staaten und die Annektion der Ukraine auf Kosten des zaristischen Rußlands. Dies war ein bestimmter historischer Ausdruck eines allgemeinen Musters. Imperialistische Bourgeoisien, die im eigenen Land relativ stärker wachsen, verlangen und streben danach, einen größeren Anteil am Mehrwert, der außerhalb ihrer eigenen Nationalstaaten geschaffen wird, zu bekommen.

Wirtschaftliche Auswirkungen des Krieges und der bolschewistischen Revolution

Der Erste Weltkrieg brachte das Ende für den Goldstandard. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten finanzierten alle wichtigen kriegführenden Länder ihre beispiellosen

Fortgesetzt auf Seite 20

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 19

riesigen Militärausgaben damit, daß sie Geld druckten und gleichzeitig über alle internationalen Transaktionen strenge Kontrollen verhängten. Als der Krieg 1918 zu Ende ging, hatte das Preisniveau in den wichtigsten kapitalistischen Ländern keinerlei Beziehung mehr zu den Wechselkursen der Vorkriegszeit oder der realen Kaufkraft. Der Versuch, Mitte der 20er Jahre den Goldstandard wiederherzustellen, wurde unter den Trümmern der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren begraben, als die größeren kapitalistischen Länder mit einer Handelspolitik nach dem Motto „beggar thy neighbor“ [Bring deinen Nachbarn an den Bettelstab] reagierten: höhere Zölle, Einfuhrquoten, Währungsabwertungen, Devisenkontrollen (besonders in Nazi-Deutschland) und Errichtung regionaler Wirtschaftsböcke, die von einer einzigen imperialistischen Macht dominiert wurden, wie zum Beispiel Japans „Ostasiatische Wohlstandssphäre“.

Für die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der 20er



VAAP

Oktoberrevolution, geführt von Lenins bolschewistischer Partei, zeigte den Ausweg aus dem imperialistischen Gemetzel des Ersten Weltkriegs. Banner der Arbeiterdemonstration vom Dezember 1917 lautet: „Lang lebe die Sowjetmacht, die den Weg zum Frieden zwischen den Nationen bahnte“

und 30er Jahre war die bolschewistische Revolution von 1917 mindestens so wichtig wie der Erste Weltkrieg. Sie hatte unter anderem zur Folge, daß die Schulden des zaristischen Rußlands nicht mehr anerkannt wurden und daß die Kommunistische Internationale gegründet wurde, was die Kräfte der nationalen Befreiung in Asien, Afrika und Lateinamerika enorm stärkte und dadurch das Kolonialsystem schwächte. Zum ersten Mal seit der Revolution von 1848 in Europa fürchteten sich die besitzenden Klassen vor dem Gespenst des Kommunismus.

1930 führte der britische liberale Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes die Weltwirtschaftskrise darauf zurück, daß das Zinsniveau in den 20er Jahren viel höher war als in der Zeit vor 1914. Dies spiegelte das allgemeine Klima politischer Unsicherheit wider – die Furcht vor einem neuen großen Krieg, vor Bürgerkriegen und vor der „roten Revolution“. Bankiers und andere Finanziers verlangten daher höhere Zinsen und kürzere Rückzahlungsfristen für das Geld, das sie verliehen.

Die politisch-wirtschaftlichen Auswirkungen der bolschewistischen Revolution waren besonders stark in den

größeren halbkolonialen Ländern wie Mexiko und China. Nach der Mexikanischen Revolution von 1910–17 wurde Mexiko in den 20er Jahren von bürgerlichen Nationalisten regiert, den Vorläufern des gegenwärtigen PRI-Regimes. Ermutigt durch das bolschewistische Beispiel, verweigerten die neuen Herrscher Mexikos die Rückzahlung der Auslandsschulden von mehr als einer Milliarde Dollar – dies betraf hauptsächlich amerikanische Investoren –, die sie vom alten Regime von Porfirio Díaz geerbt hatten. Im Unterschied zu den Bolschewiki lehnten die mexikanischen bürgerlichen Nationalisten die Anerkennung der Auslandsschulden nicht offen ab. Statt dessen zogen sie die Verhandlungen mit dem Hause Morgan über die Rückzahlungsbedingungen über Jahre in die Länge und zahlten am Ende fast nichts. Die andere Seite davon war, daß neue Investitionen des Hauses Morgan und anderer internationaler Finanziers in Mexiko ebenfalls gegen Null gingen.

In China waren die Auswirkungen der bolschewistischen Revolution viel größer und direkter als in Mexiko. Die Chinesische Revolution von 1925–27 scheiterte nur deshalb, weil

Stalin und Bucharin der Kommunistischen Partei (KPCh), die an der Spitze des kleinen, aber machtvollen Proletariats stand, befohlen hatten, sich in Chiang Kaisheks bürgerlich-nationalistische Guomindang aufzulösen. Chiangs konterrevolutionäres Regime schaffte es jedoch nicht, die politische Ordnung wiederherzustellen. Bauernarmeen unter der Führung von Mao Zedongs KPCh kontrollierten einige Regionen des Landes, während verschiedene rivalisierende Warlords andere Regionen kontrollierten. Infolgedessen dachten Wall Street und London nicht daran, ihr Geld in Chiangs China zu riskieren. In dieser Zeit kamen die einzigen bedeutenden Auslandsinvestitionen in China von den Japanern in der Mandschurei, und zwar nachdem sie dieses Gebiet 1931 erobert und besetzt hatten.

Hier sehen wir wieder, daß die militärisch-politische Kontrolle eine Voraussetzung für die großen Kapitalbewegungen von einem imperialistischen in ein rückständiges Land ist.

Der Kampf der kapitalistischen Großmächte um die Neuaufteilung der Märkte und Ausbeutungsgebiete führte 1939–41, wie schon 1914, zu einem interimperialistischen Weltkrieg. Aber es gab natürlich einen wichtigen Unterschied: die Existenz der Sowjetunion, die trotz ihrer Degeneration unter der nationalistischen stalinistischen Bürokratie ein Arbeiterstaat blieb. In seinem Drang, Europa zu beherrschen, überfiel Deutschland Sowjetrußland und versuchte, es zu unterjochen. Die Niederlage der deutschen Wehrmacht durch die sowjetische Rote Armee beeinflusste entscheidend die Weltordnung nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA wurden durch die Niederlage ihrer wichtigsten imperialistischen Rivalen, Deutschland und Japan, zur vorherrschenden kapitalistischen Weltmacht. Aber die globale Hegemonie des amerikanischen Imperialismus wurde durch den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat blockiert, der aus dem Krieg als zweitstärkster Staat der Welt hervorgegangen war. Von Westeuropa bis Südamerika und

Ostasien war der Kurs der wirtschaftlichen Entwicklungen zwischen 1945 und 1991 untrennbar verbunden mit dem Kalten Krieg.

In Westeuropa und auch in Japan ließen die Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs in Verbindung mit der nach links gehenden Radikalisierung der Arbeiterklasse eine Rückkehr zur Politik des „Freihandels“ und der „freien Marktwirtschaft“ aus der Ära vor 1914 nicht zu. 1947 erzählte US-Präsident Harry Truman einer Gruppe von amerikanischen Kongreßabgeordneten: „Wir müssen ein Programm von Übergangshilfen zur Verfügung stellen, bis das Marshall-Programm anläuft, andernfalls werden die Regierungen von Frankreich und Italien fallen, Österreich auch, und Europa wird praktisch kommunistisch werden“ (zitiert in: Philip Armstrong u. a., *Capitalism Since World War II* [Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg], 1984).

In der frühen Nachkriegsperiode gab es in allen wichtigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, mit Ausnahme der USA, ein hohes Maß an staatlicher Intervention ins Wirtschaftsleben. Um eine massive Kapitalflucht in die USA zu verhindern, wo die Gewinnraten viel höher waren, führten alle westeuropäischen Regierungen strikte Einschränkungen für Devisengeschäfte ein. Dies wiederum schreckte Kapitalbewegungen von den USA nach Europa ab, denn amerikanische Investoren waren sich unsicher, ob und zu welchen Bedingungen sie ihr Geld wieder herausholen könnten.

Man stelle sich einen wohlhabenden Amerikaner in den 50er Jahren vor, der einige Anleihen des großen italienischen Autoherstellers Fiat geerbt hat. Wenn er diese Anleihen hätte verkaufen wollen, um das Geld in einer amerikanischen Firma zu reinvestieren, dann hätte er die Spitzenbeamten von 15 verschiedenen Ministerien Italiens bestechen müssen. Unter diesen Bedingungen haben sich wohlhabende Amerikaner nicht gerade überschlagen, um in Europa zu investieren. Erst Ende der 50er Jahre wurden das Pfund, der Franc, die D-Mark und die Lira frei konvertierbar in Dollar und untereinander. Und erst danach haben große amerikanische Industriekonzerne wie General Motors und Ford neue Fabriken in Westeuropa gebaut.

Ich möchte hier abschweifen und etwas über die Beziehung zwischen der Währungsconvertibilität und der internationalen Bewegung des Kapitals in seinen unterschiedlichen Formen sagen, zum Teil weil dies ein Schlüsselement der gegenwärtigen Finanzkrise in Ostasien ist. Das für sich allein genommen wertvollste Eigentum, das der amerikanische Kapitalismus im Ausland besitzt, sind die Ölfelder in Saudi-Arabien, die ein Konsortium von vier US-Konzernen gepachtet hat. Dennoch weiß niemand, was der Dollarkurs des Saudi Riyals ist, und es ist auch allen egal. Das liegt daran, daß das Öl, das in Saudi-Arabien gefördert wird, auf dem Weltmarkt gegen Dollars verkauft wird. Die Autos jedoch, die in Deutschland von General-Motors-Werken produziert werden, werden an Deutsche gegen D-Mark verkauft; die Autos, die in den USA von Honda-Werken produziert werden, werden an Amerikaner gegen Dollars verkauft. Diese Art von Auslandsinvestitionen macht man nur, wenn die D-Mark in den Dollar konvertierbar ist und der Dollar in den Yen und wenn die Wechselkurse stabil sind. Das gleiche Prinzip gilt auch für Investitionen in die Wertpapiere ausländischer Firmen. Amerikanische und japanische Finanziere werden Anleihen, die von Hyundai und Samsung auf den Markt gebracht werden, nur kaufen, wenn der südkoreanische Won in Dollar und Yen zu stabilen Kursen konvertiert werden kann.

Eine Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Boom in Ostasien während des letzten Jahrzehnts war es, daß die Regierungen dieser Region nicht nur die Konvertierbarkeit

ihrer jeweiligen Währung zugesichert haben, sondern ihre Währung auch fest an den Dollar koppelten. Die gegenwärtige Krise begann im letzten Sommer, als Thailand davon abrückte und seine Währung abwertete, um die Exporte zu steigern und die Importe zu senken. Als andere Länder in der Region das gleiche taten, löste dies eine massive und panikartige Kapitalflucht aus.

US-Imperialismus und der Kalte Krieg

Doch laßt uns zu unserer historischen Analyse zurückkehren, die es uns erlaubt, jüngste wirtschaftliche Entwicklungen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Das Ergebnis des Zweiten Weltkriegs hatte auf die wirtschaftlich rückständigen Regionen der Welt eine sogar noch tiefergehende Auswirkung als auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder. Zunächst einmal wurden wichtige Regionen vollständig der Sphäre der kapitalistischen Ausbeutung entzogen. Ende der 40er Jahre schuf die sowjetische Bürokratie, unter dem Druck des amerikanischen Imperialismus, in Osteuropa deformierte Arbeiterstaaten, die strukturell der stalinisierten Sowjetunion ähnelten und ebenfalls auf einer kollektivierten Planwirtschaft, dem staatlichen Außenhandelsmonopol usw. beruhten. Bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten entstanden als ein Ergebnis von eigenständigen, auf Bauern gestützten Revolutionen unter der Führung von Stalinisten auch in China, Nordkorea und Vietnam. Zur gleichen Zeit gab es auch erhebliche politische Veränderungen in den wirtschaftlich rückständigen Ländern, die innerhalb der Sphäre der kapitalistischen Ausbeutung geblieben waren. Die durch den Zweiten Weltkrieg hervorgerufene Schwächung der westeuropäischen imperialistischen Staaten, kombiniert mit der Radikalisierung der kolonialen Massen, führte zur „Entkolonisierung“ Asiens, des Nahen Ostens und Afrikas. Die Staatsmacht ging nun in die Hände der einheimischen Bourgeoisien über, die ihre eigenen nationalen Interessen innerhalb eines globalen Kontextes, der vom internationalen Finanzkapital dominiert wurde, durchzusetzen versuchten.

Trotz einiger von der CIA organisierter Putschs (wie der gegen das linksnationalistische Mossadegh-Regime im Iran 1953) wurden die Möglichkeiten des US-Imperialismus, die Regierungen der ehemaligen Kolonialländer zu kontrollieren, durch das Gleichgewicht der Kräfte gegenüber der Sowjetunion begrenzt. Die Unterstützung Moskaus erlaubte es bürgerlich-nationalistischen Regimen wie Nassers Ägypten, Indien unter Nehru und Indira Gandhi und dem Irak unter Saddam Hussein, sich ein gewisses Maß an politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit von den imperialistischen Mächten zu verschaffen, was sie auf der Basis ihrer eigenen nationalen Wirtschaftsressourcen nicht geschafft hätten. Westliche und japanische Firmen schreckten davor zurück, in Länder wie Ägypten und Indien zu investieren, weil sie Strafzölle, Beschränkungen der Rückübertragung von Gewinnen und die Möglichkeit von Verstaatlichungen ohne angemessene Entschädigungen befürchteten. Die 60er und 70er Jahre brachten den Höhepunkt des wirtschaftlichen Nationalismus und des staatlich gelenkten Kapitalismus innerhalb des damals so genannten „Afro-Asiatischen Blocks“.

Gleichzeitig benutzten die Bourgeoisien von bestimmten amerikanischen Halbkolonien ebenfalls die Rahmenbedingungen des Kalten Krieges, um den Anschein einer gewissen wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu erreichen. Ich möchte an dieser Stelle etwas über Südkorea sagen, denn es ist jetzt der Brennpunkt einer größeren Wirtschaftskrise mit weltweiten Auswirkungen. Das schnelle Industriewachstum in Südkorea während der letzten drei Jahrzehnte wurde vom US- und japanischen Imperialismus subventioniert, weil es

Fortgesetzt auf Seite 22

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 21

ein Frontstaat im Kalten Krieg war. Südkorea wird üblicherweise als Musterbeispiel für ein Wirtschaftswachstum, das sich auf Exportsteigerungen stützt, bezeichnet. Bis Mitte der 80er Jahre jedoch hatte Südkorea normalerweise Handelsbilanzdefizite, keine Überschüsse. Es importierte große Mengen von High-Tech-Maschinen und -Anlagen, hauptsächlich aus Japan, um eine industrielle Infrastruktur und Fabriken aufzubauen. Diese Defizite wurden mit amerikanischer Hilfe und japanischen Darlehen zu günstigen Bedingungen finanziert.

Seit den 60er Jahren, unter der Militärdiktatur von Park Chung Hee, unternahmen die südkoreanischen Kapitalistengruppen – die sogenannten Chaebol – eine ehrgeizige Industrialisierungskampagne, und zwar über ein hohes Maß an Staatsinterventionen und eine nationalistische Wirtschaftspolitik. In den 70er Jahren zum Beispiel verfügte das Seouler Regime, daß alles Öl, das vom Persischen Golf nach Südkorea verschifft wird, in Schiffen transportiert werden muß, die in koreanischem Besitz sind. Diese und ähnliche Maßnahmen schaden den wirtschaftlichen Interessen der USA und Japans. Aber Washington und Tokio konnten es sich nicht erlauben, wirtschaftlichen Druck auf Südkorea auszuüben – damit zu drohen, die Hilfe oder die Darlehen einzustellen –, weil sie befürchteten, daß dies die rechte Diktatur destabilisieren und die linken und anti-amerikanischen Oppositionskräfte stärken könnte.

Heute verurteilen Wall-Street-Sprecher und die amerikanische und britische Finanzpresse die „Vetternwirtschaft“ in Südkorea und wettern gegen dessen unreguliertes und unverantwortliches Bankwesen. So läuft es in Südkorea aber schon seit einem Vierteljahrhundert. Was ist jetzt also anders? Anders ist jetzt, daß die Sowjetunion nicht mehr existiert und Nordkorea sich in einer ernststen Notlage befindet. Deshalb steigen die amerikanischen und japanischen Imperialisten jetzt aus ihren alten Vereinbarungen mit den Chaebol einfach aus und diktieren neue Bedingungen: Früher haben wir euch immer 50 Prozent des Überschusses gelassen, den ihr durch die südkoreanischen Arbeiter eingenommen habt; von jetzt an bleiben euch nur noch 25 Prozent, und die auch nur dann, wenn ihr genau das tut, was wir euch sagen. Das nennt man die „Globalisierung“ des Kapitalismus, auch bekannt als Imperialismus.

Historische Entwicklung und Dialektik

Wenn man die Entwicklung der zweiten Generation imperialistischer Staaten untersucht – die USA, Deutschland und Japan –, dann könnte man sich fragen, warum heute nicht eine dritte Generation aus den industriell weiter entwickelten Ländern der Dritten Welt wie Südkorea oder Brasilien entstehen kann. Dies wirft die Frage des methodischen Ansatzes auf. Die historische Entwicklung ist dialektisch, nicht zyklisch. Die Geschichte besteht nicht aus einer ständigen Wiederholung von vorgegebenen Mustern ohne wesentliche Änderung. Man muß den Imperialismus in seinen historisch konkreten, komplexen und sich ständig ändernden Dimensionen verstehen. Was zu irgendeinem bestimmten Zeitpunkt möglich und wahrscheinlich ist, wird bestimmt und ist bedingt durch die gesamte vorherige Entwicklung. Wie Menschen denken und handeln, wird bestimmt und beeinflusst von ihrem Verständnis zurückliegender Ereignisse. Sie versuchen, Aktivitäten und Vorgehensweisen zu entwickeln, die als erfolgreich gelten, und sie versuchen, diejenigen zu vermeiden, bei denen man einen Fehlschlag oder eine Katastrophe für vorprogrammiert hält.

Ich möchte hier ein paar Beispiele dafür bringen, was ich unter der dialektischen Natur der Geschichte in bezug auf den modernen Imperialismus verstehe. Als Lenin 1916 *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* schrieb, machten sich die imperialistischen Bourgeoisien keine allzu großen Sorgen über soziale Revolutionen in ihren Kolonien und Halbkolonien. Es hatte zahlreiche Revolten der jeweiligen einheimischen Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft gegeben – den Sepoy-Aufstand in Britisch-Indien, den philippinischen Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus, den Aufstand der Hereros in Südwestafrika gegen ihre neuen deutschen Kolonialherren –, aber sie alle waren durch drückend überlegene militärische Kräfte niedergeschlagen worden. In keinem einzigen Fall hatten solche Kolonialrevolten die Imperialisten verjagt und deren Besitz enteignet. Nach der bolschewistischen Revolution aber waren, wie wir gesehen haben, amerikanische, britische und französische Bankiers extrem zurückhaltend bei der Kreditvergabe an Kolonien und besonders an Halbkolonien. Mit anderen Worten, die proletarische Revolution, die Lenin in Rußland angeführt hatte, *veränderte* auf erhebliche Art und Weise das Verhalten der Kapitalisten und ihrer Regierungen, so wie es Lenin *vor* dieser Revolution analysiert hatte.

Ein anderes Beispiel: Die deutsche herrschende Klasse konnte Ende des 19. Jahrhunderts nicht dadurch eine große Industriemacht wie Britannien aufbauen, daß sie die gleiche Wirtschaftspolitik verfolgte wie Britannien früher – gerade weil sie es mit Britannien als der weltweit vorherrschenden Industrie- und Finanzmacht zu tun hatte. Deshalb mußte der Industriekapitalismus in Deutschland, wie er sich Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte, von seiner Struktur und seinem Charakter her ganz anders sein als im Pionierland des Industriekapitalismus, und das war er auch. Tatsächlich haben es um 1900 herum einige Sprecher der britischen herrschenden Klasse bedauert, daß sie sich in den 1860er Jahren nicht gegen die Vereinigung Deutschlands gestellt hatten oder daß sie kein Bündnis mit Rußland und Frankreich geschlossen hatten, um Deutschland in den 1880er Jahren niederzuwerfen, als es noch relativ schwach war. Sie bedauerten es, daß sie keine hohen Zollschränken gegen deutsche Importe eingeführt hatten, so wie Deutschland hohe Zollschränken gegen britische Importe eingeführt hatte.

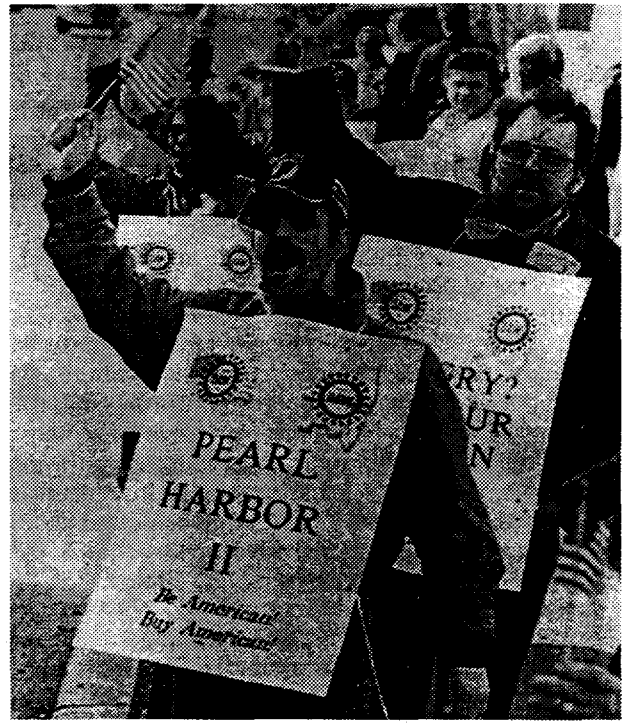
Oder man betrachte Japan unter diesem Aspekt. In den Jahrzehnten vor dem Zweiten Weltkrieg (den man in Japan den Pazifikkrieg nennt) verliehen das Haus Morgan und wichtige britische Banken wie Barings und die Rothschilds große Summen an Japan, womit sie dazu beitrugen, die Entwicklung von Japans Industrie und Militär zu finanzieren. Wall Street und die City von London verlangten im Gegenzug für diese Darlehen nicht, daß es amerikanischen und britischen Industriellen ermöglicht werden müsse, die produktiven Ressourcen der Zaibatsu billig aufzukaufen.

Doch genau das passiert jetzt mit Südkorea. Während der zurückliegenden drei Jahrzehnte versuchte die südkoreanische herrschende Klasse ganz bewußt, das Wirtschaftsprogramm nachzuahmen – zum Beispiel massive Staatssubventionen und staatliche Garantien für Darlehen zur Finanzierung von Industrieinvestitionen –, das Japan Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in eine wichtige kapitalistische Macht verwandelt hatte. Wie die jüngsten dramatischen Ereignisse jedoch gezeigt haben, konnten die südkoreanischen Chaebol nicht einfach in die Fußstapfen der japanischen Zaibatsu treten, zum großen Teil deshalb, weil sie durch die japanische Industrie- und Finanzmacht daran gehindert wurden. Südkorea ist es nicht gestattet, sich Geld zu leihen, um seine eigene nationale Bourgeoisie zu subventionieren. Die Bedingungen der jüngsten Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) an Südkorea sehen



Fujifotos

Japanische Bauern protestieren gegen Import von US-Reis, amerikanische Gewerkschaftsbürokraten trommeln für anti-japanischen Protektionismus. Beim Verschärfen der imperialistischen Rivalitäten sprühen kapitalistische Herrscher und ihre Arbeiterlakaien das Gift des Chauvinismus



AP

so aus, daß die Amerikaner und Japaner – und auch die Deutschen, wenn sie Interesse zeigen – den größten Teil der produktiven Ressourcen der Chaebol spottbillig aufkaufen können. Die amerikanischen Imperialisten haben nicht vor, es zuzulassen, daß sie durch ihre eigenen Aktionen oder Untätigkeit von einem anderen Land überflügelt werden.

Kurz gesagt, die südkoreanische Bourgeoisie ist vom Imperialismus zu sehr abhängig, als daß sie eine unabhängige nationale Entwicklung einschlagen kann. Der Zustrom von Kapital in Länder wie Thailand, Indonesien und besonders Südkorea – was man im Augenblick „Globalisierung“ nennt – hat jedoch ein kämpferisches junges Proletariat geschaffen. In solchen Ländern mit verspäteter kapitalistischer Entwicklung in der imperialistischen Epoche treten wir für das Programm der permanenten Revolution ein: Nur unter der Herrschaft des Proletariats – das an der Spitze der armen Bauernschaft und anderer unterdrückter Sektoren steht und das dafür kämpft, die sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen, mächtigeren kapitalistischen Ländern zu fördern – kann das Joch des Imperialismus abgeworfen werden.

Die Art und Weise, wie in diesen Ländern die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten abgelaufen ist – besonders in bezug auf die veränderte Rolle der Landwirtschaft in der Weltwirtschaft –, hat auch eine programmatische Bedeutung für die Entwicklung der Perspektive der permanenten Revolution. Heutzutage ist die klassische Agrarforderung der bürgerlich-demokratischen Revolution – „das Land denen, die es bebauen“ – nicht mehr angemessen. Die Art und Weise, wie sich die Agrarrevolution in Rußland 1917–21 entfaltete, als die Bauern einfach das Land besetzt und untereinander aufgeteilt haben, wird sich in vielen rückständigen Ländern heute so wahrscheinlich nicht wiederholen. Im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelte sich die Arbeitsproduktivität in der Industrie viel schneller als in der Landwirtschaft. Das zaristische Rußland war ein wichtiger Exporteur von Getreide, das von Bauern durch arbeitsintensive Methoden produziert wurde, die sich im letzten Jahrhundert kaum geändert hatten.

Aber seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft schneller gewachsen als in der Industrie. Es gibt in der amerikanischen Landwirtschaft

mehr Kapital pro Arbeitskraft als in der amerikanischen Stahlindustrie. Viele Länder der Dritten Welt exportieren inzwischen Erzeugnisse der Leichtindustrie, wie zum Beispiel Kleidung und Konsumelektronik, nach Nordamerika und importieren Grundnahrungsmittel aus Nordamerika. Als Konsequenz davon gibt es jetzt in vielen rückständigen Ländern eine massive Landflucht. Die Masse der Werktätigen lebt nicht mehr in kleinen Ortschaften auf dem Land, sondern in den Slums am Rande der Großstädte. Kleinbauernum ist ohne große Kapitalinvestitionen und erhebliche technische Ausbildung nicht mehr wirtschaftlich lebensfähig. In Ländern wie Mexiko ist das Programm der landwirtschaftlichen Kollektivierung – unterstützt durch eine vergesellschaftete Industrie und intensive technische Ausbildung – der Schlüssel für eine wirkliche Agrarrevolution.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion

Die wirtschaftlichen Wurzeln dessen, was man jetzt „Globalisierung“ nennt, besonders das Wachstum der verarbeitenden Industrie in Ostasien, lassen sich auf die sinkende Rentabilität der Industrie in den USA seit Ende der 60er Jahre und in Japan während des folgenden Jahrzehnts zurückführen. Mit der Verwüstung Deutschlands und Japans im Zweiten Weltkrieg erreichten die USA in den frühen Nachkriegsjahren einen Grad an wirtschaftlicher Vorherrschaft, der nicht lange aufrechterhalten werden konnte. 1950 entfielen auf die USA 60 Prozent der Industrieproduktion und mehr als die Hälfte des Kapitalvermögens aller entwickelten kapitalistischen Länder und ein Drittel des Welthandels bei Industriegütern.

Doch in dem Maße, wie Deutschland und Japan ihre Industrie wieder aufbauten, begannen beide Länder immer größere Anteile des Weltmarktes und selbst des Marktes in den USA zu erobern. Zur gleichen Zeit erwies sich die Industrieanlagen in den USA, die zum größten Teil während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut worden waren, immer mehr als technologisch überholt. Der Wettbewerbsvorteil des amerikanischen Kapitalismus schrumpfte außerdem durch den Inflationsdruck infolge des Vietnamkriegs. 1970 war der Anteil der USA am Welthandel mit Industriegütern nur noch die Hälfte dessen, was er 20 Jahre vorher gewesen war. Die Profitrate fiel von

Fortgesetzt auf Seite 24

Imperialistische Rivalitäten...

Fortsetzung von Seite 23

19 Prozent Anfang der 60er Jahre auf 13 Prozent Ende der 70er Jahre. Die amerikanischen Konzerne reagierten darauf mit einer Offensive gegen die Gewerkschaften, kombiniert mit einer gewissen Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer. Zwischen 1977 und 1994 stieg der Gesamtwert der Industrieanlagen in Ländern der Dritten Welt, die im direkten Besitz von US-Firmen waren, auf das Fünffache.

Mitte der 70er Jahre brauchte das sogenannte japanische „Wirtschaftswunder“ ganz offensichtlich weiteren göttlichen Beistand, weil die Profitabilität stark zurückging. Hierzu trugen eine Reihe von Faktoren bei: höhere Lohnkosten, weil praktisch Vollbeschäftigung herrschte, der drastische Anstieg der Ölpreise, protektionistische Maßnahmen in den USA und Westeuropa. Der eigentliche Grund aber war das, was Marx im dritten Band des Kapitals analysiert hat: Die schnelle Akkumulation bewirkt ein Sinken der Profitrate, weil das zusätzliche Kapital nicht eine entsprechende Steigerung des Mehrwerts nach sich zieht. Im Falle Japans fiel die Profitrate von 23 Prozent in den 60er Jahren auf 15 Prozent in der zweiten Hälfte der 70er Jahre.

Daher entschlossen sich auch die Keiritsu dazu, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Die japanischen Direktinvestitionen in Ostasien schossen von 100 Millionen Dollar pro Jahr am Anfang der 60er Jahre auf 2,7 Milliarden pro Jahr Ende der 80er Jahre in die Höhe. Matsushita ließ nun viele seiner Fernsehgeräte und Klimaanlage in Malaysia fertigen, Yamaha seine Sportgeräte in Taiwan, Minebea seine Miniaturkugellager in Singapur und Thailand, TDK seine Magnetbänder in Taiwan und Südkorea usw.

Trotzdem gab es in den 80er Jahren aufgrund der Ungewißheiten des Kalten Krieges immer noch Einschränkungen für Investitionen des Westens und Japans in neokolonialen Ländern. Eine revolutionäre Massenerhebung oder auch nur eine Wahl oder ein Militärputsch hätten ein linksnationalistisches Regime hervorbringen können, das von Moskau unterstützt würde. Eine politische Grundvoraussetzung für den gegenwärtigen Triumph der kapitalistischen „Globalisierung“ war das Zurückweichen der Sowjetmacht unter Gorbatschow Ende der 80er Jahre, dem die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 folgte. Es war zum Beispiel kein Zufall, daß der Sturz des radikal-nationalistischen Sandinista-Regimes 1990 in Nicaragua, der den von Washington organisierten Kontrarkrieg zum Abschluß brachte, mit dem Beginn eines massiven Investmentbooms von US-Banken und -Konzernen in Mexiko zusammenfiel. Gleichzeitig eröffnete die kapitalistische Konterrevolution im Sowjetblock eine riesige neue Sphäre der Ausbeutung, besonders für den deutschen Imperialismus. Vor vier oder fünf Jahren frohlockte ein Sprecher der deutschen Industrie: „Direkt vor unserer Haustür in Osteuropa haben wir zum erstenmal einen riesigen Pool von billigen und gut ausgebildeten Arbeitskräften.“

Die multinationalen Konzerne und der Nationalstaat

Ich möchte hier einige weitverbreitete falsche Vorstellungen über das, was man jetzt die „Globalisierung“ des Kapitalismus nennt, auseinandernehmen. Daß sie so weitverbreitet sind, liegt daran, daß sie von allen Seiten des politischen Spektrums propagiert werden – von der Rechten des „freien Marktes“, von linken Liberalen und Sozialdemokraten, besonders von der Gewerkschaftsbürokratie, und von selbsternannten Marxisten wie den politischen Banditen

von David Norths Socialist Equality Party (in Deutschland die Partei für soziale Gleichheit).

Eine dieser falschen Vorstellungen ist die, daß große Industriekonzerne und Banken mittlerweile keine starke Verbindung mehr zu einem besonderen Nationalstaat haben, sondern statt dessen über und zwischen den Nationalstaaten operieren, gleichgültig gegenüber deren jeweiligem Zustand. So behauptete der amerikanische liberale Ökonom Charles Kindleberger: „Der internationale Konzern hat kein Land, dem er eine größere Loyalität schuldet als irgendeinem anderen, und auch kein Land, wo er sich vollständig zu Hause fühlt“ (zitiert in: *California Management Review*, Winter 1992).

Dies ist völlig falsch, was leicht bewiesen werden kann. Wenn große Konzerne wirklich multinational oder transnational wären, dann sollte man erwarten, daß ihre Eigentümer und Topmanager aus vielen verschiedenen Ländern stammen würden. Aber so läuft es nicht. Es gibt keine Nicht-Amerikaner im Vorstand von Exxon, General Motors oder Ford; es gibt keine Nicht-Deutschen im Vorstand von Siemens oder der Deutschen Bank; es gibt keinen Nicht-Japaner im Vorstand von Toyota, Nissan oder Honda. Der Unterschied zwischen internationalen Geschäften und nationalen Eigentümern läßt sich im Extremfall am Schweizer Nestlé-Konzern zeigen. Während sich 95 Prozent seines Anlagevermögens außerhalb der Schweiz befinden, sind 97 Prozent seiner Aktionäre Schweizer Bürger. General Motors, Siemens und Toyota sind *nationale* Firmen mit internationalen Geschäften. Sie sind nicht multinational oder transnational, als es die British East India Company war, die die koloniale Eroberung Indiens im 18. Jahrhundert organisiert und durchgeführt hat.

Zweitens haben nicht alle Geschäftsfelder eines Großkonzerns die gleiche strategische Bedeutung. Die Profitabilität vieler Großkonzerne hängt von technologischen Innovationen ab. Dies gilt besonders für die Firmen, die zum „militärisch-industriellen Komplex“ gehören, wie es der ehemalige republikanische Präsident Dwight D. Eisenhower nannte. Der riesige US-Flugzeughersteller Boeing läßt einige Teile für seine Flugzeuge in China produzieren. Aber er *entwirft* seine Flugzeuge nicht in China, und wenn sein Management je versuchen sollte, das zu tun, dann würde die US-Regierung das verhindern. Der größte amerikanische Chemiekonzern, Du Pont, hat jetzt 35 Prozent seines Anlagevermögens außerhalb der USA, aber 90 Prozent seiner Forschung und Entwicklung werden *innerhalb* seines eigenen Nationalstaates durchgeführt. Eine Untersuchung von 20 großen deutschen multinationalen Konzernen ergab in den 80er Jahren, daß sich fast 90 Prozent ihrer Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in Deutschland befanden. Wenn die großen deutschen Chemiekonzerne nicht bereit sind, Forschungslabors in den Nachbarländern Frankreich oder Holland aufzubauen, dann werden sie sie ganz sicher nicht in die Türkei oder nach Brasilien verlagern.

Eine andere weitverbreitete falsche Vorstellung ist die, daß die sogenannten multinationalen Konzerne die weltweite Integration des industriellen Fertigungsprozesses erreicht hätten. Der australische Führer der North-Anhänger, Nick Beams, informiert uns, daß sich „die Globalisierung auf die Internationalisierung des Kreislaufs des Produktivkapitals bezieht“. Im Gegensatz zu David North und Nick Beams sind die Männer, die General Motors, Toyota oder Volkswagen leiten, nicht so dumm, ein System zu schaffen, wo ein paar tausend Arbeiter in instabilen Ländern der Dritten Welt ihren gesamten Produktionsprozeß international stören können.

Man stelle sich vor, General Motors und Toyota hätten

zehn Werke in zehn verschiedenen Ländern, die jeweils eine Schlüsselkomponente für ihre Autos produzieren. Ein Streik von 2000 Arbeitern in Mexiko oder Indonesien könnten dann die gesamte weltweite Produktion der beiden größten Autohersteller der Welt zum Erliegen bringen. Ein paar Autofabriken gibt es in den USA, die eine derartige wirtschaftliche Hebelwirkung für Nordamerika haben. Vor rund einem Jahr traten 3000 Arbeiter einer Bremsenfabrik im amerikanischen Mittleren Westen in den Streik, und innerhalb von zwei Wochen kam die gesamte Produktion von General Motors in Nordamerika zum Stillstand. Das riesige Volkswagenwerk in Brasilien zum Beispiel produziert keine wichtigen Teile für die Autos, die in Wolfsburg in Deutschland hergestellt und in ganz Europa verkauft werden. In Brasilien werden Autos zusammengebaut, für die einige Teile aus Deutschland importiert werden, und sie werden dann in Brasilien und dem übrigen Lateinamerika verkauft.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Ich möchte mit dem gleichen Punkt schließen, mit dem ich angefangen habe. Die Sicherheit von Auslandsinvestitionen ist nur so groß wie die Stärke des Staates, der sie beschützt. Und dies setzt der Bereitwilligkeit der imperialistischen Bourgeoisien, die Industrieproduktion zu „globalisieren“, bestimmte Grenzen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts, als Britannien den Weltmarkt für Industriegüter dominierte, proklamierten britische Kapitalisten und ihre Ideologen die Doktrin des „Freihandels“, als wäre dies das elfte Gebot, das Moses auf dem Berg Sinai von Jehovah übergeben worden sei.

Doch zu Beginn dieses Jahrhunderts konnten die deutschen Industriellen ihre britischen Rivalen selbst auf dem britischen Markt zurückdrängen. Deshalb schlug in der britischen herrschenden Klasse die Stimmung um, und einflußreiche Sektoren traten nun für Importprotektionismus ein. Einer seiner Befürworter, W. S. Hewins, argumentierte:

„Angenommen, eine Industrie, die bedroht ist [durch ausländische Konkurrenz], hat zentrale Bedeutung für unsere nationale Verteidigung, wo wären wir dann? Man käme nicht weiter ohne eine Eisenindustrie, einen leistungsfähigen Maschinenbau, denn im modernen Kriegswesen würde man keine Mittel für die Produktion haben und könnte unsere Flotten und Armeen nicht effizient aufrechterhalten... Es ist vorstellbar, daß unter Bedingungen eines strikten und gnadenlosen internationalen Wettbewerbs die großen Industrien Englands auf sehr wenige reduziert werden würden. Warum sollten wir nicht alle zu Finanziers der einen oder anderen Art werden, weil wir im Finanzwesen stärker sind als andere Völker? Aber man kann weder eine Nation noch ein Weltreich aus Finanziers aufbauen.“ (Zitiert in Paul M. Kennedy, „The Rise of Anglo-German Antagonism, 1860-1914“ [Das Anwachsen des anglo-deutschen Antagonismus, 1860-1914], 1987)

Jede Ausgabe der *AFL-CIO News*, der offiziellen Zeitung der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie, sagt im großen und ganzen dasselbe. Und das gilt auch für andere Bürokratien der Arbeiterbewegung in imperialistischen Ländern, zum Beispiel für die Kommunistische Partei Frankreichs. Das ist es, was Lenin „Sozialchauvinismus“ oder „Sozialimperialismus“ genannt hat, die Doktrin, daß die Arbeiterklasse ein Interesse an der Stärke ihres „eigenen“ imperialistischen Staates habe, an der Fähigkeit ihres „eigenen“ imperialistischen Staates, das Herausholen von Mehrwert aus dem Rest der Welt zu maximieren.

„Globalisierung“ oder „Neoliberalismus“, wie man es

auch nennt, ist eine oberflächliche und vorübergehende ideologische Mode, für die heute die offiziellen Sprecher des Finanzkapitals eintreten, das vom IWF und der Weltbank repräsentiert wird. Aber dies ist *nicht* die einzige Art von bürgerlicher Ideologie, mit der wir es zu tun haben und zu tun haben werden. Ganz und gar nicht. Es ist wichtig, nicht zu vergessen, daß die faschistische Massenpartei in Frankreich, der Front National von Le Pen, gegen eine gemeinsame europäische Währung ist, wie sie im Maastrichter Vertrag festgelegt wurde. Der bekannteste Sprecher der „respektablen“ Ultrarechten in den USA, Pat Buchanan – der sich in einem klerikal-faschistischen Regime wie zu Hause fühlen würde –, ist gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen, das er dafür anprangert, daß es zur Verarmung der amerikanischen arbeitenden Bevölkerung führen würde.

Die Mobilmachung der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten, Deutschlands und Japans für einen neuen imperialistischen Weltkrieg wird nicht im Namen des Freihandels, der Währungskonvertibilität, der internationalen Mobilität des Kapitals oder der Globalisierung der Produktion erfolgen. Sie wird erfolgen im Namen von Nationalismus, Rassismus, „dem Recht der Macht, dem Recht der Stärke“. Den arbeitenden Menschen wird von ihren kapitalistischen Herrschern erzählt werden, daß andere Völker sie töten und ausrauben werden, wenn sie nicht andere Völker töten und ausrauben. Wir sollten also besser verstehen, was wir zu erwarten haben, um dagegen effektiver ankämpfen zu können.

Besonders in den USA, Deutschland und Frankreich wird bei einer größeren Wirtschaftsflaute das Programm der Faschisten und der Ultrarechten für solche Schichten wie kleine Geschäftsleute, extrem rückständige Arbeiter, arbeitslose und lumpenproletarische Jugendliche attraktiv werden. Es würde mich überhaupt nicht überraschen, wenn in der nächsten Zeit Faschisten und Ultrarechte gegen die Welthandelsorganisation, den IWF und dergleichen protestieren, weil sie in ihnen die Agenten der „internationalen zionistischen Verschwörung“ sehen, und es vielleicht bei Protesten nicht belassen. Wie August Bebel, Gründer und Führer der marxistischen Arbeiterbewegung im Deutschland des 19. Jahrhunderts, gesagt hat: „Antisemitismus ist der Sozialismus des dummen Kerls.“

Wie werden wir also damit umgehen? Natürlich wollen wir Mobilisierungen, die sich auf die Arbeiterbewegung stützen, um die Faschisten auf der Straße zu schlagen, und internationale Aktionen auf Gewerkschaftsebene unterstützen und dafür Propaganda machen und uns, wenn möglich, daran beteiligen. Aber unsere Antwort kann nicht in erster Linie auf der Ebene von gewerkschaftlicher Militanz liegen. Wir müssen den „Sozialismus des dummen Kerls“ mit dem „Sozialismus der Weisen“ beantworten. Dies bedeutet, unser *vollständiges Programm* – Vereinigte Sozialistische Staaten von Europa, eine sozialistische Weltordnung, internationale Wirtschaftsplanung auf der Basis des höchsten Niveaus von Wissenschaft und Technologie – in den Vordergrund zu stellen. Es gibt heute allein in Europa Millionen von gut ausgebildeten Jugendlichen, die arbeitslos sind. In einer Wirtschaftskrise bleiben die produktiven Ressourcen in riesigem Ausmaß ungenutzt. Dazu kommt die wachsende Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkriegs. Unsere Antwort – und die einzige Antwort – auf all das sind neue Oktoberrevolutionen im Weltmaßstab. Und das ist der Grund, warum wir für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale als der Weltpartei der sozialistischen Revolution kämpfen.

Übersetzt aus *Workers Vanguard*
Nr. 686, 13. März, und Nr. 687, 27. März 1998

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 15

Verteilung regelt, solange es noch Mangel gibt.

Trotzki bemerkte, daß selbst in einem fortgeschrittenen Industrieland wie Amerika ein Arbeiterstaat nicht sofort die Bedürfnisse aller befriedigen könnte: „Sofern der Staat, der sich die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zur Aufgabe macht, gezwungen ist, mit Zwangsmethoden Ungleichheit, das heißt materielle Vorteile einer Minderheit aufrechtzuerhalten, bleibt er noch immer in gewissem Grade ein ‚bürgerlicher‘ Staat, wenn auch ohne Bourgeoisie.“

Die GAM ist gezwungen anzuerkennen, daß Trotzki's Hinweise auf die „bürgerlichen Verteilungsnormen“ in der Sowjetunion nicht bedeuteten, daß er die UdSSR für einen „bürgerlichen Staat“ hielt. Hierüber greifen sie Trotzki scharf an und schreiben, daß „das Erbe Trotzki's zur Frage der Klassencharakterisierung der Staatsmaschine in der UdSSR selbst zweideutig ist. Nirgends deutete er klar auf die Tatsache hin, daß, abstrahiert von den Eigentumsverhältnissen, die die Bürokratie verteidigt, diese Staatsmaschine bürgerlich war.“ Tatsächlich könnte oder würde kein Marxist den Klassencharakter des Staates unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, die dieser verteidigt, betrachten! Nur für kleinbürgerliche Vulgärdemokraten wie Gruppe Arbeitermacht ist die Frage der Eigentumsverhältnisse eine Abstraktion!

Trotzki argumentierte in seiner Polemik von 1937 gegen Burnhams Auffassung, wonach die Sowjetunion „weder proletarischer noch bürgerlicher Staat“ sei: Der Klassencharakter des Staates „kann nur durch das Einwirken revolutionärer oder konterrevolutionärer Gewalt auf die Eigentumsverhältnisse“ verändert werden. Des weiteren räumt Trotzki ein, daß es *vorübergehende* Situationen gibt, in denen Wirtschaft und Staat im Widerspruch stehen: „Während der ersten Monate des Sowjetregimes herrschte das Proletariat über eine bürgerliche Ökonomie... Im Falle einer erfolgreichen bürgerlichen Konterrevolution in der UdSSR müßte sich die neue Regierung für eine längere Zeitspanne auf die nationalisierte Wirtschaft stützen. Was bedeutet dann aber ein derartiger zeitweiliger Gegensatz zwischen Staat und Wirtschaft? Er bedeutet *Revolution* oder *Konterrevolution*.“

Der Sieg der Jelzin-Konterrevolution in der UdSSR führte genau zu einer solchen Situation. Aber GAM/WP argumentierten, daß einiges an Industrie in den Händen des Staates verblieben war, und charakterisierten lächerlicherweise die frühere Sowjetunion als einen „todgeweihten Arbeiterstaat“. Im Kern leitete sich WPs Auffassung von „Arbeiterherrschaft“ vom britischen Labourismus ab, der „Sozialismus“ gleichsetzt mit der Verstaatlichung der „Kommandohöhen der Wirtschaft“ unter einer *kapitalistischen* parlamentarischen Demokratie.

Gruppe Arbeitermacht versus Trotzki über die Sowjetarmee

Bei dem Versuch, ihre „Unterstützung“ für die bolschewistische Revolution auf der Basis rein demokratischer Überlegungen zu rechtfertigen, legt Workers Power großen Wert darauf, eine auf einem Milizsystem basierende Rote Armee einem stehenden Heer gegenüberzustellen. Um dies tun zu können, präsentieren sie verworrene und in sich widersprüchliche Schilderungen dessen, was in der Oktoberrevolution passiert ist. Eine dieser Versionen zitiert Trotzki: „Die Oktoberrevolution ließ vom Zarenheer keinen Stein auf dem anderen. Die Rote Armee wurde von Grund auf neu gemauert“ (*Verratene Revolution*). Dem folgt die Behauptung der GAM, daß die Bolschewiki die zaristische Armee nur reformiert hätten:

„Doch fast unmittelbar nach der Revolution fanden sie

sich in einem Bürgerkrieg wieder, und die Norm mußte mit der vorgefundenen und ererbten Realität – mit zaristischer Armee, ihren Rängen und ihrer personellen Ausstattung – einen Kompromiß eingehen. Trotzki mußte diese Armee einsetzen. Als nächstbeste Lösung unterstellten sie die Armee der Arbeiterkontrolle – durch Parteikommissare, die die Generäle überwachten etc.“

Dies läuft darauf hinaus zu leugnen, daß der kapitalistische Staat zerschlagen und durch eine neue Staatsmacht ersetzt wurde, die Diktatur des Proletariats. GAM stellt fälschlicherweise Trotzki, den Organisator der Roten Armee, als Befürworter eines reinen Milizsystems dar. Aus dem gleichen Grund, weshalb der Staat nicht über Nacht „absterben“ konnte, konnte die Sowjetrepublik nicht das stehende Heer durch ein Milizsystem ersetzen. In *Verratene Revolution* weist Trotzki darauf hin, daß das Miliz- (oder Territorial-) System ein „hohes wirtschaftliches Fundament“ erfordert, das man innerhalb der Grenzen der Sowjetunion nicht erreichen konnte. Er schrieb: „Wären die notwendigen materiellen Voraussetzungen vorhanden, das Territorialheer stünde der Kasernenarmee nicht nur nicht nach, sondern würde sie bei weitem übertreffen. Die Sowjetunion muß ihre Verteidigung teuer bezahlen, da sie für das billigere Milizheer nicht reich genug ist.“ Aber Trotzki forderte nie die Abschaffung der regulären Sowjetarmee, was gleichbedeutend gewesen wäre mit der Forderung nach Entwaffnung des degenerierten Arbeiterstaats, der mit den imperialistischen Mächten konfrontiert war.

Während WP in *The Degenerated Revolution* zumindest (in Worten) die Notwendigkeit eines stehenden Heeres zur Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaates gegen Angriffe anerkannte, argumentieren sie heute, „die Formulierung, daß das stehende Heer der stalinistischen Kaste einen Doppelcharakter habe – *als Instrument der bürokratischen Tyrannei so wie der Verteidigung*“ – gibt den Stalinisten einen viel zu großen Bonus, vor allem, wenn wir das alles im Lichte der Ereignisse seit 1989 sehen“. Kurz gesagt, Workers Power kann keinen Klassenunterschied erkennen zwischen der sowjetischen Armee und den Streitkräften des Imperialismus. Was die Ereignisse seit 1989 angeht, so war es Workers Power, die sich der Forderung der westdeutschen Imperialisten nach Rückzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland anschlossen. Der Abzug dieser Truppen durch Gorbatschow war ein integraler Bestandteil vom Ausverkauf des ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaates.

Trotzki beschrieb die Wiedereinsetzung des Offizierkorps und der Kosaken als „eine der krassesten Erscheinungen des Thermidor“. Er kritisierte vernichtend Stalins Desorganisierung der sowjetischen Streitkräfte und die Enthauptung der militärischen Führung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Dennoch betonte Trotzki zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts in „Die UdSSR im Krieg“ (1939), daß die Pflicht für Bolschewiki-Leninisten klar sei, wenn Hitler seine Armeen gegen die Sowjetunion richte:

„In diesem Falle werden die Anhänger der Vierten Internationale, ohne ihre Einstellung zur Kreml-Oligarchie im geringsten zu ändern, die militärische Abwehr Hitlers zur vordringlichsten Aufgabe des Augenblicks machen. Die Arbeiter werden sagen: ‚Wir können nicht Hitler den Sturz Stalins überlassen; das ist *unsere* Sache.‘ Während der militärischen Auseinandersetzungen mit Hitler werden die revolutionären Arbeiter sich bemühen, möglichst enge kameradschaftliche Beziehungen zu den einfachen Soldaten der Roten Armee herzustellen. Die Bolschewiki-Leninisten werden Hitler einen Schlag erteilen und zugleich revolutionäre Propaganda gegen Stalin machen und so seinen Sturz als nächste, möglichst baldige Etappe vorbereiten.“



Keystone



John Sadovy

Als sich 1956 in Ungarn bei der politischen Revolution das Proletariat erhob, spaltete sich die stalinistische bürokratische Kaste, Oberst Pal Maleter (rechts) schloß sich den Arbeitern an

Trotzki ließ keinen Zweifel daran, welche Klasse die Bürokratie stürzen sollte – das Proletariat. Wie er in „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?“ schrieb: „Stalin dient der Bürokratie und damit auch der Weltbourgeoisie; aber er kann der Bürokratie nicht dienen, ohne das soziale Fundament zu erhalten, das die Bürokratie in ihrem Interesse ausbeutet... Jedoch organisiert er diese Verteidigung mit Methoden, die den Zusammenbruch der gesamten Sowjetgesellschaft vorbereiten. Eben darum muß die Stalinclique gestürzt werden. Aber nur das revolutionäre Proletariat kann sie stürzen. Den Imperialisten kann diese Aufgabe nicht anvertraut werden.“ Diese Aufgabe den Imperialisten und anderen konterrevolutionären Kräften anzuvertrauen ist genau das, was die GAM getan hat.

Gruppe Arbeitermacht und der Mythos des „stalinistischen Staates“

Die Beschreibung, die WP vom Sturz des Kapitalismus in Osteuropa liefert, ist zutiefst revisionistisch: „Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die stalinistische Bürokratie einfach den alten Apparat der politischen Beherrschung, anstatt den kapitalistischen Staat zu zerschlagen, und transformierte bzw. säuberte seine Strukturen ... mittels bürokratischer, militärischer und polizeilicher Maßnahmen. In der ersten Periode wurde dieser Staat unter Kontrolle der Stalinisten dazu eingesetzt, den Kapitalismus zu verteidigen und wiederaufzubauen, und später wurde dieselbe Staatsmaschine als Hebel zur wirtschaftlichen Enteignung der Bourgeoisie verwendet.“ Wie wir schon gesagt haben, ist die Vorstellung, daß der bürgerliche Staat übernommen und zur Enteignung der Bourgeoisie benutzt werden kann, durch und durch reformistisch.

Im Falle von Osteuropa während der Nachkriegszeit war die Sowjetarmee – die Armee eines degenerierten Arbeiterstaates – die entscheidende militärische Kraft, die „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“, die die Nazi-Kriegsmaschine zerschlagen hat. Angesichts der imperialistischen Feindseligkeit und des beginnenden Kalten Krieges – speziell in Form des Marshall-Plans für Westeuropa – enteigneten die sowjetischen Besatzungstruppen die jeweiligen einheimischen Kapitalisten und schufen bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten. Ebenso gelang es in Jugoslawien, China, Vietnam und Kuba kleinbürgerlichen Guerillakräften unter außergewöhnlichen Umständen, deformierte Arbeiterstaaten zu errichten, die qualitativ dem

degenerierten sowjetischen Arbeiterstaat entsprachen. Aber in jedem dieser Fälle wurde der bürgerliche Staat zerschlagen (siehe *Marxist Bulletin* Nr. 8, „Cuba and Marxist Theory“, veröffentlicht von der Spartacist League/U.S.).

Wenn die GAM den Begriff „stalinistische Staatsmaschine“ benutzt, ist dies einfach nur eine obskure Version von Tony Cliffs Position, daß die stalinistische Bürokratie eine neue herrschende Klasse sei. Im Gegensatz hierzu war es Trotzki's Verständnis, daß die Bürokratie eine zutiefst widersprüchliche Kaste war, die sich auf proletarische Eigentumsformen stützte, während sie gleichzeitig als Transmissionsriemen für den Druck des Weltimperialismus diente, indem sie diese Errungenschaften unterminierte.

Workers Power fälscht die Geschichte für ihre Zwecke, wenn sie sagen, die ungarische politische Revolution von 1956 „zeigte, daß die herrschende Kommunistische Partei, die Armee, die Geheimpolizei und die staatliche Verwaltung als Agenten der Repression gegen jeglichen Versuch der Arbeiterklasse handeln würden, ihre eigene Kontrolle über einen Staat zu errichten, der sich proletarisch nannte“. In Wirklichkeit zeigte Ungarn 1956, daß die Bürokratie eine fragile, widersprüchliche Kaste war, denn die Revolte der Arbeiter zog die Mehrheit der einfachen Soldaten der

Fortgesetzt auf Seite 28

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994

Analyse des Stalinismus und Lehren aus dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in DDR und Sowjetunion

DM 2,- zuzüglich Porto

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60



Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 27

Armee und der Kader der Kommunistischen Partei mit sich. Im Unterschied zur polnischen Solidarność zu Beginn der 80er Jahre verteidigten die ungarischen Arbeiter explizit die verstaatlichte Planwirtschaft und errichteten nach dem Vorbild der Sowjets Arbeiterräte und Arbeitermilizen in allen wichtigen Industriezentren.

Der Kreml mußte zwei Wellen von Truppen hinschicken, denen man erzählte, daß sie eingesetzt würden, um anglo-französische Imperialisten oder Faschisten niederzuschlagen. Eine erste Welle von russischsprachigen Einheiten mußte abgezogen werden, nachdem die ungarischen Arbeiter sich mit ihnen verbrüdernd hatten und viele für ihre Sache gewinnen konnten. Das wesentliche Element, das fehlte, war eine bewußte proletarische Avantgardepartei, die den nationalistischen Vorurteilen und Illusionen in die Vereinten Nationen, die von liberalen Stalinisten wie Imre Nagy geschürt wurden, revolutionären Internationalismus hätte entgegensetzen können. Nur eine solche Partei, die von dem Programm der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Errungenschaften aller degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten ausgeht, hätte erfolgreich dafür kämpfen können, die Soldaten der Roten Armee auf ihre Seite zu ziehen im Kampf für eine politische Revolution in Ungarn und ganz Osteuropa und in der UdSSR.

Mehr als 30 Jahre später kamen die Widersprüche, die dem Stalinismus eigen sind, in der kapitalistischen Konterrevolution voll zum Durchbruch. Unter dem Druck des imperialistischen Weltmarkts führten die stalinistischen Bürokratien „Marktformen“ ein, was die Basis für die allumfassende Restauration des Kapitalismus legte. Trotzki warnte 1933 vor dieser Möglichkeit und schrieb:

„Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten.“ („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“)

Im scharfen Gegensatz zu WP und dem Rest der Pseudolinken kämpfte die IKL in der Stunde der tödlichen Gefahr bis zum bitteren Ende, um die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa zu besiegen. 1989/90 mobilisierten wir unsere Kräfte international, um die Führung für die beginnende politische Revolution in der DDR zu stellen und den Moloch der Konterrevolution zu stoppen, unter der Losung: „Für ein rotes Rätendeutschland als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!“ Ende 1991 verteilten unsere Unterstützer in der Sowjetunion Zehntausende Flugblätter in russischer Sprache mit dem Aufruf: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!“ Heute kämpfen wir dafür, das chinesische Proletariat für die dringend notwendige Perspektive einer proletarisch-politischen Revolution zu gewinnen, um dort die stürmische Offensive zur Restauration des Kapitalismus zu stoppen.

Der Untergang der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten in der UdSSR und Osteuropa ist letztlich die Verantwortung der stalinistischen Bürokratien, die diese Staaten unterminiert und jeden, auch nur den leisesten Anflug von revolutionärem Bewußtsein in der Arbeiterklasse zerstört haben. (Für eine weitergehende Analyse siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994.) Als Marxisten verstehen wir, daß die Erhaltung der proletarischen Macht vom politischen Bewußtsein und der Organisation der Arbeiterklasse abhängt. In der Sowjetunion

waren die Traditionen der Oktoberrevolution systematisch aus dem Gedächtnis der Arbeiterklasse getilgt und durch den nationalistischen Horizont der Stalinisten ersetzt worden, die die Lüge vom „Sozialismus in einem Land“ zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung machten, indem sie revolutionäre Möglichkeiten im Westen verrieten und dabei halfen, sie zu unterdrücken. Insofern sie überhaupt irgendeinen Einfluß hatten, tragen pseudolinke Gruppierungen wie Workers Power, die britische SWP oder das Vereinigte Sekretariat ihren Teil an Verantwortung für die politische Desorientierung des Proletariats.

GAM/WP haben nun die erforderlichen „theoretischen“ Schlußfolgerungen aus ihrer streikbrecherischen Rolle gezogen und rückwirkend den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat mehr als sechs Jahrzehnte vor seiner Zerstörung abgeschrieben. Kurz nach ihrer Entstehung aus Cliffs Gruppe heraus vollzog WP in Britannien eine kurzlebige „Fusion“ mit Sean Matgamnas pseudotrotzkistischer Gruppierung, die damals formal die Sowjetunion verteidigte. Um ihre Fusion zu rechtfertigen, taten beide Seiten die russische Frage als eine „zehntrangige Frage“ ab. Als sich Matgamna dann immer tiefer in die Labour Party hinein liquidierte, wollte er folgerichtig nicht einmal mehr Lippenbekenntnisse zu Trotzki Position in der russischen Frage abgeben, und er riet Workers Power, es genauso zu machen, wenn sie nicht dem Weg der fürchterlichen „Sparts“ folgen wollten. Rund zwei Jahrzehnte später hat WP den zentristischen Kreis geschlossen und ist ganz offen zu ihren Ursprüngen im „Dritten Lager“ zurückgekehrt.

Die vollständige Zurückweisung des Bolschewismus, der Oktoberrevolution und der Diktatur des Proletariats durch diese Gruppen ist ein Ausdruck der enormen Auswirkung, die diese welthistorische Niederlage auf das Bewußtsein des Proletariats international hatte. Auch in unserer eigenen Partei mußten wir scharfe Kämpfe gegen die zersetzende Wirkung von dieser Periode der nachsowjetischen Reaktion führen. Der frühere Redakteur unserer amerikanischen Zeitung *Workers Vanguard*, Jan Norden, der sich später mit einer kleinen Clique anderer langjähriger Genossen absetzte und die Internationalist Group (IG) bildete, hatte auf eine „Umgruppierungs“-Orientierung auf die altersschwachen Überbleibsel der ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Bürokratie gedrängt. Norden argumentierte, diese Ex-Stalinisten hätten noch „Bindungen“ an den ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat – *den sie selbst ausverkauft hatten!*

Seit die IG sich von unserer Organisation absetzte, hat sie sich dahin weiterentwickelt, daß sie Interventionen des Staates in Gewerkschaften in Brasilien entschuldigt und ökonomistischen Gewerkschaftskampf propagiert, um so durch die Hintertür Druck auf Sozialdemokraten in Westeuropa und „linke“ bürgerliche Nationalisten in Lateinamerika auszuüben. Hinter der überschwenglichen Begeisterung der IG für gewerkschaftliche Militanz steht die gleiche Verunglimpfung der Oktoberrevolution wie bei der GAM et al. Der IG zufolge hatte die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion eine derart geringe Bedeutung, daß sie angeblich keine Auswirkung auf das Bewußtsein des Proletariats hatte.

Wie Trotzki einmal feststellte: „Wer alte Positionen nicht verteidigen kann, wird niemals neue einnehmen.“ Wir stehen zu dem, was der amerikanische Trotzki James P. Cannon erklärte: „Wir sind die Partei der Russischen Revolution.“ Wir kämpfen für den Aufbau leninistisch-trotzkistischer Parteien, die eine notwendige Voraussetzung dafür sind, revolutionäres Bewußtsein ins Proletariat hineinzutragen, um es neu zu bewaffnen und zu seiner historischen Aufgabe zu führen – *dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen.*

Übersetzt aus *Workers Hammer* Nr. 161, März/April 1998

Balkan...

Fortsetzung von Seite 32

sind wütend darüber, daß es ihnen nicht gelingt, dem Pulverfaß Balkan Ordnung aufzuzwingen. Die herrschende Klasse der USA denkt genau wie ihr bluttriefender deutscher Rivale, sie könne die Völker der Welt nach Belieben terrorisieren, von den nach Kolonialmanier besetzten Ländern Somalia, Haiti und Panama bis zur Bombardierung von Ländern der Dritten Welt wie Libyen und Irak und jetzt zuletzt dem Sudan und Afghanistan. *Im Falle eines imperialistischen Angriffs muß die internationale Arbeiterklasse Serbien gegen die NATO/UNO-Kräfte verteidigen!*

Jahrelang wurden muslimische und kroatische Kräfte von den Imperialisten gegen die bosnischen Serben bewaffnet und aufgehetzt. Nach den Luftangriffen von 1995 erzwangen die NATO-Mächte einen „Friedensvertrag“, der durch eine imperialistische Besatzungstreitmacht überwacht wurde. Aber wie unsere Genossen der Spartacist League/U.S. damals warnten: „Der von den USA aufgezwungene Vertrag und die NATO-Besetzung werden zu noch mehr Blutvergießen führen und gleichzeitig den nationalistischen Haß unter den südslawischen Völkern weiter verhärten“ (*Workers Vanguard*, 1. Dezember 1995). Durch direkte militärische Angriffe von Bundeswehr/NATO gegen Serbien droht jetzt ein noch größeres Ausmaß an Zerstörung und entsteht das Risiko, neue und vielleicht weiter um sich greifende Kriege zu entfesseln. Inzwischen haben die imperialistischen Strafmaßnahmen gegen Serbien, die 1992 eingeführt, nach dem Abkommen von 1995 eingeschränkt und dieses Frühjahr wieder verstärkt wurden, der Zivilbevölkerung schreckliches Leid gebracht – besonders alten Menschen, Kindern und Armen. Dieses Hungerembargo wurde auch von der PDS unterstützt, als „friedliche“ imperialistische Alternative. *Nieder mit den imperialistischen Sanktionen gegen Serbien! Alle Bundeswehr/UNO/NATO-Kräfte raus aus dem Balkan, sofort!*

Kapitalistische Konterrevolution und nationalistischer Brudermord

Die vom Imperialismus geschürte kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa hat den Völkern auf dem Balkan ein allseitiges kommunalistisches Blutbad gebracht, das den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien entlang nationaler/kommunistischer Linien auseinanderriß. Die Orgie des Blutvergießens in Bosnien, um dessen Territorium sich Serben, Kroaten und Muslime heftige Kämpfe liefern, zeichnete sich durch Zwangsumsiedlungen aus („ethnische Säuberungen“ genannt), die von allen Seiten durchgeführt wurden. Wenn die Streitkräfte der bosnischen Serben für den Löwenanteil solcher kommunalistischer Greuelthaten verantwortlich waren, dann nur deshalb, weil sie die überlegene Feuerkraft und historisch den größeren Teil des Landes hatten. Die Internationale Kommunistische Liga stellte sich in den ethnischen Bürgerkriegen, die 1991 im ehemaligen Jugoslawien ausbrachen, gegen *alle* konkurrierenden nationalistischen Kräfte. Gleichzeitig stellten wir uns gegen jede imperialistische Intervention auf dem Balkan.

Im Gegensatz zu Bosnien hat Kosovo eine größtenteils homogene Bevölkerung – 90 Prozent der zwei Millionen Einwohner sind ethnische Albaner. Seit Anfang März richtet die serbische Armee mörderische Angriffe gegen Dörfer im Kosovo, der südlichen Provinz Serbiens, mit dem Ziel, eine separatistische Rebellion der Befreiungsarmee des Kosovo

(UCK) zu ersticken. Durch die Militärschläge wurden mehr als 300 Menschen getötet und etwa 80 000 verloren ihr Zuhause, besonders entlang der albanischen Grenze, wo Milošević eine Pufferzone errichten will, um den militärischen Nachschub an die nationalistischen Guerillas zu verhindern.

Wir verteidigen das Recht der von Albanern bewohnten Gebiete des Kosovo auf Selbstbestimmung – das heißt das Recht, sich von dem serbisch-chauvinistischen Regime in Belgrad abzutrennen. Sollten jedoch die Imperialisten wegen Kosovo eine militärische Intervention starten, wäre die Frage der Selbstbestimmung untergeordnet zu unserer militärischen Verteidigung Serbiens gegen die Bundeswehr/NATO-Kräfte. In jedem Fall geben wir der UCK, deren eigener mörderischer Nationalismus sich in wahllosen An-



Kosovo-Albanerinnen und Kinder fliehen vor serbischen Angriffen ^{AP}

griffen gegen ethnische Serben widerspiegelt und die das Ziel hat, diese aus dem Kosovo zu vertreiben, keine politische Unterstützung. Eine Reihe von UCK-Führern kämpfte zuvor zusammen mit den muslimischen Kräften – die mit islamischen Fundamentalisten durchsetzt sind – gegen die Serben in Bosnien. Wir verteidigen das Recht der serbischen Minderheit, auf der Grundlage völliger Gleichheit im Kosovo zu leben. Und wir verteidigen nachdrücklich die Minderheit der Roma, die von allen Seiten chauvinistischen Greuelthaten ausgesetzt sind.

Das andauernde Aufflammen nationaler und ethnischer Kriege auf dem Balkan unterstreicht die Tatsache, daß nur eine Arbeiterrevolution den Teufelskreis des nationalistischen Abschlachtens in dieser blutgetränkten Region beenden kann, denn nur auf Basis einer vergesellschafteten Planwirtschaft, demokratisch verwaltet durch Organe der proletarischen Macht (Sowjets), können die nationalistischen Antagonismen, die der Kapitalismus hervorbringt, überwunden werden. Das Beispiel dafür ist die Erfahrung der bolschewistischen Revolution in Rußland 1917. Als Lenins Bolschewiki im Oktober 1917 die Arbeiter an die Macht führten, schufen sie die Basis dafür, daß die zahlreichen Nationalitäten, die im zaristischen Völkergefängnis unterdrückt worden waren, das Recht auf Selbstbestimmung erlangen konnten. Die Oktoberrevolution, die sich fest auf die Perspektive der internationalen proletarischen Revolution gründete, machte durch die Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer den Weg frei zu wahrer sozialistischer Gleichheit.

Für eine Sozialistische Föderation des Balkans

Nationalistische Bürgerkriege gingen der kapitalistischen Konterrevolution, die den deformierten Arbeiterstaat

Fortgesetzt auf Seite 30

Balkan...

Fortsetzung von Seite 29

Jugoslawien zerstörte, direkt voraus und waren gleichzeitig ihr Nebenprodukt. Der Sieg von Titos kommunistischen Partisanen gegen die deutschen Nazis und gegen kroatische und serbische Nationalisten im Zweiten Weltkrieg führte zum Sturz des Kapitalismus und brachte den Völkern Jugoslawiens zwei Generationen von Frieden und relativer ethnischer Harmonie. Kosovo erhielt ein gewisses Maß an Eigenständigkeit und 1974 formale Autonomie. Dies bedeutete unter anderem, daß ethnische Albaner und Serben in gemeinsamen Schulen in ihrer jeweils eigenen Sprache unterrichtet wurden. Titos stalinistischer Nationalismus war jedoch diametral entgegengesetzt zum Kampf für die sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern Westeuropas, die notwendig war, um auf dem relativ armen Balkan die ökonomische Basis für wirkliche nationale Gleichheit zu schaffen.

Von Beginn an war der jugoslawische Arbeiterstaat deformiert und wurde durch die Herrschaft der stalinistischen Bürokratie unterminiert. Das wurde durch die Einführung des „Marktsozialismus“ verschärft, der Jugoslawien für eine zunehmende wirtschaftliche Durchdringung durch den Imperialismus öffnete und Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen verstärkte und vergrößerte. Als Ergebnis wurde ein wieder aufsteigender Nationalismus geschürt und der Konterrevolution der Weg gebahnt, in der Milošević eine prominente Rolle spielte. An die Macht kam Milošević in Serbien 1987 durch eine bösartig chauvinistische Kampagne gegen die Kosovo-Albaner, als er Kosovos Autonomie wieder aufhob und mehr als 140000 Albaner – darunter auch Lehrer – aus dem öffentlichen Dienst der Provinz raussäuberte. Unterricht in albanischer Sprache wurde unterdrückt, und ethnische Albaner waren gezwungen, Diskriminierung und Polizeibrutalität zu ertragen.

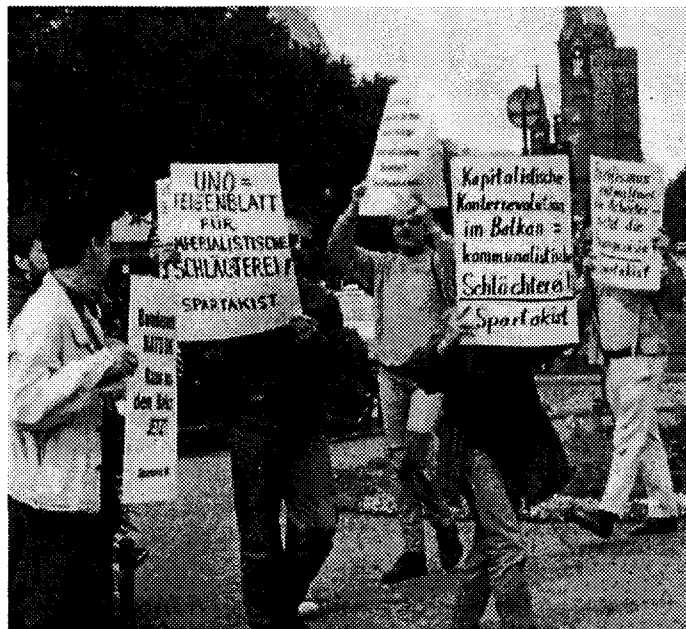
Ibrahim Rugova, ein Führer im Kosovo, den Bonn und Washington als „gemäßigt“ preisen, ruft jetzt offen zu einer militärischen Intervention der NATO gegen Serbien auf, ebenso wie der albanische Ministerpräsident Fatos Nano. Nano ist selber eine Marionette der Imperialisten, oberster Verwalter der Besetzung Albaniens durch ein italienisches Expeditionskorps. Nano ruft jetzt dazu auf, daß NATO-Truppen Nordalbanien besetzen, das größtenteils unter der

Kontrolle von Sali Berisha steht, früher Albaniens starker Mann, der letztes Jahr von der Macht verjagt wurde durch eine Rebellion, die durch eine massive Korruptionsmasche nach Art des „Schneeballsystems“ provoziert wurde. Berisha hat inzwischen versucht, auf der Basis von albanischem Nationalismus ein Comeback zu starten, indem er die UCK sponsert, die ebenfalls eine NATO-Intervention unterstützt. Ein UCK-Führer sagte der *New York Times* (10. Juni): „Wenn NATO-Truppen in den Kosovo gehen, werden wir sie willkommen heißen und jede Vereinbarung respektieren, die mit ihnen abgeschlossen wird, aber in Albanien haben sie nichts zu suchen.“

Tatsächlich sind die westlichen Imperialisten gegen eine Unabhängigkeit der Kosovo-Albaner. Sie fürchten, ein weiteres Zerbröckeln des Balkans entlang nationaler Linien könnte die ganze Region zur Explosion bringen. Trotz der vereinten Zurschaustellung der NATO-Macht im letzten Monat haben die Ereignisse im Kosovo die grundlegenden Unterschiede zwischen den rivalisierenden imperialistischen Mächten erhellt. Die Europäische Union besteht darauf, eine UN-Vollmacht für jedwede militärische Intervention im Kosovo zu erhalten, mit Ausnahme von Kriegsminister Rühle und SPD-Kriegshetzern wie dem Außenpolitischen Sprecher Verheugen, die um jeden Preis die Bundeswehr marschieren lassen wollen. Rußland dagegen, traditioneller Schirmherr der Serben, drohte damit, gegen jede Resolution des UN-Sicherheitsrates ein Veto einzulegen. Deutschland hat seine historische Rolle als imperialistischer Schirmherr Kroatiens und Sloweniens wieder eingenommen.

Der Vorstoß des wiedervereinigten Vierten Reichs in den Balkan wurde durch die von Deutschland durchgesetzte „Anerkennung“ Sloweniens und Kroatiens eingeleitet, was zum Zerfall des deformierten jugoslawischen Arbeiterstaats und den „ethnische Säuberungen“ genannten nationalistischen Gemetzeln führte. Diese Aktionen des deutschen Imperialismus erhielten von Zentristen wie der Gruppe Arbeitermacht und ihrer österreichischen Gruppe ArbeiterInnenstandpunkt mit ihrer Kampagne „Arbeiterhilfe für Bosnien“ politische Flankendeckung, als sie unter UN-Schutz Hilfsgüter an die muslimischen Kräfte transportierten. Mit ihrem Anschluß an den imperialistischen Kreuzzug für das „arme kleine Bosnien“ rief die GAM sogar noch während der NATO-Bombardierung gegen die bosnischen Serben nach Bewaffnung der bosnisch-muslimischen Truppen! Jetzt fordern diese begeisterten UCK-Unterstützer „die diplomatische Anerkennung der unabhängigen Republik Kosova durch die Bundesregierung“ (*ArbeiterInnenstandpunkt*, Mai 1998). Sie richten sich damit an Österreich, einen imperialistischen Staat (der gerade gegenüber dem Balkan eine Vorreiterrolle für die deutsche Bourgeoisie spielt), dessen revanchistische Interessen auf dem Balkan bruchlos von heute über das Nazi-Regime bis zum Völkergefängnis der Habsburger zurückreichen. Kein Wunder, daß die Zeitung *ArbeiterInnenstandpunkt*, die Mitte der 80er Jahre den Nazi-Kriegsverbrecher und österreichischen Bundespräsidenten Waldheim weißgewaschen hat, vom österreichischen Staat subventioniert wird.

Partner von Arbeitermacht bei der Bosnien-Hilfe zur Zeit der ersten Balkaneinsätze der Bundeswehr war die Gruppe Revolutionär Sozialistischer Bund (RSB). Am 15. Juni wirft dessen Politisches Sekretariat dem deutschen Kriegsminister Rühle zum Anlaß des geplanten Kampfeinsatzes der Bundeswehr vor: „Weder sah er ihn [den Anlaß] in der Unterdrückung der Kurden in der Türkei, noch in der Erklärung des Ausnahmezustandes in Kosova 1981 und auch nicht in der Abschaffung der Autonomie Kosovos 1989...“ (*Avanti*, Juli/August 1998). Das ist nichts anderes als eine offene Aufforderung an die Imperialisten zur Zerstörung des 1981 und 1989 noch existierenden deformierten



Spartakist

September 1995 in Berlin: Spartakisten protestieren gegen imperialistischen Angriff auf bosnische Serben

Arbeiterstaats Jugoslawien. Tatsächlich ist das Markenzeichen dieser Pabloisten, jegliche konterrevolutionäre Bewegung zu unterstützen – von den estnischen Waldbrüdern über die klerikale antisemitische Solidarność bis hin zu den Mudschaheddin in Afghanistan und Bosnien. Hört sich an, als wollten die politischen RSB-Sekretäre mit Möchtegern-Außenminister Joschka Fischer bei der Herstellung deutscher Ordnung in der Welt konkurrieren.

Die zunehmende Aggressivität, mit der die deutsche Bourgeoisie den Balkan für sich reklamiert, geht Hand in Hand mit rassistischem Herrenmenschentum gegen Slawen und besonders Albaner, wie die faschistischen Angriffe und Provokationen aus den deutschen SFOR-Truppen zeigen. Innerhalb Deutschlands veranstalten immer mehr BGS-Truppen tagtäglich eine Menschenjagd auf Flüchtlinge der imperialistischen Balkanpolitik: So wurden kürzlich sieben albanische Flüchtlinge in ihrem Kleintransporter zu Tode gehetzt und 22 verletzt. Gleichzeitig treibt die deutsche Bourgeoisie die Deportation von über 320 000 Flüchtlingen voran. Ein großer Teil dieser Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sind Roma sowie Familienangehörige der Arbeiter, die seit Jahren zusammen mit den türkischen und kurdischen Arbeitern eine strategische Stellung in den Schlüsselbetrieben haben. *Keine Abschiebungen! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind!*

Die nationalistischen Konflikte auf dem Balkan sind ein Stolperdraht zum Krieg. Außer im Kosovo und in Albanien selbst ist die albanische Bevölkerung über Serbien, Griechenland und Makedonien verbreitet, wo die unterdrückte albanische Minderheit mehr als ein Viertel der Bevölkerung

stellt. Jede „Lösung“ für diese widersprüchlichen nationalen Interessen im Rahmen des Kapitalismus bringt unvermeidlich Ausweisungen, Zwangsumsiedlungen und Massenmord mit sich. Außerdem wäre das Auseinanderbrechen Makedoniens – das von tausend UN-Soldaten besetzt ist und von Nachbarn umgeben ist, die Anspruch auf sein Territorium erheben – ganz sicher ein Vorbote des Krieges. Unmittelbarer Auslöser der Balkankriege 1912/13 war eine Revolte der Albaner des Kosovo, deren Einnahme von Skopje, heute die Hauptstadt von Makedonien, den Balkan in seinem Zentrum destabilisierte. Die angrenzenden Staaten Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro stürzten sich in einem verrückten Anfall, Territorium zu erobern, in den Krieg. Dies war ein Vorspiel zum Ersten Weltkrieg.

Die Bourgeoisie posaunt heute den angeblichen „Tod des Kommunismus“ hinaus, aber was verschwand, war der nationalistische Stalinismus, der am Ende die Völker Jugoslawiens – ebenso wie das übrige Osteuropa und die frühere Sowjetunion – zum kapitalistischen Schlachthof zurückzerterte. Die gerechte Lösung selbst der elementarsten nationalen und anderen demokratischen Rechte auf der Balkan-Halbinsel erfordert den gemeinsamen revolutionären Kampf der multiethnischen Arbeiterklasse, um alle konkurrierenden bürgerlich-nationalistischen Regime und das gesamte kapitalistische System hinwegzufegen. Dies erfordert die Schmiedung revolutionärer Arbeiterparteien, die imstande sind, die Massen von den nationalistischen Demagogen aller Seiten wegzugewinnen im Kampf für eine Sozialistische Föderation des Balkans als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa. ■

Ostalgie...

Fortssetzung von Seite 3

die PDS-Zweitstimmen durch DVU-Wähler! Der PDS-Fraktionschef im Landtag von Sachsen-Anhalt versprach, etwas zu tun. Was? Genau wie CDU und SPD will die PDS die jugendlichen Nazi-Wähler dadurch zurückgewinnen, daß sie sich Aspekte des ausländerfeindlichen DVU-Programms „gegen das Großkapital“ zu eigen macht.

Sie startete ihre Kampagne, die jugendlichen Wähler zurückzugewinnen, mit einer Kolumne der PDS-Kandidatin Ostrowski im *Neuen Deutschland* direkt am Tag vor dem 1. Mai, um Anti-Nazi-Demonstranten mit einer Dosis von sozialdemokratischem Rassismus zu begrüßen. Zwar vergießt sie Krokodilstränen, wenn „einem hiesigen Bauarbeiter“ nicht in den Sinn kommt, „daß die ausländischen Kollegen z.T. weit unter dem Mindestlohn, häufig unter menschenunwürdigen Bedingungen, auch illegal, arbeiten“, doch vorher stellt sie die rhetorische Frage: Kann man es ihm „verdenken, daß er die Wut kriegt, wenn er nicht zuletzt deswegen seine Arbeit verliert“, weil „nicht wenige ausländische Beschäftigte auf dem Bau“ arbeiten. „Also, seien wir die Stimme seines Protestes“, lautet ihre Antwort.

Ostrowski prahlte zum ersten Mal 1994 über ihre Treffen mit Nazi-Führer Meyer von der Nationalen Offensive und über ihre „Übereinstimmung bei sozialen Forderungen“, und sie wurde von ihrer PDS-Basis in Dresden lautstark verteidigt (siehe „Nazis/Skins sind rassistische Mörder, keine Gesprächspartner“, *Spartakist* Nr. 112, Mai 1994).

Das PDS-Sprachrohr *Neues Deutschland* (31. Juli 1998) druckte eine Debatte mit dem Nazi Roland Wehl ab, in einer Reihe von Artikeln zum Thema „Wie national muß die Linke sein?“. Angela Marquardt, die Sprecherin der AG Junge GenossInnen, lehnte einen Beitrag ab. Marquardt, eine enge Mitarbeiterin von Gysi, gilt kaum als eine Linke in der PDS, doch sie weiß, wo ihre Basis bei den Anti-Nazi-Jugendlichen ist, die die PDS als Stimmvieh einfangen will, selbst wenn sie die ostdeutschen Jugendklubs für „fehlgelei-

tete“ Skinhead-Killer mit schwarzen Stiefeln organisiert.

Ellen Brombacher von der Kommunistischen Plattform nahm das Angebot zur „Debatte“ an, was mich an die „rot“-braune Koalition in Rußland erinnert. Ihr Foto ist auf der gleichen Seite zu sehen wie das des Nazis, der als 41-jährig, „Geschäftsführer ... Vater von sechs Kindern“ vorgestellt wird und der die nationalistischen Werte der DDR lobt. Brombacher blutet das Herz:

„Kürzlich kamen Skins in den Verein, in dem ich arbeite. Sie blickten finster, wollten aber nichts Böses. Einer mußte dringend auf Toilette, ein ideologieübergreifender Vorgang. Mit dem anderen unterhielt ich mich: Lehrstellsuche, Scheißsystem. Aber nicht wegen der Jagd nach dem Profit, sondern weil es so viele Ausländer zuläßt, so der Skin.“ (*Neues Deutschland*, 31. Juli)

Das ist angeblich der „linke Flügel“ der PDS – ein Attraktionspol für Pseudotrotzkisten wie die Mehrheit der ehemaligen Münchener Ortsgruppe des Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), die sich in die PDS/KomPlatt aufgelöst hat. Die Kommunistische Plattform wurde Ende 1989 gegründet, auf Initiative von Gysi, um der Stimmung in der damaligen SED, eine neue Kommunistische Partei zu gründen, entgegenzuwirken.

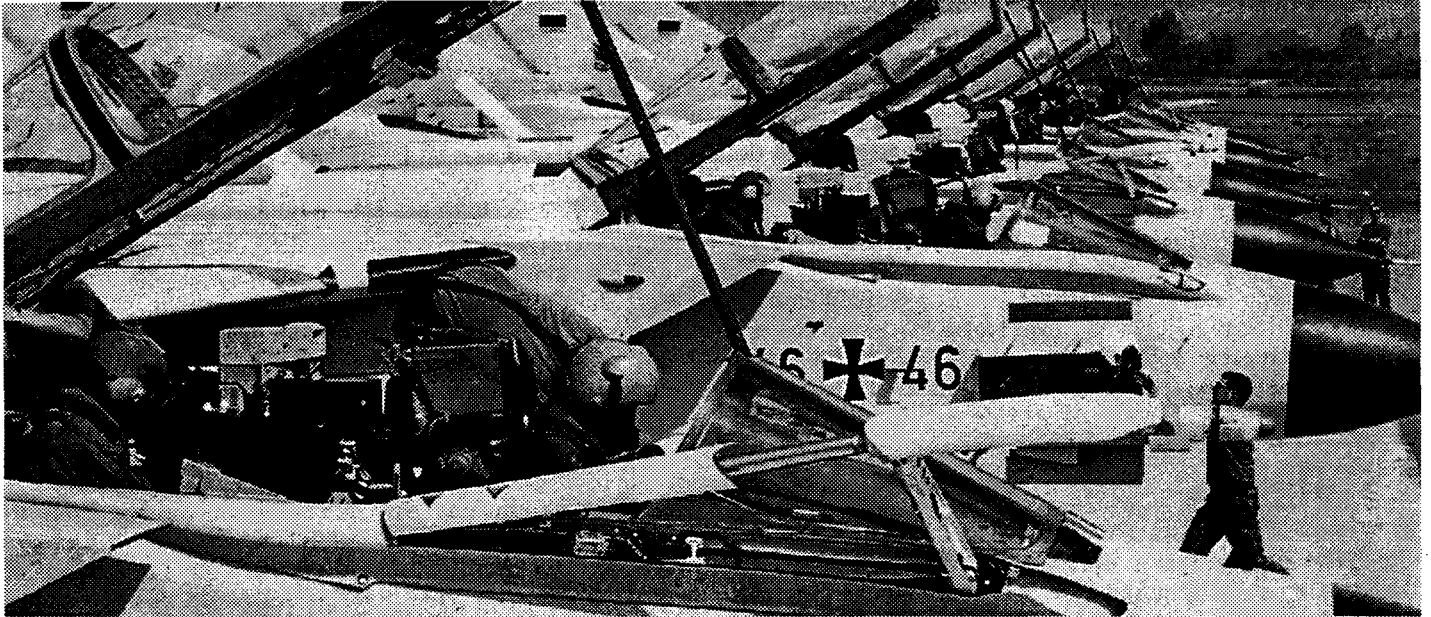
Während es also eine Klassenlinie zwischen der DDR, nicht als antifaschistischem Staat (was die stalinistische Konzeption ist), sondern als bürokratisch deformiertem Arbeiterstaat, und dem deutschen Imperialismus gab, gibt es diese Klassenlinie zwischen den „positiven Erinnerungen an die DDR“ („Ossi“-Nationalismus) und dem großdeutschen Nationalismus nicht!

Trotzki hatte Recht! Über faschistischen Völkermord gibt es nichts zu debattieren! Keine erbärmlichen Appelle an den kapitalistischen Staat, der die faschistischen „Kettenhunde“ hervorbringt und schützt! Keine kriecherische Wahlunterstützung für die stalinistischen Überreste, die die DDR ausverkauft haben und inzwischen im ND vor Nazi-Mördern den Hut ziehen.

Mit kommunistischen Grüßen
Steffen

SPARTAKIST

Bundeswehr/NATO/UNO: Raus aus dem Balkan!



Faktische große Koalition von CDU/SPD giert nach Militärschlag, bringt Luftwaffe gegen den Balkan in Stellung IMO

Mitte August führten die Bundeswehr und die anderen Mitglieder der imperialistischen „Kontaktgruppen“ einschließlich Rußlands ein fünftägiges Gefechtsmanöver in Albanien an der Grenze zum Kosovo durch. Bereits im Juni donnersten mehr als 80 Kampfflugzeuge aus 13 NATO-Ländern über Makedonien und Albanien hinweg. Zweck dieser „Übung“, die ganz knapp vor den Grenzen Jugoslawiens

Für das Selbstbestimmungsrecht der Kosovo-Albaner!

stoppte, war eine offene Drohung mit imperialistischem Terror gegen dieses Land. Es war die größte Mobilmachung der NATO-Militärmacht auf dem Balkan seit der mörderischen Kampagne von Luftangriffen gegen bosnische Serben im Sommer 1995. Verteidigungsminister in Washington und in europäischen Hauptstädten debattieren offen über geplante Luftangriffe gegen das von Serben dominierte Jugoslawien und über eine Intervention durch Bodentruppen für den Fall, daß Jugoslawiens Präsident Slobodan Milošević nicht die militärische Unterdrückung gegen ethnische Albaner in der Provinz Kosovo beendet. Volker Rühle, der Verteidigungsminister des imperialistischen Deutschlands – das im Zweiten Weltkrieg unter den Nazis Jugoslawien besetzte – erklärte provokativ, NATO-Bombardierungen würden sich nicht auf den Kosovo beschränken, sondern „ausgewählte Ziele in der gesamten Föderativen Republik Jugoslawien“ ins Visier nehmen (Reuters, 17. Juni). Der SPD-Kanzlerkandidat Schröder hat bereits lautstark seine Übereinstim-

mung mit Rühle erklärt.

Auf der letzten Sitzung des NATO-Rates wurden vom deutschen General Naumann die Pläne für einen imperialistischen Überfall auf den Balkan vorgetragen. Diese sehen den Einsatz von bis zu 200 000 Mann Bodentruppen und bis zu 400 Flugzeugen vor. „Dabei wird nicht ausgeschlossen, daß es nötig werden könnte, die militärischen Operationen auf ganz Jugoslawien auszuweiten“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. August). Während die US-Imperialisten wie im Golfkrieg ihren imperialistischen Konkurrenten zeigen wollen, daß sie Weltpolizist Nr. 1 sind, will die deutsch/französisch/russische „Troika“ auf dem Balkan demonstrieren, daß sie gleichrangige imperialistische Kräfte sind. Außenminister Kinkel betont, daß zentral zu vermeiden sei, „was die Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland gefährden könnte“ (*Berliner Zeitung*, 30. Juni). Der deutsche Imperialismus will verhindern, daß dieses strategisch wichtige Gebiet, durch das der Großteil des für Deutschland bestimmten Öls von Rußland nach Triest transportiert wird, unter die Kontrolle seines US-Rivalen kommt. Gleichzeitig soll, ausgehend von Kroatien und den unter deutschem Oberbefehl stehenden SFOR-Truppen, der Griff der deutschen Bourgeoisie nach dem Balkan fester werden, wobei man kräftig in die Fußstapfen der Nazi-Wehrmacht tritt, die von Titos kommunistischen Partisanen geschlagen wurde.

Nur wenige Monate nachdem die US-Herrscher damit gedroht haben, Saddam Husseins Irak zurück in die Steinzeit zu bomben, posieren sie nun als Verfechter der Menschenrechte im Kosovo. Die imperialistischen Herrscher

Fortgesetzt auf Seite 29